

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2022

THEMA IM FOKUS

USA – A Moment of Change?

4 | **USA – A moment of change?**
Umbruch und Wandel in den USA
ein Jahr nach der Wahl von Joe
Biden zum 46. amerikanischen
Präsidenten
von Knut Dethlefsen

12 | **„America is back“**
Ziele und Herausforderungen
der Außenpolitik von Joe Biden
von Sarah Wagner und David
Sirakov

19 | **Geschichte, Erinnerung und
der Weg zur Racial Justice im
„Bauch der Bestie“**
Ausblick auf eine neue Ära des
Erinnerns
von April Grayson und Vondaris
Gordon

26 | **Civic Renewal through Civic
Learning**
Erkundung der US-amerikanischen
politischen Bildung und eine
neue transatlantische Ausrichtung
von Katja Greeson

33 | **„All that matters“**
Demokratie und Rassismus
als Themen im deutsch-
amerikanischen Austausch
von Martin Kaiser

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2022

Zu diesem Heft

Als Joe Biden im November 2020 zum Präsidenten der USA gewählt wurde, schien das für viele Amerikaner*innen, aber auch für Menschen außerhalb des Landes, die sich eng mit den USA verbunden fühlen, der ersehnte „Moment of Change“ zu sein. Es fühlte sich an wie eine Befreiung, wie ein Aufbruch – nicht nur innenpolitisch sondern auch in der Außenpolitik. Joe Biden hat ein zutiefst zerrissenes Land im Krisenzustand übernommen und angesichts der unüberwindlich scheinenden Polarisierung und der wachsenden Demokratieskepsis wächst die Besorgnis über die Civic Health der USA. Doch Biden und seine Administration wehren sich, so schreibt jedenfalls der Autor des ersten Beitrags unserer Zeitschrift.

Diese Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ fragt nach einem analysierenden Blick auf die Innen- und die Außenpolitik der USA, welche Rolle die politische Bildung und der transatlantische Austausch spielen können, um Gräben zu überwinden, um positive Entwicklungen, neu wachsende zivilgesellschaftliche Strukturen und das Engagement der Menschen zu stärken.

Ein Aufsatz schildert die wertvolle Arbeit, die bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sklaverei und des Rassismus geleistet wird. Ein anderer stellt das Gesprächsinstrument Civic Reflection vor. Historische Einflüsse und aktuelle Entwicklungen der Civic Education werden in den Fokus gerückt, und ganz praktisch wird gezeigt, wie der deutsch-amerikanische Austausch gelingen kann.

Ziel dieser Ausgabe wie auch des aktuellen AdB-Projekts „TECE – Transatlantic Exchange of Civic Educators“ ist es, in einer umfassenden Reflexion über politische Bildung auszuloten, wie unterschiedliche Politik-Stile, kulturelle Normen und gesellschaftliche Werte die politische Bildung beeinflussen. Dabei geht es auch darum, voneinander zu lernen, neue Begegnungen zu ermöglichen und kreative Konzepte und Formate anzuregen.

Ich möchte an dieser Stelle meiner Kollegin Katja Greeson herzlich für ihre große Unterstützung bei der Fertigstellung dieser Ausgabe danken!

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

Visionen – Utopien – Dystopien

Thema im Fokus:

USA – A Moment of Change?

- 4 **USA – A moment of change?** von Knut Dethlefsen
- 12 **„America is back“** von Sarah Wagner und David Sirakov
- 19 **Geschichte, Erinnerung und der Weg zur Racial Justice im „Bauch der Bestie“** von April Grayson und Vondaris Gordon
- 26 **Civic Renewal through Civic Learning** von Katja Greeson
- 33 **„All that matters“** von Martin Kaiser

Forum

- 40 **Nach den Wahlen** von Ursula Münch
- 44 **Kommunale Grenzziehungen des Antiziganismus** von Tobias Neuburger

Politische Bildung praktisch

- 49 **Civic Reflection** von Sarah Surak und Sandy Pope

Jahresthema im AdB

- 53 **Was WEISS ich?** von Ina Bielenberg
- 57 **Die Kolonialität der Macht** von Jarosław Bąk und Elizaveta Khan

Rezensionen

- 61 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 69 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 77 **Personalien**
- 79 **Aus Profession und Politik**
- 86 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 89 **Veranstaltungen**
- 90 **Zeitschriftenschau**
- 92 **pb-digital**
- 93 **Jahrgangsregister**
- 96 **Impressum**

Ab der Ausgabe 1/2020 erscheint die Fachzeitschrift als Print- und Online-Ausgabe unter <https://fachzeitschrift.adb.de>

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

USA – A moment of change?

Umbruch und Wandel in den USA ein Jahr nach der Wahl von Joe Biden zum 46. amerikanischen Präsidenten

Seit Januar 2021 ist Präsident Joe Biden im Amt. Sein Wahlsieg im November 2020 fühlte sich für die Mehrheit der Amerikaner*innen wie eine Befreiung an und die Stimmung im Land hat sich verändert. Die ständige Anspannung und die politische Überhitzung fielen weg. Die Gesellschaft konnte durchatmen. Auch Deutschland hat den Wandel mit großer Erleichterung wahrgenommen. Doch übernahm Biden das Land im Krisenzustand und die Demokratie selbst stand massiv unter Druck. Doch Joe Biden und seine Administration wehren sich. In diesem Beitrag wird die Geschichte dieses Jahres nachgezeichnet und am Ende wird gefragt, was nach einem Jahr Joe Biden im Amt bleibt. von Knut Dethlefsen

Bidens Administration sah sich vom ersten Tag an mit verschiedenen großen Krisen konfrontiert. Die öffentliche Gesundheit war durch die Coronapandemie und das Missmanagement der Vorgängerregierung die dringendste Herausforderung, die Wirtschaft war als Folge der Pandemie schwer angeschlagen und benötigte massive Investitionen. Doch vor allem die Demokratie selbst war durch die Präsidentschaft *Donald Trumps* und die Weigerung des scheidenden Präsidenten und seiner Anhängerschaft, den Wahlsieg *Bidens* anzuerkennen, massiv unter Druck. Die Republikaner und der größte Teil ihrer Wählerschaft haben *Joe Biden* als Präsident zu keinem Zeitpunkt akzeptiert. Im Gegenteil: Sie haben ihn von Anfang an mit Lügen und Falschinformationen überzogen, ja ihn regelrecht diffamiert. Von Rechts kam vom ersten Tag an ein Sturm der Kritik an seiner Regierungsführung. Bei so viel Gegenwind ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass die Zustimmungswerte des Präsidenten ein Jahr nach der Amtseinführung erstaunlich niedrig sind. Sie liegen bei 42%, nur *Donald Trump* selbst hatte zu demselben Zeitpunkt niedrigere Zustimmungswerte, sie lagen bei 39%.

Doch *Joe Biden* und seine Administration wehren sich und stellen in der politischen Debatte das bereits Erreich-

te in den Vordergrund. Im politischen Alltag bemühen sie sich redlich, *Bidens* Reformagenda Wirklichkeit werden zu lassen, was sich ob der Mehrheitsverhältnisse im US-Senat sehr schwierig gestaltet. Aber vor allem geht *Biden* inzwischen auch zum direkten Gegenangriff gegen seine Feinde über, die letztendlich auch die Feinde des demokratischen Prozesses selbst sind. Am ersten Jahrestag des Angriffs auf das US-Kapitol und die amerikanische Demokratie hielt Präsident *Biden* eine bemerkenswerte Rede, in der er *Donald Trump* direkt für den Aufstand verantwortlich machte.

Es ist klar, der 6. Januar 2021 ist nicht Geschichte. Er ist jeden Tag gegenwärtig und erfordert eine kontinuierliche Verteidigung der Demokratie mit klarem Blick. Die USA bleiben das globale Epizentrum der Auseinandersetzung um die Zukunft der liberalen Demokratie. Wie konnte die US-Regierung vor diesem Hintergrund Land und Gesellschaft auf einen anderen Kurs bringen und anfangen, die realen Probleme der Gesellschaft anzugehen? Was konnte erreicht werden, welche Herausforderungen bleiben bestehen? Im Rückblick wird deutlich, dass *Joe Biden* ein großer Wahlsieg und ein Aufbruch gelungen ist. Seine Regierung veränderte die Politik der USA in unterschiedener Art

und Weise mit dem Ziel, die staatlichen Institutionen der Bundesregierung wieder aufzubauen und zum Wohle des Landes und der Bürger*innen professionell und transparent arbeiten zu lassen, während *Trump* und seine Familie den Staat zur Absicherung der eigenen Macht und Bereicherung nutzten und dabei das Vertrauen in Staatshandeln weiter zerstörten. Ganz bewusst wurden staatliche Institutionen geschwächt und Kontrollinstanzen, die dem Treiben Grenzen setzen wollen, ausgeschaltet. Die Umkehr dieses zerstörerischen Weges ist *Bidens* zentraler Verdienst.

Der großer Wahlsieg und Aufbruch

Es war ein großer Wahlsieg am 3. November 2020, auch wenn *Donald Trump* das Gegenteil behauptet. Den Demokraten gelang vor allem dank massiver Mobilisierung 2020/2021 das „Triple“: der Sieg im Weißen Haus sowie die Mehrheit im Repräsentantenhaus und die knappste der möglichen Mehrheiten im Senat. Dank zwei gewonnener Nachwahlen in Georgia Anfang Januar 2021 kommen sie auf 50 Sitze, sodass Vizepräsidentin *Kamala Harris* die entscheidende Stimme zukommt. Im Repräsentantenhaus verloren die Demokraten Rückhalt und haben mit aktuell 225 Abgeordneten nur noch eine knappe Mehrheit von zwölf Sitzen. *Joe Biden* und *Kamala Harris* profitierten von der katastrophalen Amtsführung *Trumps* und seinem Versagen in der Pandemie, aber auch von der höchsten Wahlbeteiligung seit 120 Jahren: Mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten gingen zur Wahl.

Trump beschleunigte zwei Trends in den USA, die bereits in den 1990er Jahren begannen – die stetige Abwanderung von gut ausgebildeten Wählern der Republikaner in Richtung der Demokratischen Partei und der Wechsel von weißen Wählern aus der Arbeiterklasse zu den Republikanern. *Biden* profitierte vom ersten Trend und konnte den zweiten teilweise rückgängig machen: Zwar wählten noch immer vier von zehn Gewerkschafter*innen *Trump*, aber *Biden* konnte bei dieser Wählergruppe im Vergleich zu *Hillary Clinton* 2016 Boden gut machen. Insgesamt bildeten nichtweiße Wähler*innen, Arbeitnehmer*innen, und Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen das Rückgrat für den Erfolg *Bidens*.

Amerika stand nach der Wahl wieder für Fortschritt und konnte sich dem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückschritt der vergangenen Jahre widersetzen. Die Hoffnungen der Aufklärung, die die politische Geschichte der USA geprägt haben, kehrten zurück. Ein Gefühl der Hoffnung und des Optimismus drängte die dystopischen Visionen der Rechtspopulisten zurück. Gute Regierungs-

führung ersetzte das bizarre tribalistische Führen durch Ausgrenzung, Vetternwirtschaft und Korruption.

Die USA bleiben das globale Epizentrum der Auseinandersetzung um die Zukunft der liberalen Demokratie.

Die Covid-19 Pandemie war nicht das einzige Wahlkampfthema, aber entscheidend für den Wahlsieg *Joe Bidens*. Ihm gelang es, sich in der Krise als bessere Alternative zu präsentieren. Letztendlich wog das Verspielen der öffentlichen Gesundheit für *Trump* schwer, denn dadurch wurde einer überwiegenden Zahl der Amerikaner*innen bewusst, dass er ihnen das öffentliche Gut der Sicherheit nicht garantieren konnte oder wollte. *Trump* hatte postuliert, dass die Krise nicht so schlimm sei, wie die Experten das sagten und dass die Maßnahmen zum öffentlichen Schutz, die diese empfehlen würden, interessengeleitet seien. Er forderte blindes Vertrauen und machte u. a. das Tragen von Masken und die Schließung von Geschäften zu einer Kulturfrage. Damit erreichte *Trump*, dass gesundheitspolitische Maßnahmen zu einem Glaubensbekenntnis und einem politischen Statement wurden. Es bedeutete aber auch, dass das Gesagte nicht revidiert oder angepasst werden konnte, sondern die Postulate „auf Gedeih und Verderb“ durchgezogen werden mussten. Letztendlich hatte er die Pandemie zu keinem Zeitpunkt ernst genommen und genau das brachte ihn zu Fall.

Das Versagen der ausgehenden Regierung lastete bei der Amtsübernahme von *Joe Biden* aber wie Blei auf der Zukunft des Landes. Denn im ersten Jahr der Pandemie war offensichtlich geworden, dass der Exzeptionalismus der USA vor allem darin besteht, mit der Krise vollkommen überfordert zu sein. Es gab weder einen Gemeinsinn in der Bewältigung der Krise noch eine Aufbruchsstimmung, die große Teile der Bevölkerung motiviert hätte, gemeinsam voran zu schreiten. Genau diesen Gemeinsinn beschwört *Joe Biden* seit Beginn seiner Präsidentschaft, um so gemeinsam die Corona-Pandemie zu überwinden.

Einziger Lichtblick im Missmanagement der Krise durch die *Trump*-Regierung war die Unterstützung einer schnellen Entwicklung von Impfstoffen, die pünktlich zum Amtswechsel zur Verfügung standen und seit Anfang 2021 in ausreichend hoher Zahl hergestellt werden konnten. *Joe Bidens* erste Priorität im Amt war die Pandemiebekämpfung →

fung. Auch wenn er sein selbst gestecktes Ziel von 70 % Erstimpfquote bis zum 4. Juli 2021 knapp verfehlte, machte der schnelle Impffortschritt die Erholung der US-Wirtschaft erst möglich. *Biden* hatte die enormen Ressourcen und auch die Organisationsmacht der US-Bundesregierung mobilisiert, um eine viel beachtetete Impfkampagne auf den Weg zu bringen. Schon bis April 2021 boten die Impfstoffe mehr als 200 Millionen Menschen Schutz und ermöglichten zumindest eine kurze Rückkehr zur Normalität. Bis heute sind mehr als 71 % der amerikanischen Erwachsenen vollständig geimpft.

Amerika stand nach der Wahl wieder für Fortschritt und konnte sich dem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückschritt der vergangenen Jahre widersetzen. Die Hoffnungen der Aufklärung, die die politische Geschichte der USA geprägt haben, kehrten zurück.

Allerdings schufen Impfverweigerer und neue Virusvarianten Risiken – auch für den wirtschaftlichen Aufschwung. Impfskepsis ist vor allem unter Republikanern weiter verbreitet. Angetrieben wird deren Skepsis durch gezielte Falschinformationen in sozialen Medien und dem unverantwortlichen Verhalten vieler Republikanischer Führungsfiguren im Kongress und auf Einzelstaatenebene.

Mehr als in jeder anderen Gesellschaft wurde der Umgang mit der Pandemie zu einer politischen Frage. Das Virus traf auf eine gespaltene Gesellschaft und auf eine bestehende Skepsis vieler US-Amerikaner – vor allem aber von Republikanern und *Trump*-Anhängern – gegenüber Eliten, Wissenschaft und Experten. Beide Voraussetzungen formten die amerikanische Antwort auf die Pandemie. Im Grunde genommen verbinden sich in den USA eine Feindschaft gegenüber Eliten und Intellektuellen mit einer teilweise ignoranten Bildungsferne zu einer fatalen politischen Symbiose, die Segmente der Gesellschaft sehr anfällig machen für Verschwörungstheorien aller Art. Diese Geisteshaltung wird zusätzlich durch die evangelikalischen Gruppen und Glaubensinterpretationen in den USA gefördert, die zum Teil zentrale Erkenntnisse der Menschheits-

entwicklung wie die Evolution und auch letztendlich die Aufklärung selbst ablehnen. All das belastet *Joe Biden* und sein Zustimmungswerte schwer, zumal die Gesellschaft der Pandemie überdrüssig ist, sich aber auch nicht wirklich sagen lassen will, was zu tun ist.

Die große Lüge

Die politische und gesellschaftliche Spaltung des Landes erreichte mit dem gewaltsamen Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 durch *Trump*-Anhänger einen vorläufigen Höhepunkt. Gleichzeitig bildete er auch das denkwürdige Ende der Amtszeit *Donald Trumps*, die von Lügen, Amtsmissbrauch, Missmanagement und Untergrabung demokratischer Institutionen geprägt war. Selbst ein Coup schien im Rahmen des Möglichen: Der oberste US-Militär *Mark Milley* fürchtete nach der Wahl, dass *Trump* versuchen könnte, mittels militärischer Gewalt an der Macht zu bleiben.

Den Grundstein für den Angriff auf das Kapitol legte der 45. US-Präsident selbst. Bereits Monate vor der Wahl versuchte er gezielt, die Legitimität des Wahlprozesses zu untergraben. Nach dem klaren Wahlsieg *Joe Bidens* am 3. November 2020 wurde daraus die „große Lüge“ vom massiven Wahlbetrug durch die Demokraten und ihre Anhänger. In keinem der dutzenden Gerichtsverfahren nach der Wahl konnte gezielter oder weitreichender Wahlbetrug nachgewiesen werden – im Gegenteil: Laut Einschätzung der US-Wahlbehörden waren die Wahlen trotz Corona-Pandemie die sichersten in der US-Geschichte, ohne Anhaltspunkte für Wahlbetrug. Dennoch bildet diese Lüge das Glaubensbekenntnis für die Mehrheit der Republikaner und ihrer Unterstützer und wird von *Trump* weiter propagiert. Sie soll nicht nur die Republikanische Basis mobilisieren, sondern wurde auch zum Vorwand für Wahlrechtsreformen zur angeblichen Wiederherstellung des Vertrauens in die Institution von Wahlen. Zugleich wird diese sogenannte Lüge die politischen Debatten bis zum November 2022 und wahrscheinlich bis zur nächsten Präsidentschaftswahl 2024 prägen. Und es ist jetzt schon sicher, dass die kommenden Wahlen angefochten werden.

Die Mehrheit der Republikaner im Kongress und in den Einzelstaaten haben in den vergangenen Jahren den Boden für den Angriff auf die Grundfesten der Demokratie in den USA bereitet. Sie haben sich zunehmend von der faktenbasierten, inhaltlichen Auseinandersetzung, ja von der Wahrheit selbst verabschiedet und sind heute mehr ein Personenkult des 45. Präsidenten, denn eine ernst zu nehmende politische Alternative. Selbst nach dem Sturm auf

das Kapitol stimmten acht Republikanische Senatoren und 139 Abgeordnete gegen die Zertifizierung der Wahlergebnisse, die *Joe Biden* zum Sieger erklärten. Die Transformation der Republikaner zur „Trump-Partei“ machte es ihnen auch unmöglich, *Donald Trump* für sein Verhalten am 6. Januar 2021 zur Rechenschaft zu ziehen: Im 2. Impeachment-Verfahren eine Woche nach dem Sturm auf das Kapitol stimmten nur sieben Republikanische Senatoren für die Amtsenthebung, womit die notwendige Zweidrittelmehrheit im Senat verfehlt wurde. Ein überparteilicher Kongressausschuss zur Aufarbeitung der Ereignisse wurde gezielt von einer großen Mehrheit der Republikaner torpediert, um im Nachhinein das nun von den Demokraten eingerichtete „Select Committee“ und deren Ergebnisse diskreditieren zu können. Eine erschreckend hohe Zahl der Republikaner spricht Präsident *Biden* bis heute die Legitimität ab.

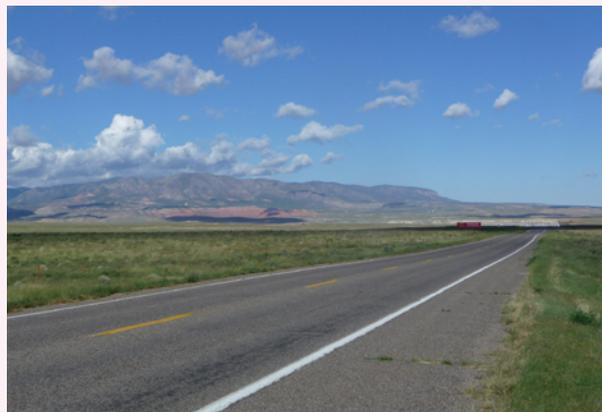
Große Herausforderungen und große Hürden

Die Demokraten stehen politisch vor zwei großen Herausforderungen: erstens dem Zusammenhalten der äußerst knappen parlamentarischen Mehrheiten, d. h. auch ihrer politischen Flügel auf Bundesebene, um einen möglichst großen Teil der *Biden*-Agenda umzusetzen, sowie zweitens dem Umgang mit den Republikanern. Zudem scheint es Ziel der Republikaner zu sein, ihre bestehenden geografischen und institutionellen Vorteile im Wahlsystem – mit direkten Auswirkungen auf die Besetzung im Weißen Haus, Kongressmehrheiten und damit auch der Besetzung des Obersten Gerichtshofs – mittels undemokratischer Spielregeländerungen, insbesondere durch repressive Wahlgesetze auf Einzelstaatenebene, auf Dauer zu zementieren. Seit 1999 haben Republikanische Senatoren nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert. Trotzdem stellten sie von 2003–2007 und 2015–2021 die Mehrheit der Mitglieder im Senat. Ähnliches lässt sich für die Präsidentschaft konstatieren, würde man die Zahl der Wählerstimmen und nicht die des Wahlmänner-Gremiums zur Bestimmung des Siegers zugrunde legen.

Dieser strukturelle Vorteil, kombiniert mit der Radikalisierung wie sie in der *Tea Party Revolte* zur Amtszeit *Barack Obamas* und der *Trump*-Präsidentschaft zum Ausdruck kam, setzt nicht nur das Parteiensystem, sondern die US-Institutionen und damit die Demokratie selbst unter Druck.

Dem unbedingten Willen der Republikaner zur Macht fallen demokratische Grundprinzipien, wie die freie Ausübung des Wahlrechts und die Pressefreiheit, zunehmend

zum Opfer. Unter dem Vorwand, auf unbegründete Vorwürfe von Wahlbetrug zu reagieren, machen sie sich mittels repressiver Wahlreformen und Desinformationskampagnen in vielen Bundesstaaten daran, das Wählen zu erschweren – vor allem für diejenigen, die traditionell nicht zu ihren Unterstützern zählen. Die letzten US-Wahlen haben deutlich gezeigt, wie vor allem republikanisch geführte Bundesstaaten den Zugang zu Wahlen vor allem für Afroamerikaner*innen und andere Minoritäten einschränken. Da wurden Einwurfboxen und Wahllokale drastisch reduziert und in für viele unzugängliche Gegenden verlegt. Dazu gehören massive zeitliche Reduzierungen bei der vorzeitigen Stimmabgabe, Gesetze zum Identitätsnachweis und die Bereinigung von Wählerverzeichnissen. Zwischen dem 1. Januar und dem 7. Dezember 2021 verabschiedeten mindestens 19 Bundesstaaten 34 Gesetze, die den Zugang zur Stimmabgabe einschränken. Mehr als 440 Gesetzesvorlagen mit Bestimmungen, die den Zugang zu den Wahlen einschränken, wurden in der Legislaturperiode 2021 in 49 Staaten eingebracht. In diesem Jahr werden noch 152 einschränkende Gesetzesentwürfe in 18 Staaten auf den Weg gebracht werden (vgl. Brennan Center for Justice 2021; www.brennancenter.org/our-work/research-reports/voting-laws-roundup-december-2021; Zugriff: 17.01.2022).



Das Versagen der vorherigen Regierung lastete bei der Amtsübernahme von *Joe Biden* wie Blei auf der Zukunft des Landes.

Foto: AdB

Die Wucht dieser Gesetzesentwürfe ist eine Gefahr für die Demokratie selbst. Wahlunterdrückung trifft vor allem die Demokraten und wird daher auch das Abschneiden Demokratischer Kandidaten bei den Wahlen im Herbst 2022 und danach negativ beeinflussen. In einer leidenschaftlichen Rede sagte Präsident *Biden* Anfang Januar 2022 in Atlanta, Georgia, dass er Änderungen unterstütze, die →

es ermöglichen würden, eine Wahlrechtsreform ohne die Unterstützung der oppositionellen Republikaner zu verabschieden. Doch auch wenn sich der Senat mit dieser Frage auseinandersetzen wird, werden die Republikaner jedweden Vorstoß, dem 60-Stimmen-Filibuster, wenn auch nur vorübergehend, außer Kraft zu setzen, blockieren. Derzeit ist eine Mehrheit von 60 % der 100 Senator*innen erforderlich, um die meisten Gesetze im Senat zu verabschieden. Da das Oberhaus des Kongresses in dieser Legislaturperiode je zur Hälfte von den beiden Parteien besetzt ist, ist es fast sicher, dass *Bidens* weitreichende Wahlgesetze nicht verabschiedet werden, es sei denn, es gibt eine Änderung dieser Regel.

Es existieren zwei Gesetzesentwürfe: der *Freedom to Vote Act* und der *John Lewis Voting Rights Advancement Act*. Beide wurden bereits 2021 vom Repräsentantenhaus verabschiedet, können aber im Senat nicht verabschiedet werden, da sich zwei konservative Demokratische Senatoren weigern, den Filibuster auch nur zeitweise zu umgehen. Das führt zu großer Frustration bei den Demokraten. Es ist auch ein schwerer Schlag für *Biden* selbst, da es ihm nicht gelingt einen wichtigen Teil seiner Reformagenda umzusetzen.

Die große Ungleichheit

Die repressiven Wahlgesetze sind auch ein Zeichen der nach wie vor herrschenden Ungleichheit im Lande, die insbesondere die Afroamerikanische Bevölkerung betrifft. Gesellschaftlich hatten die größten Bürgerrechtsproteste in der Geschichte des Landes nach dem Mord am Afro-Amerikaner *George Floyd* im Mai 2020 durch den weißen Polizisten *Derek Chauvin* eine Signalwirkung. Es gibt heute eine nationale Debatte in den USA, die von Polizeibrutalität und der Anwendung von exzessiver Gewalt gegen Afro-Amerikaner*innen bis zur Vergangenheitsbewältigung und möglichen Reparationszahlungen reicht. Zwar wurde *Derek Chauvin* mittlerweile zu 22 ½ Jahren Haft verurteilt, aber inzwischen wurden neue Fälle von Polizeigewalt gegen Afro-Amerikaner*innen öffentlich. Doch der große Protest der *Black Lives Matter Bewegung* ist derweil abgeebbt. Zudem nutzen Republikaner die Debatte zur Mobilisierung ihrer Basis und haben einen neuen Feind ausgemacht, der das Land und die Gesellschaft spaltet: „Critical Race Theory“. Die akademische Debatte um strukturellen Rassismus wird von ihnen aber nicht inhaltlich geführt, sondern dient allein der Mobilisierung der Basis und zur Vermeidung einer ernsthaften Debatte um Rassismus und Wiedergutmachung in den USA. Überall im Lande

versuchen Republikaner mittlerweile, das Erbe der Sklaverei aus Lehrbüchern und Curricula zu streichen, oft unter dem Deckmantel des Verbots von „spaltenden Ideen“. Damit machen sie die Rassismus-Debatte zum nächsten Schlachtfeld im Kulturkampf um die Zukunft des Landes. Mit solchen Manövern ist es den Republikanern auch gelungen die Gouverneurswahlen in Virginia im vergangenen Herbst zu gewinnen.

Dem unbedingten Willen der Republikaner zur Macht fallen demokratische Grundprinzipien, wie die freie Ausübung des Wahlrechts und die Pressefreiheit, zunehmend zum Opfer.

Die Herstellung der gesellschaftlichen Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen war vom ersten Amtstag an ein Anliegen der *Biden*-Regierung. Landesweit wurden alle Bundesbehörden aufgefordert, sich mit den dauerhaften Auswirkungen des systemischen Rassismus auf vor allem schwarze Gemeinschaften zu befassen. Das bereits im März 2021 verabschiedete Amerikanische Rettungspaket half besonders den Amerikaner*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen und hat die Kinderarmut gerade bei Minderheiten gesenkt. Der jahrzehntelange Mangel an Investitionen in öffentliche Einrichtungen hat afroamerikanische und andere Minoritäten am stärksten getroffen. Das im November verabschiedete überparteiliche Infrastrukturgesetz ist ein Meilenstein im Kampf gegen den verfestigten strukturellen Rassismus, da es dort investieren soll, wo sehr lange nichts investiert wurde.

Die großen Investitionen

Die US-Gesellschaft erwartete nach der historischen Wahl im Herbst 2020 trotz der Spaltung wieder mehr von ihrer Regierung. Die Erfahrungen des ersten Pandemiejahres hatten deutlich gemacht, dass sich Expertise und funktionierende Institutionen sowie soziale Absicherung nicht nur auszahlen, sondern konkret Leben retten. Dieses neue Bewusstsein machte auch Investitionen in öffentliche Güter für einen größeren Teil der Gesellschaft attraktiver, somit scheinen fundamentale Veränderungen möglich zu sein.

Die Demokraten als Regierungspartei positionieren sich klarer progressiv bei wirtschaftlichen und sozialpolitischen



Gesellschaftlich hatten die größten Bürgerrechtsproteste in der Geschichte des Landes nach dem Mord am Afro-Amerikaner George Floyd eine Signalwirkung. Foto: John Lucia; https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Black_Lives_Matter.jpg (CC BY 2.0; <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>)

Fragen, was auf den wachsenden Einfluss des progressiven Flügels innerhalb der Partei sowie den Wunsch vieler Amerikaner*innen nach „mehr Staat“ zurückzuführen ist. Dieser Wunsch schwächte sich dann aber bis zum Herbst 2021 etwas ab, so dass *Biden* und die Demokraten vor einer doppelten Herausforderung stehen: Sie müssen den gegenüber Regierungshandeln normalerweise misstrauischen US-Wähler*innen eine größere Rolle des Staates vermitteln und gleichzeitig versuchen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Staat tatsächlich in der Lage ist, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Zu den populären Elementen auf der Agenda der Demokraten gehören u. a. Steuergutschriften für Kinder (eine Art US-Kindergeld), ein Recht auf einen Vorschulplatz, auf bezahlte Kranken- und Elternzeit sowie höhere Steuern für Superreiche. Heftiger umstritten ist der Umgang mit Einwanderern, ein öffentlich finanziertes Gesundheitswesen sowie klimapolitische Maßnahmen.

Doch was konnte im ersten Regierungsjahr konkret erreicht werden? Die wirtschaftliche und soziale Lage der USA ist weiter maßgeblich von der Corona-Pandemie bestimmt. *Joe Biden* erbt eine historische Rezession, die massive Auswirkungen für die Arbeitnehmer*innen und die Mittelschicht hatte. Der US-Arbeitsmarkt verlor in der Krise 2020 ca. 22 Mio. Jobs, von denen bis heute knapp 19 Mio. wieder zurückgewonnen werden konnten. Für 2021 geht die OECD von einem Wachstum von 5,6% aus und für 2022 von 3,7%. Die Erholung der US-Wirtschaft geht

zu wesentlichen Teilen auf das Konto der massiven staatlichen Hilfspakete.

Überall im Lande versuchen Republikaner mittlerweile, das Erbe der Sklaverei aus Lehrbüchern und Curricula zu streichen, oft unter dem Deckmantel des Verbots von „spaltenden Ideen“. Damit machen sie die Rassismus-Debatte zum nächsten Schlachtfeld im Kulturkampf um die Zukunft des Landes.

Bidens Regierung hat in der Arbeitsmarktpolitik vieles besser gemacht als seine Vorgänger und die Erholung geht zum größten Teil auf das erfolgreiche Gegensteuern auf Bundesebene zurück. Die wichtigsten Instrumente waren das im März 2021 verabschiedete Konjunkturprogramm „American Rescue Plan“ mit gut 1,9 Billionen US-Dollar sowie Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz. Das Programm verlängerte u. a. ein erhöhtes Arbeitslosengeld bis September 2021. Zudem reduzierte →

das Hilfspaket, so eine Analyse der Columbia University, die Armut um 30 %. Afro-Amerikaner*innen, hispanische Amerikaner*innen und arme Familien mit Kindern profitierten am meisten – vor allem durch eine Steuergutschrift für Familien mit Kindern. Erstmals gab es in den USA damit eine Art Kindergeld, das monatlich ausgezahlt wurde und von dem gut 9 von 10 Kindern profitierten. Leider lief das Programm Ende 2021 aus.

Insgesamt hatte die Erholung am Arbeitsmarkt aber auch weniger erfreuliche Aspekte, die jedoch nicht auf das Konto der *Biden-Administration* gehen. Zum einen hat der Aufschwung nicht alle Beschäftigte erreicht. Schwarze Arbeitnehmer*innen sind noch immer eher arbeitslos als weiße Arbeitnehmer*innen: Während im Dezember 2021 knapp mehr als drei Prozent der Weißen als arbeitslos galten, so waren es unter Afro-Amerikaner*innen mit gut sieben Prozent mehr als doppelt so viele. Zudem verloren in den ersten 10 Monaten der Pandemie 5,4 Mio. Frauen ihren Arbeitsplatz, von denen überproportional viele afro-amerikanische und lateinamerikanische Frauen waren. Was waren die Ursachen? Die Krise traf vor allem diejenigen, die in schlecht bezahlten Jobs im Dienstleistungssektor arbeiten. Laut Zahlen des *Bureau of Labor Statistic* (2018) machen Frauen fast drei Viertel aller Beschäftigten im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie 52 % derjenigen im Freizeit- und Gastgewerbe aus. Und unter diesen wiederum sind hispanische und afro-amerikanische Frauen überrepräsentiert. Die genannten Sektoren waren unverhältnismäßig stark von Schließungen und Maßnahmen wie sozialer Distanzierung betroffen und hinken auch heute noch dem Aufschwung hinterher. Dazu kam, dass Frauen mehrheitlich die Last der Kinderbetreuung und der Schließungen von Schulen und Betreuungseinrichtungen tragen mussten.

Um den Aufschwung zu verstetigen und die US-Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, hatten die Demokraten im Kongress auf Initiative der *Biden-Regierung* das soziale Infrastrukturpaket „Build Back Better“ eingebracht, das auch Ende November 2021 vom Repräsentantenhaus verabschiedet wurde. Mit dem Gesetz bewilligte die Demokratische Mehrheit 2,2 Billionen US-Dollar an Ausgaben für die nächsten zehn Jahre, um das soziale Sicherungsnetz der USA zu stärken, den Klimawandel zu bekämpfen, und die Gesundheitsversorgung auszubauen. Viele Bestimmungen haben das Ziel, Familien mit Kindern finanziell zu unterstützen, z. B. durch Steuergutschriften für Familien mit Kindern, durch Zuschüsse für die Kinderbetreuung, den Ausbau der Vorkindergartenprogramme und ein Recht auf

bezahlte Kranken- und Pflegezeit. Fast 500 Milliarden US-Dollar (etwa ein Viertel der Ausgaben des Gesetzentwurfs) sind für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen. Auch das US-Steuersystem würde mit dem Gesetz gerechter. Das Gesetzesvorhaben steckte bis Ende 2021 im Senat fest und wird aller Voraussicht nach nicht verabschiedet werden.



Viele US-Amerikaner*innen sind angesichts der riesigen Inflationsrate weiterhin pessimistisch, was die US-Wirtschaft betrifft.

Foto: AdB

Dafür unterzeichnete *Joe Biden* bereits Anfang November ein vom US-Kongress verabschiedetes Infrastrukturpaket von gut 1,2 Billionen US-Dollar (davon ca. 550 Mrd. US-Dollar an neu bewilligten Mitteln). Das war nur etwas mehr als ein Fünftel der ursprünglich von Biden vorgeschlagenen Summe, stellt aber trotzdem die höchsten Neuinvestitionen in die alternde Infrastruktur des Landes in den letzten 30 Jahren dar und konzentriert sich auf die Bereiche Verkehr, öffentliche Versorgung und die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Komplette gestrichen wurden geplante Ausgaben für Innovationsförderung, Gebäude und häusliche Pflege.

Große Enttäuschung und große Hoffnung

Was bleibt nach einem Jahr *Joe Biden* im Amt? Die Demokraten sind enttäuscht und die Republikaner fühlen sich in ihrer fundamentalen Gegnerschaft bestätigt. Letztere blasen zum Angriff und glauben die Mehrheiten im Kongress im November bei den Zwischenwahlen zu ihren Gunsten kippen zu können. Bei den alle zwei Jahre stattfindenden Zwischenwahlen werden das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. Dazu kommen ganze 36 Gouverneure, die in den Bundesstaaten zur Wahl stehen. Historisch betrachtet, ist die Partei des

Präsidenten bei den ersten Zwischenwahlen im Nachteil und verliert diese in der Regel. Hinzu kommt, dass die politische Stimmung nicht an der Seite des Präsidenten ist.

Während viele US-Amerikaner*innen angesichts der riesigen Inflationsrate weiterhin pessimistisch über die US-Wirtschaft denken, konnte *Biden* im ersten Jahr seiner Amtszeit die US-Wirtschaft aus dem Abschwung herausführen und positive Arbeitsmarkteffekte erzielen. Die Arbeitslosenquote ist auf ein niedriges Niveau gesunken und die Anträge auf Arbeitslosenunterstützung fielen Anfang Dezember auf den niedrigsten Stand seit 1969. Und für das begonnene Jahr sind die Indikatoren positiv, das Wirtschaftswachstum wird sich ob der Dynamik der US-Wirtschaft und der massiven öffentlichen Investitionen verstetigen, gleichzeitig werden die Verwerfungen auf den Märkten bei der weiteren Normalisierung der Lage abnehmen. Die Lieferketten werden sich stabilisieren und die Preise auch. Ansonsten wird die Zentralbank dazu übergehen mit ihren Instrumenten die Inflation wieder in den Griff zu bekommen.

Während viele US-Amerikaner*innen angesichts der riesigen Inflationsrate weiterhin pessimistisch über die US-Wirtschaft denken, konnte Biden im ersten Jahr seiner Amtszeit die US-Wirtschaft aus dem Abschwung herausführen und positive Arbeitsmarkteffekte erzielen.

Bidens Impfprogramm hat den meisten Amerikaner*innen Schutz vor den schlimmsten Auswirkungen der Pandemie gewährt. Trotzdem überwiegt in der Gesellschaft die Frustration darüber, dass die Pandemie immer noch nicht vorüber ist. Es bleibt zwar abzuwarten, wie sich die neue Omikron-Variante auf das Pandemiegeschehen auswirken wird.

Eine positive Wende in Wirtschaft, Inflation und bei der Pandemie wäre für die Zwischenwahlen ein Muss für die Demokraten, denn ihre Mehrheiten im Kongress sind denkbar knapp.

Auch wenn Präsident *Biden* nicht seine gesamte Reformagenda verabschieden konnte, so hat er doch mehr

auf den Weg gebracht als viele andere Präsidenten. Und er hat in diesem Jahr schließlich noch die Möglichkeit einzelne Programme aus den Gesetzespaketen herauszunehmen und zur Abstimmung zu bringen, um so den Eindruck zu überwinden, der Reformprozess sei stecken geblieben. Aber schon jetzt hat die *Biden*-Administration die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung in den USA verbessert und auf einen nachhaltigen und auch ausgleichenden Kurs gebracht. Vor allem aber hat er der US-Präsidentschaft Anstand, Augenmaß und Würde zurückgegeben.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zum Autor



Knut Dethlefsen ist Historiker und ausgewiesener Kenner der USA. Seit 2018 leitet er das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington DC und vertritt die Stiftung in Nordamerika. Seit 2002 ist er für die Stiftung tätig und hatte die Leitung der Büros in Schanghai, in Ost-Jerusalem, in Warschau und des Asienreferats in der Berliner Zentrale inne. Von 2001–2002 war er Mitarbeiter im außenpolitischen Stab der US-Senatorin Dianne Feinstein in Washington DC. Vorausgegangen waren Studien der Neueren Geschichte, Internationalen Politik und Volkswirtschaftslehre an der Technischen und Freien Universität Berlin und an der Georgetown University in Washington DC.

k.dethlefsen@fesdc.org

„America is back“

Ziele und Herausforderungen der Außenpolitik von Joe Biden

Die Außenpolitik von Joe Biden ist eng mit dem Anspruch verknüpft, die USA wieder als Führungsmacht in der Welt zu etablieren und als verlässlicher Akteur in multilateralen Institutionen und im Einklang mit internationalen Partnern aufzutreten. Der neue Präsident versprach zum Amtsantritt 2021 eine Abkehr von der America First-Politik der Ära Trump, er wolle Demokratien stärken und rief eine Außenpolitik für die Mittelschicht aus. Unter welchen (innenpolitischen) Bedingungen nahm die Biden-Regierung ihre Arbeit auf, um diesen Politikentwurf zu realisieren? Und welche ersten Erkenntnisse lassen sich am Ende des ersten Regierungsjahres über den außenpolitischen Stil von Joe Biden gewinnen? von Sarah Wagner und David Sirakov

America First – US-Außenpolitik in der Ära Trump

Um die außenpolitischen Leitlinien und Handlungen der *Biden*-Regierung einordnen zu können, bedarf es eines kurzen Rückblicks auf die Amtszeit seines Vorgängers, Präsident *Donald Trump*. Die Außenpolitik der *Trump*-Regierung galt vielen Beobachter*innen als „beispiellos“ (Böller/Sirakov 2020, S. 29). So war der Kommunikationsstil des Präsidenten, vor allem auf dessen Lieblingsmedium, dem Kurznachrichtendienst Twitter, von erraticen Ausbrüchen, Drohungen, Beleidigungen, Lügen und Fehlinformationen geprägt. Außenpolitische Inhalte wurden häufig ohne Kontext und vorherige Konsultationen, sei es mit den eigenen Berater*innen oder befreundeten Staaten, auf Twitter verkündet und Ergebnisse von Gipfeltreffen im Nachhinein via Tweet torpediert (vgl. Cochrane 2018). Doch neben diesen diplomatischen und rhetorischen Fehlritten gegenüber Verbündeten war es vor allem die Herauslösung der USA aus internationalen Strukturen und Institutionen, die prägend war für die Außenpolitik von *Donald Trump*. Die *America First*-Doktrin zeigte sich im Infragestellen der NATO, einem geplanten Abzug von US-Truppenkontingenten aus Deutschland sowie dem Austritt oder Rückzug aus internationalen Abkommen und Institutionen. Davon

betroffen waren unter anderem das Pariser Klimaabkommen, das Abrüstungsabkommen INF, das Transpazifische Partnerschaftsabkommen, die UNESCO, das iranische Nuklearabkommen oder auch das Open Skies-Abkommen.

Diese Form der präsidentialen Kommunikation und das Streben nach mehr Autonomie außerhalb von multilateralen Strukturen hatten zwei bedeutende Konsequenzen für die USA auf dem internationalen Parkett: ein Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit des Landes sowie ein schwindender Einfluss der USA in den internationalen Beziehungen (vgl. Böller/Sirakov 2020, S. 32). Der schlingernde außenpolitische Kurs von *Donald Trump* erschütterte das Vertrauen traditioneller Partner und Verbündeter nachhaltig, das Misstrauen gegenüber außenpolitischen Plänen und Projekten der USA wuchs. Dies führte geradewegs dazu, dass es den USA zunehmend schwerer fiel, die Unterstützung bei den Partnern für politische Vorhaben in internationalen Institutionen zu gewinnen. Der sich dadurch einstellende Verlust an Einfluss ermöglichte es zugleich, dass konkurrierende Staaten wie Russland und China ihre Machtpositionen ausbauen konnten (vgl. ebd.).

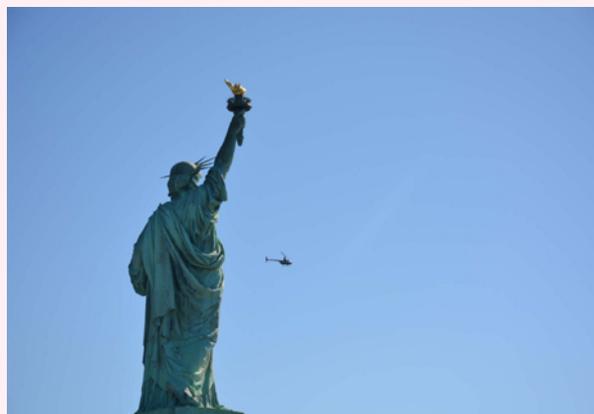
Der niedrige Stellenwert der Diplomatie für die *Trump*-Regierung zeigte sich auch an deren Umgang mit dem Au-

ßenministerium, dem *U.S. Department of State*. Hier kam es unter den Außenministern *Rex Tillerson* und *Mike Pompeo* zu Einstellungsstopps, radikalen Kürzungsvorschlägen sowie einem Exodus an erfahrenen Diplomaten*innen (vgl. Farrow 2021). Diese Aushöhlung des diplomatischen Dienstes und die angespannte Atmosphäre innerhalb des Ministeriums, unter anderem bedingt durch den Führungsstil der von *Donald Trump* ernannten Mitarbeiter*innen, bildeten die Rahmenbedingungen für den Amtsantritt des neuen Außenministers, *Antony Blinken*.

America is back – Der Amtsantritt von Joe Biden

„America is back. America is back. Diplomacy is back at the center of our foreign policy.“ (The White House 2021) Mit diesen Worten wandte sich Präsident *Biden* im Februar 2021 im Außenministerium an dessen Mitarbeiter*innen und an das globale Publikum. In seiner Rede zur Außenpolitik betonte der Präsident sein zentrales außenpolitisches Vorhaben, Allianzen zu reparieren, die Führungskraft der USA wiederherzustellen und erwähnte gleich zu Beginn die geopolitischen Herausforderer China und Russland. In der Rede stellte *Biden* zudem die Verbindung zwischen Diplomatie und demokratischen Werten her. Nur eine Diplomatie, begründet in Werten wie Freiheit, universalen Rechten oder Rechtsstaatlichkeit könne eine Quelle der Stärke sein, so der Präsident. Im deutlichen Gegensatz zu seinem Vorgänger betonte *Biden* die Wiederaufnahme und Fortführung von internationalen Verpflichtungen und Verträgen, beispielsweise das Pariser Klimaabkommen, die Verlängerung des atomaren Abrüstungsvertrags New Start mit Russland sowie einen Stopp der Abzugspläne von US-Truppen aus Deutschland. Zum Ende der Rede stellte *Biden* mit der Rolle der Mittelschicht und die sich daraus für ihn ergebende Vermischung von Innen- und Außenpolitik, ein weiteres Kernstück seiner Außenpolitik vor: „There’s no longer a bright line between foreign and domestic policy. Every action we take in our conduct abroad, we must take with American working families in mind.“ (The White House 2021) Diese *foreign policy for the middle class* betonte *Biden* auch in einem Beitrag für das Magazin *Foreign Affairs*, in dem er folgende Ziele seiner Außenpolitik nannte: eine Erneuerung der US-Demokratie und der Allianzen, der Schutz der wirtschaftlichen Zukunft des Landes sowie die erneute Etablierung der USA als globale Führungskraft (vgl. Biden 2020). Diese klar artikulierte Verbindung von innenpolitisch begründeten Interessen und den daraus abzuleitenden außenpolitischen Handlungsempfehlungen muss auch im Kontext der gesellschaftspolitischen Ent-

wicklungen in den USA verstanden werden. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die steigende ökonomische Ungleichheit sowie die Hyperpolarisierung innerhalb der Gesellschaft und Politik, getrieben von einer sich radikalisierenden Republikanischen Partei, forderten und fordern weiterhin die Aufmerksamkeit der *Biden*-Regierung. Die Impfkampagne und das Schnüren von Hilfspaketen im Kongress (*shots in arms and money in pockets*) waren somit von Amtsantritt an die Priorität der neuen Regierung und auch der amerikanischen Bevölkerung.



Nur eine Diplomatie, begründet in Werten wie Freiheit, universalen Rechten oder Rechtsstaatlichkeit könne eine Quelle der Stärke sein, so Joe Biden. Foto: David Sirakov

In einem Gastbeitrag für die *Washington Post* im Sommer 2021, kurz vor seiner ersten Europa-Reise und dem G7-Gipfel im britischen St. Ives, erneuerte *Biden* nicht nur die Beistandsverpflichtung der NATO, sondern betonte erneut die Verknüpfung von innenpolitischen Zielen mit seiner Außenpolitik. So sei eine funktionierende Infrastruktur Voraussetzung, um mit Mächten wie China konkurrieren zu können (vgl. Biden 2021). Er endete seinen Beitrag mit einer für ihn zentralen Frage: „Can democracies come together to deliver real results for our people in a rapidly changing world?“ (Ebd.)

Der Versuch *Joe Bidens*, die Führungsrolle der USA im globalen Geflecht zu reaktivieren, setzt auch einen gewissen überparteilichen Konsens, der eine aktive Führungsrolle der USA stützt und fordert, voraus (vgl. Böller/Hagemann et al. 2021). Daher überrascht es nicht, dass *Biden* die Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik sucht und ein dominantes Motiv seiner Ansprachen der Wunsch nach mehr Einheit, *unity*, ist (vgl. ebd.). Denn die in den USA herrschende Polarisierung und die besorgniserre-

gende Entwicklung der Republikanischen Partei beeinflussen die Handlungsfähigkeit der Regierung auch in der Außenpolitik und drohen nicht nur zu einem innenpolitischen Stillstand zu führen.

„There’s no longer a bright line between foreign and domestic policy. Every action we take in our conduct abroad, we must take with American working families in mind.“ Joe Biden

Diese zunehmende Verflechtung von Innen- und Außenpolitik erklärt auch, warum die US-Außenpolitik zunehmend verlangsamt, blockiert und unzuverlässiger wird (vgl. Sirakov 2021, S. 96). Die wachsende Polarisierung der politischen Lager, also die sich vergrößernde Distanz zwischen den ideologischen Positionen der Parteien, ist besonders in einem politischen System wie dem der USA fatal für die Erarbeitung und Durchsetzung von politischen Inhalten. Denn im Sinne der Gewaltenteilung und -kontrolle ist erfolgreiche Politik von der Zusammenarbeit der jeweiligen Parteien und Institutionen abhängig, doch genau der hierfür notwendige Konsens stellt sich immer seltener in der US-Politik ein. Die Arbeit im Kongress leidet darunter nachhaltig. Immer weniger parteiübergreifende Initiativen und vermehrt Abstimmungen entlang der Parteilinien haben eine deutlich gesunkene Zahl an Gesetzen trotz großem Handlungsdruck zur Folge. Eine parteipolitisch motivierte Blockade wird nunmehr regelmäßig der politischen Lösungssuche vorgezogen (vgl. ebd., S. 100). Der Präsident muss daher verstärkt auf Instrumente wie *executive orders* oder *agreements* zurückgreifen, die er ohne den Kongress umsetzen kann. Diese Form von exekutiven Dekreten können jedoch von nachfolgenden Präsidenten nahezu genauso schnell und unkompliziert zurückgenommen werden, wie sie verfasst wurden. Während internationale Verträge eine Zustimmung des Senats erfordern, kann der Präsident diese Notwendigkeit durch die Nutzung von *executive agreements* umgehen. Hier handelt es sich um internationale Vereinbarungen die keiner Zustimmung des Senats bedürfen und basierend auf Urteilen des *Supreme Courts* internationalen Verträgen gleichrangig sind, gleichzeitig jedoch auch weniger Verlässlichkeit und Planungssicherheit für internationale Partner bieten. Der Wiedereinstieg

von *Joe Biden* in das Pariser Klimaabkommen wurde zwar international begrüßt, kann somit aber problemlos von der nächsten Republikanischen Administration rückgängig gemacht werden (vgl. ebd., S. 106).

Doch entgegen der weitläufigen Vorstellung von Polarisierung ist die Entwicklung in den vergangenen 25 bis 30 Jahre nicht das Ergebnis eines von den Demokraten oder den Republikanern zu gleichen Teilen vorangetriebenen ideologischen Auseinanderdriftens. Vielmehr trägt die Republikanische Partei den Hauptanteil der Polarisierung im US-Kongress. Betrachtet man vor diesem Hintergrund den aktuellen Zustand der Republikanischen Partei ist es zudem fraglich, in welchem Ausmaß eine parteiübergreifende Zusammenarbeit im Kongress und mit dem Weißen Haus in internationalen Fragen des Klima- und Demokratieschutzes aktuell und in Zukunft möglich sein wird. Denn Klimaschutzziele, die durch im Kongress beschlossene legislative Pakete und Maßnahmen erreicht werden sollen, erfordern angesichts traditionell knapper Mehrheitsverhältnisse insbesondere im Senat in aller Regel parteiübergreifende Unterstützung. Doch diese kann *Joe Biden* sogar in den eigenen Parteireihen nicht garantieren, wie das Scheitern seines *Build Back Better Plans* (ein Sozial- und Klimapaket) im Senat verdeutlicht (vgl. Cassidy 2021).

Abenteuer mit den Allianzen? Die Zustimmungswerte in der Bevölkerung

Die Polarisierung in der Außenpolitik erstreckt sich nicht nur auf die Entscheidungsträger*innen in Washington D.C. Auch in der US-Bevölkerung unterscheiden sich die Einschätzungen in Bezug auf die Rolle, die das eigene Land in den internationalen Beziehungen spielen soll. Während mit 71 % Zustimmung Demokrat*innen überwiegend der Ansicht sind, dass viele Probleme der Nation in Zusammenarbeit mit anderen Ländern gelöst werden können, stimmen lediglich 33 % der Republikaner*innen dieser Haltung zu (vgl. Pew Research Center 2021b).

Insgesamt betrachtet unterstützt mit 68 % eine Mehrheit der US-Bevölkerung ein globales Engagement der USA und sieht eine aktive Außenpolitik im Interesse des Landes (vgl. Chicago Council on Global Affairs 2020, S. 10). Wie diese dann jedoch konkret ausgestaltet und entlang welcher Themenschwerpunkte sie organisiert werden soll, wird wiederum parteipolitisch unterschiedlich bewertet. Andere Untersuchungen sehen die Unterstützung für ein globales Engagement der USA zudem etwas weniger rosig. Laut einer Befragung des *Pew Research Institutes* stimmen 50 % der Amerikaner*innen der Aussage zu, dass die USA

sich weniger auf Probleme in der Welt, sondern eher auf Herausforderungen im eigenen Land konzentrieren sollte (vgl. 2021a).

Kurz nach dem Amtsantritt von *Joe Biden* konnte der neue Präsident relativ gute Zustimmungswerte verzeichnen. 60 % der Bevölkerung gaben an, Vertrauen in seine Außenpolitik zu haben – *Donald Trump* erreichte zu Amtsbeginn lediglich 46 %. Allerdings zeigte sich auch hier eine enorme Differenz zwischen den politischen Lagern: 72 % der Republikaner*innen hatten kein oder wenig Vertrauen in die Fähigkeit von *Joe Biden*, in der Außenpolitik „the ‚right thing‘“ zu tun, wohingegen 88 % der Demokrat*innen etwas oder viel Vertrauen in ihn hatten (vgl. ebd.).



Einhergehend mit dem Machtwechsel im Weißen Haus wandelte sich auch das USA-Bild in der deutschen Bevölkerung. Foto: AdB

Ein Jahr nach seinem Amtsantritt sehen diese Zahlen jedoch anders aus. Das *Gallup-Institut* dokumentiert einen deutlichen Vertrauensverlust für *Joe Biden* in der Außenpolitik. Erhielt er in dieser Umfrage im Februar 2021 noch 56 % Zuspruch, fiel dieser Wert im November 2021 auf 38 %. Und auch unter den Präsident *Biden* positiv zugewandten Demokraten schwand das Vertrauen in seine Außenpolitik von 92 auf 73 % (vgl. Gallup 2021).

Werfen wir einen Blick über den Atlantik, sehen die Zahlen für *Joe Biden* erfreulicher aus, vor allem im direkten Vergleich zu seinem Vorgänger. 78 % der Deutschen gaben an, Vertrauen in den US-Präsidenten zu haben, die richtigen Entscheidungen in der Außenpolitik zu treffen – für lediglich 10 % der deutschen Bevölkerung traf dies am Ende seiner Amtszeit auf *Donald Trump* zu (vgl. Pew Research Center 2021c). Einhergehend mit dem Machtwechsel im Weißen Haus wandelte sich auch das USA-Bild in der deutschen Bevölkerung. 59 % der Deutschen gaben an,

eine positive Sicht auf das Land zu haben – im Vergleich zu 26 % im Jahr 2020 (vgl. ebd.). Mit diesen hohen Werten verbanden sich in der internationalen Gemeinschaft und vor allem in Deutschland natürlich auch bestimmte Hoffnungen, was das außenpolitische Auftreten und die Prioritätensetzung der USA betraf. Mehr Konsultationen, bessere Kommunikation und mehr gemeinsame Projekte erhoffte man sich von der *Biden*-Regierung. Doch konnte sie bislang liefern?

Die Biden-Regierung – das erste Jahr

Wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde die Personalpolitik von *Joe Biden*, der erfahrene und bekannte Gesichter in seinem Team versammelte mit dem Anspruch, die angeschlagenen transatlantischen Beziehungen professionell zu reparieren und zu stärken. Außenminister *Antony Blinken*, Deputy Secretary of State *Wendy Sherman*, der nationale Sicherheitsberater *Jake Sullivan*, Director of *National Intelligence* *Avril Haines*, Botschafterin der USA bei den *Vereinten Nationen* *Linda Thomas-Greenfield* oder auch die im November 2021 durch den Senat bestätigte Botschafterin bei der NATO, *Julianne Smith*, sammelten schon in der *Obama*-Administration Erfahrung in der (internationalen) Politik. Gleichzeitig mussten mehrere Positionen, vor allem die Posten der Botschafter*innen, auf ihre Besetzung warten, da die Republikanischen Senatoren *Ted Cruz*, *Josh Hawley* und *Marco Rubio* bestimmte Ernennungen blockierten, um eigene außenpolitische Prioritäten im Senat zur Abstimmung zu bringen (vgl. Ioanes 2021). Erst als hier eine Einigung erzielt wurde, kam es zu einer Bestätigung diverser außenpolitisch wichtiger Posten. In der Folge konnte die *Biden*-Regierung Mitte Dezember mehr politische Ernennungen verzeichnen als die *Trump*-Regierung zum gleichen Zeitpunkt.

„The Biden foreign policy agenda will place the United States back at the head of the table, in a position to work with its allies and partners to mobilize collective action on global threats.“ So formulierte es Präsident *Biden* (2020, S. 71) in seinem Gastbeitrag für die *Foreign Affairs*. In einem Gipfelmarathon im Sommer 2021 (G7-Gipfel, NATO-Gipfel, EU-US Gipfel) konnte das *Biden*-Team dann beginnen, Alliierte und Partner zu mobilisieren und die transatlantische Partnerschaft zu erneuern (vgl. Europäischer Rat 2021). Mit dem Wiedereintritt in internationale Organisationen und Abkommen (Pariser Klimaabkommen, Weltgesundheitsorganisation, UN-Menschenrechtsrat) sowie der Aufgabe von Plänen, US-Truppen aus Deutschland abzuziehen, untermauerte die *Biden*-Regierung ihre →

Verpflichtungen an die internationale Gemeinschaft. Doch angesichts außenpolitischer Herausforderungen traf der hohe Anspruch der Regierung auch in einigen Bereichen auf eine herausfordernde Realität.

„The Biden foreign policy agenda will place the United States back at the head of the table, in a position to work with its allies and partners to mobilize collective action on global threats.“ Joe Biden

Im Dezember 2021 fand der *Summit for Democracy* statt, an dem Vertreter*innen von mehr als 100 Ländern auf Einladung der USA über die Vorzüge der Demokratie und über die Notwendigkeit, diese gegenüber autoritären Entwicklungen zu verteidigen, sprachen. Die Erosion von Demokratien wurde als globales Problem definiert, Schritte zur Stärkung der Demokratie vereinbart. In einem Folgegipfel 2022 soll die Umsetzung dieser Schritte bewertet werden. Kritik entzündete sich jedoch nicht nur an der Einladungsliste, sondern auch an der Frage, ob die Krise der Demokratie wirklich geopolitisch bedingt sei oder nicht eher eine interne Herausforderung der jeweiligen Länder darstelle (vgl. Serhan 2021). Im Hinblick auf China beispielsweise führt das Team um *Biden* das Narrativ eines Konflikts zwischen Demokratie und Autokratie fort, was auch als „Ideologisierung der geopolitischen und geoökonomischen Hegemonialkonkurrenz“ (Rudolf 2022) gewertet werden kann. Denn, so führt *Peter Rudolf* weiter aus, trotz aller Kritik an autoritären Systemen gehen die USA im Ausbau anderer Beziehungen relativ pragmatisch vor, so zum Beispiel im Verhältnis zu illiberalen Demokratien wie Indien und den Philippinen oder autoritären Staaten wie Thailand und Vietnam (vgl. ebd.).

Der pragmatische Realismus der *Biden*-Regierung zeigte sich bisher am deutlichsten in der Entscheidung, den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan zu forcieren – ohne große vorherige Absprache und Planung mit den vor Ort involvierten Verbündeten (vgl. Wulf 2021; Shifrinson/Wertheim 2021). So war der Abzug innenpolitisch zwar die Einlösung eines Wahlversprechens, außenpolitisch sorgte er jedoch für höchste Irritationen unter den Partnerationen und beschädigte das vorher langsam wieder

aufgebaute Vertrauen. Und auch das überraschend initiierte Bündnis mit Australien und dem Vereinigten Königreich (AUKUS) und der Export von U-Booten nach Australien sorgten nicht nur in Frankreich für Verärgerung und ließen Zweifel aufkommen, wie ernst die *Biden*-Regierung die Beziehungen zu den europäischen Partnern denn nun wirklich nehme (vgl. Detsch 2021).

Hinsichtlich der deutsch-amerikanischen Beziehungen war *Bidens* erstes Amtsjahr durch ein hohes außenpolitisches Entgegenkommen gegenüber Deutschland geprägt. Der nichtvollzogene Abzug der US-Truppen (es gab sogar eine leichte Aufstockung), die Lösung von Handelsdisputen oder die Aufhebung von Sanktionen im Kontext von *Nord Stream 2* signalisierten die Bereitschaft der *Biden*-Regierung, ein neues Kapitel in den transatlantischen Beziehungen zu beginnen. Gleichzeitig erhofft man sich dadurch natürlich auch zukünftig mehr Bereitschaft auf deutscher Seite, sich den amerikanischen Positionen gegenüber China und Russland anzunähern und sich strategisch neu zu orientieren. Der aktuell an Intensität zunehmende Konflikt um den Truppenaufmarsch Russlands an der Grenze zur Ukraine macht dabei nicht nur die sicherheitspolitische Fragilität im europäischen postsowjetischen Raum deutlich, sondern zeigt zudem, wie notwendig eine mit eigenen Fähigkeiten ausgestattete politische wie strategische Positionierung Deutschlands und der EU tatsächlich ist.



Die USA – eine „backsliding democracy“? Foto: Louis Velazquez / unsplash; <https://unsplash.com>

Die deutsche Ampel-Regierung, die in diesem Jahr zudem die G7-Präsidentschaft innehat, hat sich klar zu den transatlantischen Beziehungen, zur NATO sowie einem ausgeglicheneren *Burden Sharing* verpflichtet – wie sich dies konkret im Austausch mit der *Biden*-Regierung und gerade mit Blick auf Russland zeigen wird, bleibt abzuwar-

ten. Die großen Fragen der transatlantischen Außenpolitik sind noch unbeantwortet: Wie vereint wird der Auftritt der USA und Deutschlands sein bei einer möglichen Invasion Russlands in der Ukraine? Wie erfolgreich kann man sich auf eine Position gegenüber China einigen? Und wie werden die Verhandlungen über das Nuklearabkommen mit dem Iran voranschreiten? Das Jahr 2021 hat die Grundlagen gelegt, die *Biden*-Regierung und ihre Partner werden sich 2022 an den ersten Resultaten messen lassen müssen.

Fazit

Am Ende des ersten Amtsjahres ist der basierend auf den anfangs hohen Erwartungen gegenüber der *Biden*-Regierung entstandene Enthusiasmus einer ebenso zu erwartender Ernüchterung gewichen. So gab es eine Rückkehr in multilaterale Institutionen und der Tonfall und die Zusammenarbeit unterschieden sich deutlich von der *Trump*-Regierung. Dennoch zeigte sich der pragmatische Realismus von *Joe Biden* in Entscheidungen wie dem Abzug aus Afghanistan oder dem Schmieden des AUKUS-Bündnisses.

Die neue deutsche Regierungskoalition und internationale Partner der USA müssen sich zukünftig an eine volatile US-Außenpolitik gewöhnen, die stark von den innenpolitischen Entwicklungen in den USA beeinflusst und zuweilen überschattet wird.

Die Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie im Frühling 2022 wird weiter Auskunft darüber geben, welche globalen Prioritäten und Herausforderungen die US-Regierung ausmacht. Und das Ergebnis der Zwischenwahlen im Herbst 2022 wird zeigen, über welchen Rückhalt und mithin Handlungsspielraum *Joe Biden* dann innen- und zu einem gewissen Grad auch außenpolitisch noch verfügt. Wie konkret kann er seine Außenpolitik und ihre Ergebnisse im Wahlkampf als Erfolg für die Mittelschicht deklarieren und werden die Wähler*innen dieser Darstellung folgen? Werden sie beispielsweise *Bidens* Einsatz für eine globale Mindeststeuer für Konzerne von 15 % als Verbesserung der eigenen finanziellen Lage sehen? Des Weiteren werden der Verlauf der Pandemie und die wirt-

schaftliche Entwicklung, hier vor allem die Inflation, den Handlungsspielraum der *Biden*-Regierung bestimmen.

Und auch in Zukunft wird die anhaltende Polarisierung im Lande weniger Möglichkeiten eröffnen, eine langfristige und verlässliche Außenpolitik zu entwickeln, die den Führungsanspruch der USA untermauern kann (vgl. Böller/Lohmann/Sirakov 2021). Insbesondere die Glaubwürdigkeit der USA in ihrem Verlangen, Demokratien stärken zu wollen, erscheint angesichts der jüngsten Einstufung des Landes als „backsliding democracy“ (IDEA 2021) nicht nur als eine Mammutaufgabe internationalen Ausmaßes, sondern in erster Linie eine innenpolitische Herausforderung. Die neue deutsche Regierungskoalition und internationale Partner der USA müssen sich zukünftig an eine volatile US-Außenpolitik gewöhnen, die stark von den innenpolitischen Entwicklungen in den USA beeinflusst und zuweilen überschattet wird.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zur Autorin / zum Autor



Sarah Wagner, M.A., ist seit 2015 als Bildungsreferentin für die Atlantische-Akademie Rheinland-Pfalz tätig. 2020 veröffentlichte sie gemeinsam mit Kollegen einen Sammelband zur Politik der Trump-Administration; 2021 wurde sie als Fellow für das Transatlantic Exchange of Civic Educators (TECE) Programm ausgewählt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. die US-Innenpolitik, die Demokratische Partei und die zivil-militärischen Beziehungen in den USA.

wagner@atlantische-akademie.de



Dr. David Sirakov ist seit 2015 Direktor der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz. Er ist überdies Mitglied des Beirats des Obama Institute for Transnational American Studies der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und gehörte der „Expertengruppe USA“ der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin an. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. politische und gesellschaftliche Polarisierung, der Aufstieg des Populismus in Europa und den USA und die US-Außenpolitik.

sirakov@atlantische-akademie.de

Literatur

- Biden, Joseph R. (2020):** Why America Must Lead Again. Rescuing U.S. Foreign Policy After Trump. In: *Foreign Affairs*, 99:1, pp. 64–76; www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-01-23/why-america-must-lead-again (Zugriff: 20.12.2021)
- Biden, Joseph R. (2021):** My trip to Europe is about America rallying the world's democracies; www.washingtonpost.com/opinions/2021/06/05/joe-biden-europe-trip-agenda (Zugriff: 20.12.2021)
- Böller, Florian / Sirakov, David (2020):** America First, America Alone. Innenpolitische Bedingungen der US-Außenpolitik. In: *WeltTrends. Das außenpolitische Journal*, 169, S. 29–34
- Böller, Florian / Lohmann, Johannes / Sirakov, David (2021):** Ausmaß und Auswirkung parteipolitischer Polarisierung. In: Overhaus, Marco (Hrsg.): *State of the Union. Langfristige Trends in der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Europa*, SWP-Studie 2021/S 06, Juni 2021, S. 7–12
- Böller, Florian / Hagemann, Steffen / Herr, Lukas D. / Müller, Marcus (2021):** Second Image Reconsidered: Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach der Ära Trump. In: Dies. (Hrsg.): *Weltmacht und Demokratie. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach der Ära Trump*. Baden-Baden: Nomos, S. 9–26
- Cassidy, John (2021):** Joe Manchin Kills the Build Back Better Bill; www.newyorker.com/news/our-columnists/joe-manchin-kills-the-build-back-better-bill (Zugriff: 13.01.2022)
- Chicago Council on Global Affairs (2020):** Divided We Stand. Democrats and Republicans Diverge on US Foreign Policy; www.thechicagocouncil.org/sites/default/files/2020-12/report_2020ccs_america-divided_0.pdf (Zugriff am 20.12.2021)
- Cochrane, David (2018):** Trump's tweets undo weekend of G7 diplomacy – and puzzle Canadian officials; www.cbc.ca/news/politics/g7-communicate-leaders-negotiations-1.4699871 (Zugriff: 05.01.2022)
- Detsch, Jack (2021):** The Good, the Bad, and the Ugly of Biden's First Year; <https://foreignpolicy.com/2021/12/30/biden-nato-russia-putin-china-afghanistan> (Zugriff: 07.01.2022)
- Europäischer Rat (2021):** EU-US summit statement: „Towards a renewed Transatlantic partnership“; www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/15/eu-us-summit-statement-towards-a-renewed-transatlantic-partnership (Zugriff: 05.01.2022)
- Farrow, Ronan (2021):** Can Biden Reverse Trump's Damage to the State Department? www.newyorker.com/books/page-turner/can-biden-reverse-trumps-damage-to-the-state-department (Zugriff: 20.12.2021)
- Gallup (2021):** Biden Approval Ratings Mostly Underwater; <https://news.gallup.com/poll/357545/biden-approval-ratings-mostly-underwater.aspx> (Zugriff: 05.01.2022)
- IDEA (2021):** The Global State of Democracy; www.idea.int/blog/democratic-backsliding-different-causes-divergent-trajectories (Zugriff: 05.01.2021)
- Ioanes, Ellen (2021):** The Senate's last-minute confirmation push, explained; www.vox.com/2021/12/18/22843610/senate-confirmation-votes-ambassadors-judges-schumer-cruz-hawley (Zugriff: 05.01.2022)
- Pew Research Center (2021a):** Majority of Americans Confident in Biden's Handling of Foreign Policy as Term Begins; www.pewresearch.org/politics/2021/02/24/majority-of-americans-confident-in-bidens-handling-of-foreign-policy-as-term-begins (Zugriff: 20.12.2021)
- Pew Research Center (2021b):** Americans' views of key foreign policy goals depend on their attitudes toward international cooperation; www.pewresearch.org/fact-tank/2021/04/23/americans-views-of-key-foreign-policy-goals-depend-on-their-attitudes-toward-international-cooperation (Zugriff: 20.12.2021)
- Pew Research Center (2021c):** America's Image Abroad Rebounds With Transition From Trump to Biden; www.pewresearch.org/global/2021/06/10/americas-image-abroad-rebounds-with-transition-from-trump-to-biden (Zugriff: 20.12.2021)
- Rudolf, Peter (2022):** Kollektive Gegenmachtbildung – US-Chinapolitik unter Präsident Biden; www.swp-berlin.org/publikation/kollektive-gegenmachtbildung-us-chinapolitik-unter-praesident-biden (Zugriff 10.1.2022)
- Serhan, Yasmeeen (2021):** Diplomacy Alone Can't Save Democracy; www.theatlantic.com/international/archive/2021/12/main-challenge-facing-biden-democracy-summit/620955 (Zugriff: 05.01.2022)
- Shifrinson, Joshua / Wertheim, Stephen (2021):** Biden the Realist; www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-09-09/biden-realist (Zugriff: 05.01.2022)
- Sirakov, David (2021):** Bipartisanship in Decline: Die parteipolitische Polarisierung und ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik der USA. In: Böller, Florian et al. (Hrsg.): *Weltmacht und Demokratie. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach der Ära Trump*. Baden-Baden: Nomos, S. 95–113
- The White House (2021):** Remarks by President Biden on America's Place in the World; www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/02/04/remarks-by-president-biden-on-americas-place-in-the-world (Zugriff: 30.11.2021)
- Wulf, Herbert (2021):** Im Abseits; www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/im-abseits-5435 (Zugriff: 05.01.2022)

Geschichte, Erinnerung und der Weg zur Racial Justice im „Bauch der Bestie“

Ausblick auf eine neue Ära des Erinnerns

In den letzten Jahren sind die USA in eine neue Phase der Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte der Sklaverei und des Rassismus eingetreten. Der Sturz von Konföderierten-Denkmalern, kontroverse Debatten darüber, wie über Rassismus in der Schule gesprochen werden soll, und neue Erkenntnisse über revisionistische Geschichtsschreibung haben die Rolle der Geschichte in den Vordergrund der Diskussion gerückt. In diesem Beitrag sehen wir, wie sich der Diskurs und die Praxis rund um Erinnerung und Racial Justice anhand der Geschichte einer Bildungs- und Community-Building-Organisation entwickelt haben, die versucht, sich mit der Vergangenheit im Deep South auseinanderzusetzen. von April Grayson und Vondaris Gordon

Während die USA in eine hoffnungsvolle, aber belastete neue Ära der Aufarbeitung ihrer Geschichte eintreten, kann eine Organisation in Mississippi ein Modell für einen guten, zielführenden Weg liefern. Da der Bundesstaat lange Zeit den schlechtesten Ruf aufgrund von rassistischer Gewalt und den stärksten Widerstand gegen *Racial Justice* hatte, haben ihn viele als den „Bauch der Bestie“ (Belly of the Beast) bezeichnet.

Die Gründung des *William Winter Institute for Racial Reconciliation* im Jahr 1999 läutete eine neue Ära der Geschichtsaufarbeitung im Bundesstaat Mississippi ein, die, so könnte man argumentieren, auch eine neue Ära der Geschichtsaufarbeitung in den Vereinigten Staaten insgesamt bedeutete. Die Organisation war damals eine Ausnahmeerscheinung und hat im Bundesstaat, in der Region und darüber hinaus immer wieder neue Akzente gesetzt. Seit mehr als 20 Jahren steht die Organisation auf einem soliden Fundament, hat sich aber stets dynamisch weiterentwickelt, indem sie sich an die Bedürfnisse der Partner in der Community anpasste, auf die sich verändernden Möglichkeiten in der Jugendarbeit reagierte und andere Organisationen unterstützte. Immer wieder muss das Institut politischen Druck aushalten und seine Vision von der Zukunft verteidigen.

1998 veranstaltete die *University of Mississippi* (UM) eine Reihe von Treffen, die in einem großen *town hall event* im Rahmen von *One America in the 21st Century* gipfelten: *The President's Initiative on Race*. Die Initiative „was tasked with examining race, racism, and the potential for racial reconciliation in America using a process of study, constructive dialogue, and action“ (<https://clinton-whitehouse4.archives.gov/media/pdf/PIR.pdf>). *William F. Winter*, der von 1980 bis 1984 als Gouverneur von Mississippi amtierte und eine angesehene Führungspersönlichkeit und Stimme für die Bürger*innen von Mississippi über alle Parteigrenzen hinweg war, gehörte dem Beirat an und war für die Teilnahme von UM verantwortlich. Der Prozess in Oxford war ein erstaunlicher Erfolg – so sehr, dass Gouverneur *Winter* die Universitätsleitung ermutigte, ein ständiges Gespräch über *Race* zu führen.

Daraus entstand eine streitbare neue Organisation, die schließlich den Namen *William Winter Institute for Racial Reconciliation* erhielt. Geleitet wurde sie von einer jungen weißen Frau namens *Susan Glisson*, einer Absolventin des Masterstudiengangs *Southern Studies* der Universität, die an der Gründung der *One America Initiative* an der UM beteiligt war. *Dr. Glisson* war eine Studentin der US-Bürger- →

rechtsbewegung und hatte sich bei einer Reihe wichtiger Veteranen der Bewegung Respekt erworben, die von der Vision einer lokalen Graswurzelbewegung, einschließlich der Stimmen junger Menschen, geleitet wurden.

Susan Glisson brachte diese Vision in das neue Institut ein. Sie glaubte, dass ein wirksamer, nachhaltiger Wandel auf Gemeindeebene beginnt und von den lokalen Stimmen geleitet werden sollte, die diese Gemeinde am besten kennen. Sie begann, auf die Aufrufe kleiner Gruppen in den Städten von Mississippi zu reagieren, einschließlich derjenigen mit den wenigsten Ressourcen und den größten Bedürfnissen, wie z. B. dem Zugang zu sauberem Wasser. Das Eingehen auf lokale Anfragen und der Glaube an die Weisheit der Menschen vor Ort bildeten die Grundlage für die Arbeit der Organisation, die bis heute andauert.

Gedenkfeiern und kollektives Gedächtnis

Es wurde bald deutlich, dass viele Menschen im Bundesstaat Mississippi zwar den aufrichtigen Wunsch verspürten, sich mit der Geschichte des Staates und dem Erbe der *Racial Injustice* auseinanderzusetzen, dass sich aber nur wenige Menschen in der Lage fühlten, das Gespräch zu beginnen oder daran teilzunehmen. Der Bundesstaat und die vielen Orte, an denen sich Gräueltaten ereignet hatten, lebten unter einem „Cloak of Silence“ (Grayson 2013), wie *Jacqueline Byrd Martin* es nannte, über das, was geschehen war, und die langanhaltenden Folgen, die noch immer bestehen.

Das Eingehen auf lokale Anfragen und der Glaube an die Weisheit der Menschen vor Ort bildeten die Grundlage für die Arbeit der Organisation, die bis heute andauert.

Jackie Martin war eine Bürgerrechtsveteranin und Stadtverwalterin in McComb, einer Stadt im Südwesten Mississippis, die ein Zentrum der Wählerregistrierung von Schwarzen Menschen, der Sitzstreiks und Arbeitsniederlegungen von Studierenden und anderer gewaltfreier Aktionen war. Es war auch ein Gebiet, in dem weiße Rassisten gewaltsam gegen diese Bemühungen um einen Fortschritt in Mississippi vorgingen. Im Jahr 1964 wurde McComb als „Bombenhauptstadt der Welt“ (Dittmer

1995) bezeichnet, da fast täglich Bomben auf Schwarze Kirchen, Häuser und Geschäfte geworfen wurden. *Martin* forderte *Glisson* und das *Winter Institut* auf, nach McComb zu gehen und an den Bemühungen mitzuwirken, diesen „Cloak“ zu lüften.

In diesen frühen Jahren des *Winter Instituts* wurde die Bedeutung des kollektiven Gedächtnisses und der öffentlichen Erzählungen immer wichtiger. Mündliche Geschichtsprjekte und öffentliche Gedenkveranstaltungen waren ein Grundpfeiler der Arbeit des *Winter Instituts*, immer in Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort, die das Institut einluden. In jeder Gemeinde diente mindestens eine lokale Person als Brücke zwischen dem Institut und den Gemeindemitgliedern, von denen viele einer Organisation skeptisch gegenüberstanden, die von einer weißen Frau geleitet wurde und an der Universität angesiedelt war, die sehr eng mit der weißen Vorherrschaft in Mississippi verbunden war.

Verständlicherweise fühlten sich viele Schwarze aus Mississippi – insbesondere diejenigen, die die Zeit der Bürgerrechtsbewegung miterlebt hatten – unsicher, ob es sicher sei, ihre Geschichte zu erzählen, und ob es legitim sei, sich dieser Organisation anzuvertrauen. Viele hatten das Gefühl, dass ihre Geschichten früher und in vielen aktuellen Gesprächen nicht berücksichtigt wurden, dass sie von den Geschichten überschattet wurden, die von Personen erzählt wurden, die keinen persönlichen Bezug zu ihrer Region hatten. Viele Afroamerikaner*innen hatten während der *Jim-Crow-Ära* und der Bürgerrechtsbewegung großes persönliches Leid erlitten, und viele gingen große Risiken ein, um einen Wandel herbeizuführen. Doch ihre Geschichten wurden nie innerhalb oder außerhalb der lokalen Gemeinschaft anerkannt.

Es dominierten die Geschichten derjenigen, die als Helden gefeiert wurden, wie *Dr. Martin Luther King Jr.*, während die Stimmen der Menschen vor Ort oft ignoriert wurden. Daher waren und sind einige Menschen, die Zeug*innen oder Teilnehmer*innen waren, besorgt darüber, dass Historiker*innen, Filmemacher*innen und jüngere Aktivist*innen sich ihre Erfahrungen und oft auch ihr Traumata aneignen und davon profitieren wollen. Die Überwindung der Skepsis war auch eine Herausforderung für ältere Weiße, die oft das Gefühl haben, dass die Geschichte ihrer Communities komplexer ist als das, was in den Hauptmedien einseitig dargestellt wird, und dass davon ausgegangen wird, dass alle Weißen explizit rassistisch waren.

Frühe Communities

Zu den frühen Communities gehörte auch McComb, wo Jackie Martin die wichtigste Organisatorin und die Vertrauensperson vor Ort war, die für die Glaubwürdigkeit und die Absichten des *Winter Instituts* bürgen konnte. Dort unterstützte das Institut ein Oral History-Projekt und eine öffentliche Veranstaltung, bei der Geschichten und *cross-racial*-Wahrnehmungen der 1960er Jahre vorgestellt wurden. Dies führte zu einer Zusammenarbeit zwischen dem *Winter Institute*, dem McComb-Schulbezirk und der NGO *Teaching for Change*, die Lehrer*innen dabei half, die Geschichte der Bürgerrechte auf ehrlichere und ansprechendere Weise zu vermitteln. Schließlich führte der Bezirk eine „Local Cultures“-Klasse ein, in der Highschool-Schüler*innen in Oral History geschult wurden, aufbauend auf zuvor gesammelten Interviews.

In Newton County, wo die Bürgerrechtsführer und Brüder *Medgar* und *Charles Evers* aufgewachsen waren und wegen ihrer Aktivitäten bei der Wählerregistrierung von der Schule verwiesen wurden, bat eine *cross-racial*-Gruppe das *Winter Institute* um Unterstützung bei einer öffentlichen Gedenkveranstaltung für *Medgar Evers*, der auf dem Höhepunkt seiner Organisationsarbeit im Jahr 1963 von einem weißen Rassisten ermordet worden war. Dieses Ereignis öffnete die Türen zu einer bis dahin unvorstellbaren Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte, die im benachbarten Neshoba County stattfand. Dort ermordeten 1964 der *Ku-Klux-Klan* (KKK) und weiße Vollzugsbeamte die Bürgerrechtler *James Chaney* (21 Jahre), *Andrew Goodman* (20 Jahre) und *Michael Schwerner* (24 Jahre) in den sogenannten *Freedom-Summer*-Morden.

Es war vielleicht das berüchtigtste Verbrechen der Bürgerrechtsära in Mississippi und hat den Bezirk Neshoba County jahrzehntelang gebrandmarkt. Der „Cloak of Silence“ begann sich zu lüften, als der 40. Jahrestag der Morde näher rückte und eine Gruppe schwarzer, weißer und vom *Choctaw-Stamm* abstammender Bürger*innen – viele von ihnen waren noch Kinder oder noch nicht geboren, als die Morde geschahen – das *Winter Institute* einlud, ihnen bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Neugestaltung einer lokalen Erzählung zu helfen. Auch hier spielte ein Projekt der Oral History eine Schlüsselrolle bei der Eröffnung des Gesprächs, zusammen mit einer Reihe von öffentlichen Dialogveranstaltungen, die von *Susan Glisson* geleitet wurden.

Diese fortlaufenden Dialoge, die in einer traditionellen *circle gathering structure* stattfanden, wurden zu einer entscheidenden Lektion, die den Kurs für die künftige Ar-

beit des *Winter Instituts* vorgab. Durch den *circle process*, bei dem jede Person eingeladen, aber nicht verpflichtet war, ihre eigenen Geschichten im Zusammenhang mit der Geschichte der Morde oder ihre Beweggründe für die Teilnahme am Dialog mitzuteilen, ermöglichte die Kraft des Geschichtenerzählens, dass unbewältigte Wunden, Wut und Angst an die Oberfläche kamen.

Aus diesem mehrmonatigen Prozess entstand die *Philadelphia Coalition*, die mit Hilfe des *Winter Instituts* eine große öffentliche Gedenkveranstaltung organisierte, an der Hunderte von Menschen aus dem ganzen Bundesstaat teilnahmen. Die Koalition baute auf diesem Erfolg auf und forderte die Staatsbeamten auf, die Ermittlungen zu den Morden wieder aufzunehmen. In der Community kannten viele die Täter, darunter *Edgar Ray Killen*, der Hauptorganisator, der nie zur Rechenschaft gezogen worden war.



Jackie Martin in einer Breakout-Group bei einer Veranstaltung des Winter Instituts Foto: The Winter Institute

Die Gruppe tat sich mit Familienmitgliedern von *Andrew Goodman*, einem der Ermordeten, zusammen, um den Generalstaatsanwalt zu einer Strafverfolgung zu bewegen. Am 21. Juni 2005, dem 41. Jahrestag des Verbrechens und ein Jahr nach der öffentlichen Veranstaltung, befanden die Geschworenen *Killen* für schuldig und verurteilten ihn zu 60 Jahren Gefängnis. Das Institut und die *Philadelphia Coalition* veranstalteten daraufhin eine Konferenz zur Geschichte der Bürgerrechtsbewegung und entwickelten ein dauerhaftes Jugendprogramm in der Community. Auch in anderen Regionen wurden mit Hilfe des *Winter Instituts* Veränderungen in Gang gesetzt.

Auch in Tallahatchie County, einem ländlichen Gebiet im Mississippi-Delta, konnten sich nur wenige vorstellen, dass ihre Gemeinde zu einem Modell für historische Aufarbeitung werden könnte, bis die Nachrichten aus →

Neshoba County bekannt wurden. Auch hier wandte sich eine Gruppe von Einwohner*innen, angeführt von dem Bezirksaufseher *Jerome Little* – einem der ersten schwarzen Mandatsträger in der Region – mit einer schwierigen Mission an das *Winter Institute*: 1955 wurde der 14-jährige *Emmett Till*, ein schwarzer Jugendlicher aus Chicago, brutal ermordet, als er seine Familie in Mississippi besuchte – ein Vorfall, der von vielen als wichtiger Katalysator für die breitere amerikanische Bürgerrechtsbewegung angesehen wird (vgl. Hudson-Weems 1994). Als Reaktion auf die Versuche, die Morde zu untersuchen und der Gerechtigkeit Genüge zu tun, wandte sich die weiße Community damals dagegen und eine ausschließlich weiße Jury sprach die Mörder in einem Scheinprozess frei.

Mit Unterstützung des *Winter Instituts* wurde die *Emmett Till Memorial Commission* (ETMC) gegründet, die einen Prozess des Dialogs, der Oral History und des gemeinsamen Handelns einleitete. Im Jahr 2007 hielt die Gruppe eine Zeremonie ab, in der sie sich offiziell bei *Tills* Familie für die Rolle der Gemeinde bei dem Justizirrtum entschuldigte. Die Entschuldigung, wie auch andere öffentliche Gedenkfeiern, beruhten auf der Überzeugung, dass „racial reconciliation begins with telling the truth (...) honest investigation into our history (...) (as ways) to move forward together in healing the wounds of the past and in ensuring equal justice for all of our citizens.“ (Emmett Till Memorial Commission 2007)

Das *Winter Institute* unterstützte das ETMC bei der Restaurierung des Gerichtsgebäudes in Sumner, das nun als lebendiges Museum der Geschichte von *Emmett Till* dient. Das *Emmett Till Interpretive Center* (ETIC) befindet sich auf der anderen Straßenseite und ein Rundgang und historische Markierungen verbinden die Orte der Geschichte miteinander.

Stiftung für Gemeinschaft und Vertrauensbildung

Die Bedeutung dieser frühen Gedenk- und Geschichtsveranstaltungen kann für die Arbeit des *Winter Instituts* in den folgenden Jahren gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Erfolg der Prozesse zum Austausch von Geschichten und zum Dialog wurde zur Grundlage der Arbeit. Der Ruf der Organisation, schwierige Geschichten und Themen zu bewältigen, wuchs auf der Grundlage eines Prozesses, der Vertrauen und ein Gefühl von echter Gemeinschaft aufbaute. *Susan Glisson* erkannte die Notwendigkeit, eine formellere Struktur für die begonnenen Prozesse zu schaffen. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerorganisationen entwickelten *Glisson* und weitere

Mitarbeiter*innen eine Vision, die als *The Welcome Table* bekannt wurde.

Der Prozess basierte auf den Erfahrungen aus der Bürgerrechtsbewegung und den ersten Communities: nur dorthin gehen, wo man eingeladen wird, sich von den Menschen beraten lassen, die die Community am besten kennen, Beziehungen und Vertrauen durch den Austausch von Geschichten aufbauen, die Wahrheit als Schlüsselprinzip hochhalten, Raum für Verletzlichkeit und Lernen schaffen und gemeinschaftliche Projekte unterstützen, die von den Teilnehmenden vorangetrieben werden.

In den letzten zehn Jahren wurde das Team des *Winter Instituts* eingeladen, den *Welcome-Table-Prozess* in immer mehr „Communities“ zu leiten, darunter Städte in Mississippi und Tennessee, öffentliche Schulbezirke, Universitäten, private Sekundarschulen, medizinische Fakultäten, die Legislative des Bundesstaates Mississippi, gemeinnützige Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, berufliche Netzwerke und Organisationen, staatliche Behörden und gewinnorientierte Unternehmen.

Auf Einladung des Bürgermeisters *Mitch Landrieu* leitete das *Winter Institute* *The Welcome Table New Orleans*, bei den mehrere Gruppen von Gemeindemitgliedern über mehr als zwei Jahre einen Dialog und Projekte durchführten. Einer der letzten Schritte, die das *Winter Institute* leitete, konzentrierte sich auf den Wunsch von Bürgermeister *Landrieu*, Denkmäler und Statuen zu entfernen, die die Mythologie der „*Lost Cause*“ der Konföderation romantisieren. Mit Hilfe der *Welcome Table-Methode* lud das *Winter Institute* Dutzende Bürger*innen von New Orleans ein, um ihre Gedanken über die Denkmäler und ihre Auswirkungen auf das kollektive Gedächtnis zu teilen. Wenige Monate später, im Mai 2017, entfernte *Landrieus* Regierung Denkmäler zum Gedenken an die konföderierten Generäle *Robert E. Lee*, *P.G.T. Beauregard* und den Präsidenten der Konföderation, *Jefferson Davis*, sowie ein Denkmal zur Erinnerung an die Schlacht am *Liberty Place* (vgl. Landrieu 2017). Die Entfernung dieser Denkmäler war ein Wendepunkt in der wachsenden Bewegung zur Beseitigung von Ikonographien, die die Konföderation und die Geschichte der „*Lost Cause*“ feierte.

Stimmen der Jugend und außerschulische Jugendbildung

Als die Arbeit in den Communities außerhalb des universitären Rahmens aufblühte, begannen die Student*innen der University of Mississippi auf der Suche nach Lernmöglichkeiten zum *Winter Institut* zu strömen.

Engagierte junge Leute suchten nach Praktika, begannen, Student*innengruppen nach dem Modell des *Winter Institute* zu gründen, oder gingen einfach ins Büro, um abzuhängen und zu lernen. Eine neue Ära des studentischen Lebens begann an einer Universität zu wachsen, die eher für konservative Schwestern- und Bruderschaften bekannt ist, die einen im Süden geprägten Begriff des Weißseins in den Mittelpunkt stellen, als für studentischen Aktivismus, der sich auf Vielfalt und Inklusion konzentriert.



Welcome Table New Orleans Foto: The Winter Institute

2010 brachten studentische Praktikant*innen, liebevoll „Winters“ genannt, die Idee für ein *Jugend-Engagement-Programm* am *Winter Institute* auf den Weg. Die Idee war, eine künftige Generation von *Leaders* und Bürger*innen von Mississippi zu fördern, die ein umfassenderes Verständnis der Geschichte des Bundesstaates und der strukturellen Ungleichheiten haben, die dort entstanden sind und weiterhin bestehen. Unter der Leitung von *Susan Glisson* und in Zusammenarbeit mit dem *Medgar and Myrlie Evers Institute* halfen die Studierenden der Universität bei der Organisation des ersten *Summer Youth Institute (SYI)*, das nun schon im 13. Jahr stattfindet.

Bis COVID-19 die Umstellung auf ein virtuelles Programm erzwang, war SYI eine jährliche Veranstaltung auf dem Campus einer Universität in Mississippi, die für die Teilnehmer*innen kostenlos war. Bewerbungen konnten sich Schüler*innen im zweiten oder dritten Jahr der Highschool in Mississippi (14–17 Jahre). In den ersten Jahren waren die Teilnehmenden hauptsächlich den Mitarbeiter*innen des *Winter Institute* oder den Praktikant*innen bekannt, aber als sich das Programm mehr und mehr etablierte, bemühten sich die Mitarbeiter*innen der *Youth-Engagement-Abteilung* ernsthaft darum, aus einem möglichst vielfältigen Bewerber*innenpool zu rekrutieren, der *Race*,

Geschlechtsidentität, Region des Bundesstaates, religiösen Hintergrund, Einwanderungshintergrund oder -status, sozioökonomisches Niveau, körperliche Fähigkeiten, akademische Leistungen und Art der Schule – öffentlich (einschließlich gut ausgestatteter und sehr armer Schulen), unabhängig/privat (kirchliche – oder sogenannte Segregationsakademien, die aus dem Widerstand der Weißen gegen die Aufhebung der Schulsegregation in den 1960er Jahren entstanden sind) oder Heimschulen – umfasst. So ist das SYI in jedem Sommer neun Tage der vielfältigste Ort im Staat Mississippi.

„Racial reconciliation begins with telling the truth (...) honest investigation into our history (...) (as ways) to move forward together in healing the wounds of the past and in ensuring equal justice for all of our citizens.“ (Emmett Till Memorial Commission 2007)

Mindestnoten wurden ebenso wenig als Voraussetzung verlangt wie außerschulische Aktivitäten oder vorherige Führungserfahrung. Die Idee ist, dass Schüler*innen, die normalerweise nicht von Schulberater*innen oder Lehrer*innen als leistungsstarke Schüler*innen hervorgehoben werden, die Möglichkeit haben, Führungsqualitäten zu entwickeln und einen College-Campus kennenzulernen. Sie sollen sich mit Themen beschäftigen, die normalerweise nicht in der Schule behandelt werden, und neue Beziehungen knüpfen. So entstehen Räume für Schüler*innen mit niedrigerem Notendurchschnitt, mit Lernschwierigkeiten und anderen Hindernissen. Viele der ersten SYI-Schüler*innen stammten aus Familien ohne Universitätserfahrung. Einige von ihnen hatten keine Ambitionen auf ein Hochschulstudium, bis SYI ihnen half, sich in einer College-Umgebung wohler zu fühlen.

Der Lehrplan des SYI hat schon immer die Geschichte der Bürgerrechte in Mississippi als Ausgangspunkt für Wachstum und Entwicklung von Leadership genutzt. Dazu gehören eine Vielzahl von Lerneinheiten, Dokumentarfilmen und Exkursionen zu Erinnerungsorten. Ein Höhepunkt ist jedes Jahr eine Reise nach Neshoba County, wo die →

Teilnehmenden Orte besuchen, die für die Geschichte von *James Chaney*, *Andrew Goodman* und *Michael Schwerner* wichtig sind – sowohl im Leben als auch im Tod. In den letzten Jahren umfasste das Programm auch eine Reise nach Tallahatchie County, um Orte zu besuchen, die mit der Geschichte von *Emmett Till* in Verbindung stehen.

Die Mitarbeiter*innen des *Winter Instituts* und die Mentor*innen, die für die Dauer des Programms eingestellt werden, achten sehr darauf, dass diese Besuche durch einen Beziehungsaufbau und eine emotionale Vorbereitung der jungen Menschen begleitet wird. Die Orte sind voller Emotionen und Geschichten über Gewalt und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft. In den Auswertungen nach dem Programm bezeichnen die Teilnehmende diese Exkursionen durchweg als die wirkungsvollsten.

Bis COVID-19 gipfelte das SYI-Programm in Präsentationen der Schüler*innen vor ihren Familien, Freund*innen und Gemeindemitgliedern. Jede/r Schüler*in entwarf ein Projekt, das auf seinen/ihrer Interessen und Leidenschaften beruhte und in den folgenden zwei Jahren in der Heimatgemeinde durchgeführt werden sollte. Die Mitarbeiter*innen des *Winter Instituts* verfolgten die Entwicklungen der Projekte der SYI-Teilnehmer*innen und erkundigten sich über Monate nach den Fortschritten oder ob sie Unterstützung benötigten. Im Laufe der Jahre leiteten die Jugendlichen viele beeindruckende Projekte, darunter Gemeinschaftsgärten, ein Selbstwertgefühl-Club für junge Mädchen, Schulrecyclingprogramme, eine Strand- und Gewässersäuberung, Anti-Mobbing-Programme, Diversity-Clubs an Schulen und ein landesweites Netzwerk für sexuelle Gesundheit und Aufklärung von Jugendlichen.

Die Umstellung auf ein virtuelles Programm während der Covid-Pandemie hat dem *Winter Institut* die Gelegenheit gegeben, diesen Teil des SYI-Programms zu evaluieren. Es zeigte sich, dass einige Teilnehmende zwar in der Lage waren, ihre Projekte durchzuführen, dass aber andere das Projekt als den einzigen negativen und belastenden Aspekt der SYI-Erfahrung bewerteten – und zwar aus einer Vielzahl von Gründen, die nichts mit der Motivation zu tun hatten. Dieses Evaluationsergebnis hat das *Winter Institut* dazu veranlasst, den Projektaspekt zu überdenken und Anpassungen für die Sommerveranstaltung 2022 zu planen, die hoffentlich persönlich stattfinden wird.

Das solide SYI-Alumni-Netzwerk, macht aber auch deutlich, dass viele SYI-Absolvent*innen die im Programm gemachten Erfahrung als tiefgreifend und verändernd empfinden und nach ihrer Rückkehr an die Universität beachtenswerte Projekte durchführten.

Neuere Arbeiten zum historischen Gedächtnis

Das Institut hat weitere Projekte zur historischen Erinnerung und zum Gedenken unterstützt. Das bekannteste Projekt begann 2017 und heißt nun „Lafayette Community Remembrance Project“, das sich auf die Geschichte des Lynchmords in Lafayette County, Mississippi, konzentriert. Die Bewegung entstand aus der Forschung über *Elwood Higginbottom*, das Opfer des letzten dokumentierten Lynchmordes in diesem Bezirk im Jahr 1935. Auf der Grundlage dieser Forschungen lud das *Winter Institute* eine Gruppe von Anwohner*innen ein, zu der auch eine zwei Jahre zuvor gegründete *Welcome Table-Gruppe* gehörte. Das Projekt entwickelte sich schnell zu einer Zusammenarbeit zwischen Gemeindemitgliedern, Forscher*innen der University of Mississippi, lokalen Politiker*innen, Kirchen, lokalen Bürgerrechtsorganisationen und Nachkommen der Familie *Higginbottom*. Es hat sich zu einem Projekt entwickelt, das kleine Gedenkstätten für die Familien der Opfer, große öffentliche Veranstaltungen, *circle meetings*, die Aufstellung historischer Denkmäler und die Zusammenarbeit mit gewählten Vertreter*innen umfasst. Das Projekt ermöglicht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der *Equal Justice Initiative* und ihrem *Community Remembrance Project*, das sich auf die Geschichte des Lynchmords in den Vereinigten Staaten konzentriert.



Summer Youth Institute Foto: The Winter Institute

Seitdem haben sich mehrere andere Gemeinden in Mississippi an das *Winter Institute* gewandt und um Unterstützung bei der Erinnerung an die Opfer von Lynchmorden und bei der Entwicklung von Bewegungen zur historischen Erinnerung gebeten. Die Teilnehmenden ziehen oft eine Verbindung zwischen der öffentlichen Geschichte über Lynchjustiz und den Bewegungen zur Entfernung von konföderierten-Denkmalen. Dies hat zwar zu Spannungen mit

Behördenvertreter*innen geführt, aber auch Möglichkeiten eröffnet, mit ihnen über die Techniken der *Welcome Table-Methode* ins Gespräch zu kommen und die Diskussionen voranzubringen.

Aktuelle Entwicklungen

In den letzten Jahren hat sich das *Winter Institute* in mehrfacher Hinsicht verändert. Es musste immer eine dynamische Organisation sein, die schnell auf sich verändernde politische Landschaften, nationale Krisen und Aufrufe von Communities reagieren konnte.

Im Jahr 2018 verließ das *Winter Institute* die University of Mississippi, um eine eigenständige gemeinnützige Organisation zu werden, und verlegte seinen Hauptsitz von Oxford nach Jackson, MS, der Hauptstadt des Bundesstaates. Im Winter 2021/2022 wird die Organisation eine weitere bedeutende Veränderung erfahren, da sie den Namen „*William Winter Institute for Racial Reconciliation*“ aufgibt und einen neuen Namen annimmt.

Der neue Name – *The Alluvial Collective* – ist nicht mehr an eine bestimmte Person gebunden und wird nicht mehr mit dem umstrittenen Begriff *Reconciliation* belegt, einem Wort, das schon immer eine Debatte darüber ausgelöst hat, wie Versöhnung möglich ist, wenn es nie eine Form von Gleichheit gab. Vielmehr bezieht sich der Begriff auf den reichen und fruchtbaren Boden, der sich durch die Strömung eines Flusses ablagert und aus der Geschichte und der Reise des Flusses Schichten der Verheißung und des Wachstums bildet. Der Begriff *Alluvial* wird insbesondere mit der Region des Mississippi-Deltas in Verbindung gebracht.

Der Eintritt in eine neue Phase bietet herausfordernde und aufregende Möglichkeiten: die Reaktion auf neue Kritiken von beiden Enden des politischen Spektrums, die Fortführung der außerschulischen Bildung zu Themen, die in den USA inzwischen stark politisiert sind, und die Konzentration der Bemühungen auf die Systeme in Mississippi bei gleichzeitiger Ausweitung des Engagements auf nationale und internationale Austauschprogramme. Die Organisation war in ihrer gesamten Geschichte stets anpassungsfähig und reaktionsschnell, und das ist in dieser neuen Phase mehr denn je gefragt.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zur Autorin / zum Autor



April Grayson verbindet ihr Engagement für Racial Equity und soziale Gerechtigkeit mit ihrer Leidenschaft für Storytelling, dokumentarische Feldforschung und künstlerische Praxis. Die gelernte Filmemacherin ist Direktorin für Community und Capacity Building am William Winter Institute for Racial Reconciliation, wo sie das Dialogprogramm leitet, Workshops zur Gleichberechtigung durchführt, die generationenübergreifende und jugendorientierte Arbeit unterstützt und Projekte zu Oral History und Dokumentation betreut.

april@winterinstitute.org



Vondaris „Von“ Gordon ist geschäftsführender Direktor des William Winter Institute for Racial Reconciliation, das sich zum Ziel gesetzt hat, Räume für den diversen, multikulturellen Dialog zu schaffen und Gleichberechtigung und Zugehörigkeit für alle Menschen und in Gemeinschaften zu fördern. Seine Leidenschaft ist es, Menschen und Leader vor Ort zu befähigen, durch Dialog, Wissenserweiterung und Befähigung stärkere Gemeinschaften aufzubauen.

von@winterinstitute.org

Literatur

Dittmer, John (1995): *Local People: The Struggle for Civil Rights in Mississippi*. Illinois: University of Illinois Press

Emmett Till Memorial Commission (2007): *Resolution Presented to Emmett Till's Family*; www.emmett-till.org/apology (Zugriff: 14.12.2021)

Grayson, April (2013): „Talking Before the Talking: Oral History as an Important Tool for Historical Dialogue.“ *Historical Justice and Memory: Questions of Rights and Accountability in Contemporary Society*. New York: Columbia University

Hudson-Weems, Clenora (1994): *Emmett Till: The Sacrificial Lamb of the Civil Rights Movement*. Troy, Mich.: Bedford Publishers

Landrieu, Mitch (2017): „We Can't Walk Away From This Truth“. In: *The Atlantic*; www.theatlantic.com/politics/archive/2017/05/we-cant-walk-away-from-this-truth/527721 (Zugriff: 14.12.2021)

One Amerika in the 21st. Century (1998): *Forging a New Future – The President's Initiative on Race – The Advisory Board's Report to the President*; September 1998; <https://clintonwhitehouse4.archives.gov/media/pdf/PIR.pdf> (Zugriff: 09.12.2021)

Dieser Beitrag wurde aus dem Englischen von Katja Greeson ins Deutsche übertragen.

Civic Renewal through Civic Learning

Erkundung der US-amerikanischen politischen Bildung und eine neue transatlantische Ausrichtung

Durch die wachsende Besorgnis über die Civic Health der USA erfährt der Bereich der politischen Bildung einen Zustrom an Energie. Das Streben nach einer New Civics erfordert eine transatlantische Perspektive. Ähnliche Herausforderungen und Ziele vor dem Hintergrund unterschiedlicher Infrastrukturen für politische Bildung bieten eine einzigartige Gelegenheit für produktiven Austausch. In diesem Artikel wird die US Civic Education in den Fokus gerückt, indem die historischen Einflüsse und die Merkmale des Feldes betrachtet werden und untersucht wird, wie ein deutsch-amerikanischer Austausch helfen kann, umfassender über politische Bildung nachzudenken.

von Katja Greeson

Ein Jahr nach dem Anschlag auf das US-Kapitol – und damit auf die amerikanische Demokratie selbst – scheint die politische Bildung in den USA gerüstet für politische Entwicklungen. Sie ist von neuen Organisationen und gleichzeitig von parteipolitischen Spannungen geprägt. Tiefgreifende Polarisierung, alarmierende Demokratieskepsis und eine schwer durchschaubare Informationslandschaft haben die Sorge um die *Civic Health* des Landes wachsen lassen.

Viele sehen darin einen Wendepunkt für die Praxis der politischen Bildung. In einem Land, das im Sumpf der Polarisierung gefangen ist, ist es ein Wunder, dass es überhaupt eine Einigung gibt – aber es scheint tatsächlich eine parteiübergreifende Unterstützung für die Ausweitung der politischen Bildung zu geben. Im Jahr 2021 wurden in 34 Bundesstaaten 88 Gesetzesentwürfe eingebracht, und auf Bundesebene liegen zwei Gesetzesentwürfe auf dem Tisch, die jährlich zwischen \$400 Millionen und \$1 Milliarde für die politische Bildung bereitstellen würden – 80–200 Mal mehr als die derzeit geschätzten Ausgaben. Dieser Moment für die politische Bildung ist eine lang herbeigesehnte und willkommene Gelegenheit für ihre Befürworter*innen.

Die Herausforderungen und Chancen, mit denen die Demokratie und damit auch die politische Bildung konfrontiert sind, sind nicht nur in den USA zu finden, sondern sind transatlantischer Natur – was die Sinnhaftigkeit einer vergleichenden deutsch-amerikanischen Perspektive nahelegt.

Um diese Perspektive durch fachlichen Austausch wieder zu beleben, haben der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.* und das *Tisch College of Civic Life* an der *Tufts University* in Boston im Frühjahr 2021 das Projekt *Transatlantic Exchange of Civic Educators* (TECE) ins Leben gerufen. Gemeinsam mit einer Gruppe von 22 deutschen und amerikanischen TECE-Fellows (Fachkräfte im Bereich der non-formalen politischen Jugendbildung) wollen wir herausfinden, ob die Herausforderungen und Systeme in beiden Ländern kompatibel genug für einen fruchtbaren Austausch sind und welche Formate und Themen sich am besten für einen deutsch-amerikanischen Diskurs, für Wissens- und Erfahrungstransfer eignen.

Auf der Grundlage meiner Forschungen und der Erkenntnisse aus der TECE-Erfahrung versuche ich hier, ein Bild des *Civic Learning* in den USA zu zeichnen, indem ich verschiedene Beispiele einflussreicher historischer Praxis

und Theorie diskutiere und einige Merkmale beschreibe, die das moderne Feld und die Praxis in den USA charakterisieren. Abschließend stelle ich meine Sicht auf die Zukunftsaussichten des deutsch-amerikanischen Austauschs in diesem Bereich dar. ¹

Historische Einflüsse

Das Hauptziel der amerikanischen öffentlichen Schulen war ursprünglich die Vorbereitung der Schüler*innen auf die demokratische Bürgerschaft. Darüber hinaus hatte *Civic Learning* durch bürgerschaftliches Engagement schon immer eine starke Tradition in außerschulischen Kontexten und war ein wichtiger Teil amerikanischer *Civic Culture*.

Politische Bildung in den USA ist seit langem durch das Erlernen von Demokratie durch die Ausübung von Demokratie gekennzeichnet. *Alexis de Tocqueville*, ein einflussreicher Protagonist in Amerikas demokratischem Selbstverständnis, stellte eine starke Erfahrungstradition des Erlernens demokratischer Fähigkeiten durch Selbstverwaltung fest. Als externer Beobachter der amerikanischen Demokratie im 19. Jahrhundert bewunderte er die natürliche Tendenz der Amerikaner*innen zum Assoziationismus und betonte die Notwendigkeit, die Rechte und Pflichten der demokratischen Bürgerschaft durch aktive Gestaltung der Demokratie zu erfahren.

Während der *Progressiven Ära* (1896–1916) erlebten die USA einen Zustrom von Sozialdienstorganisationen wie dem YMCA, *Scouts* und den *Settlement Houses*. Diese Einrichtungen reagierten auf die Stärken und Bedürfnisse der Gesellschaft und arbeiteten daran, den Menschen die Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die sie brauchten, um an der Gesellschaft teilzuhaben und zu ihrer Entwicklung beizutragen (vgl. Coughlan/Sadovnik/Semel 2014). Insbesondere *Settlement Houses* wie das *Hull House* von *Jane Addams* in Chicago arbeiteten daran, ein Schulsystem, das Migrant*innen-Communities und Arme nur unzureichend versorgte, durch soziale Dienste und außerschulische Bildungsprogramme zu ergänzen. Addams verstand dieses Modell der *Community Education* als „protest against a restrictive view of education“ (Addams 1910). Als eine Kombination aus Sozialarbeit, Interessenvertretung und Bildung verkörpern die *Settlement Houses* den Ursprung des bürgerschaftlichen Engagements als Quellen der politischen Bildung – ein konkretes Beispiel, das die gesamte Community, nicht nur die Schule, zum Zentrum

¹ Vielen Dank an Georg Pirker für die wertvollen Anregungen zum Artikel.

des Lernens und des demokratischen Handelns machte (vgl. Longo 2007).

John Dewey, ein Zeitgenosse von *Addams*, ließ sich von ihr zu seinem Konzept der *Community Schools* inspirieren, in denen die Schulen zum Zentrum des Engagements und der Bildung der Community werden. *Dewey* erkannte den Vorteil, dass Schulen alle Kinder erreichen, und zwar nicht als eine uneinheitlich verfügbare Angelegenheit der Philanthropie, sondern als eine öffentliche Einrichtung, die dem Volk gehört (vgl. Dewey/Dewey 1915). Ein zentraler Grundsatz seiner Theorie ist, dass die Schüler*innen die Möglichkeit haben, demokratische Entscheidungen über reale Probleme innerhalb der Schule und in Zusammenarbeit mit der Community zu treffen. Obwohl er die Schule im Zentrum sah, wichen seine Ideen insofern ab, als er eine erfahrungs- und *Community*-orientierte Struktur betonte, die Erwachsenenbildung, Berufsausbildung und *Community Organizing* (vgl. Coughlan/Sadovnik/Semel 2014) anbieten sollte. Damit verschwammen nicht nur die Grenzen zwischen formaler und nicht-formaler Bildung, sondern auch zwischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Die Herausforderungen und Chancen, mit denen die Demokratie und damit auch die politische Bildung konfrontiert sind, sind nicht nur in den USA zu finden, sondern sind transatlantischer Natur – was die Sinnhaftigkeit einer vergleichenden deutsch-amerikanischen Perspektive nahelegt.

Myles Horton, der 1932 im ländlichen Tennessee die *Highlander Folk School* gründete, wurde direkt von *Dewey* und *Addams* und auch von *Grundtvigs* dänischen Volksschulen inspiriert. Mit dem Ziel, Bildung mit sozialem Wandel zu verbinden, diente *Highlander* als Bildungszentrum, das nicht-akkreditierte „Workshop-Retreats“ nutzte, um Menschen außerhalb ihrer Heimatgemeinden zusammenzubringen, um zu reflektieren und gemeinsame Aktionen zu planen (vgl. Longo 2007). *Highlander* war in den 1930/40er-Jahren zunächst in der Gewerkschaftsorganisation der Appalachian-Region und später als Teil der Bürgerrechtsbewegung der 1950/60er Jahre aktiv und →

spielte eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung junger Führungskräfte der Bürgerrechtsbewegung, darunter *Rosa Parks* und *Martin Luther King Jr.* Hortons Ziel war es, „learners into leaders“ und ihr vorhandenes Wissen in Macht zu verwandeln. Die von *Septima Clark* geleiteten *Grassroots Citizenship Education-Programme* des Zentrums wurden entwickelt, um grundlegende Lese- und Schreibfähigkeiten zu fördern und gleichzeitig Afroamerikaner*innen über ihre Bürgerrechte aufzuklären, was Teil einer langen Tradition der nicht-formalen politischen Bildung in afroamerikanischen *Communities* ist.

Entscheidend für den Erfolg der *Highlander-Popular Education* war das Vertrauen in die Kraft des Wissens und der Erfahrung der *Community*: „You don't need to know the answer. You can help people get the answers (...). You have to respect their knowledge (...) and help them to respect their knowledge.“ (Horton/Freire 1990, S. 55) Ein Teilnehmer beschrieb diese Erfahrung wie folgt: „The most important thing one ever learned from Highlander, was how we could help ourselves.“ (Highlander Research 2012)

Die genannten Beispiele verdeutlichen einige Kernpunkte des amerikanischen *Civic Life* aber der Zugang zu dieser Art ziviler Lern- und Bildungsmöglichkeiten war bei weitem nicht weit verbreitet. In der jüngeren Geschichte hat ein *New Civics-Ansatz* versucht, Möglichkeiten zu schaffen, die auf diesen Ideen aufbauen und universeller sind; Ideen, die mit der Tradition der Demokratieerziehung übereinstimmen, aber das Thema auf eine Art und Weise angehen, die auf die jeweilige Situation der Teilnehmenden eingeht (vgl. Ayers/Hunt/Quinn 1998).

Politische Bildung heute

Diese historischen Beispiele für die Praxis und Theorie der politischen Bildung haben gemeinsame Merkmale, die auch heute noch die Ideen des außerschulischen politischen Lernens prägen.

Ein weit gefasstes Konzept der politischen Bildung

Die US-amerikanische Infrastruktur für politische Bildung unterscheidet sich in ihrer Organisation deutlich von der deutschen; ein eigener Bereich der außerschulischen Bildung existiert nicht in gleicher Weise. Vielmehr liegt sie an der Schnittstelle von bürgerschaftlichem Engagement, *Popular Education* und Jugendarbeit und findet in Schulen und außerschulischen Einrichtungen statt.

Der Schwerpunkt liegt auf der Schule als wichtigstem Schauplatz der politischen Bildung, basierend auf der weit hin akzeptierten Ansicht, dass die Schule am ehesten alle

jungen Menschen erreicht (vgl. Kahne/Westheimer 2003). Im Gegenzug arbeiten viele kommunale Organisationen und nationale gemeinnützige Organisationen, die sich auf die politische Entwicklung junger Menschen konzentrieren, eng mit dem formalen Bildungswesen zusammen, indem sie Lehrpläne entwerfen, Lehrende ausbilden und Programme in die Klassenzimmer bringen.

Das Fehlen eines konkreten professionellen Selbstverständnisses von außerschulischer politischer Bildung stellt eine Herausforderung dar, führt aber auch zu einer umfassenderen, phantasievolleren und wirkmächtigen Vorstellung davon, was politische Bildung ausmacht, was sie sein und leisten kann.

Natürlich gibt es auch andere Akteure, die außerhalb des formalen Klassenzimmers tätig sind, wie z. B. soziale- (z. B. der YMCA und die Scouts) und *Special-Interest*-NGOs (z. B. 4-H und Menschenrechts- oder Umwelt-NGOs), Universitäten (z. B. Abteilungen für *Civic Engagement*), Bibliotheken, Museen usw. Für viele (aber nicht alle) dieser Organisationen ist die explizite politische Bildung Teil eines umfassenderen Auftrags, sodass politisches Lernen eher ein Nebenprodukt als ein Hauptziel ist. Die Fachleute in diesen Organisationen bezeichnen sich selbst oft nicht als Bildner*innen, obwohl sie eine ähnliche Rolle haben wie außerschulische Bildner*innen im deutschen Kontext.

Dieser strukturelle Unterschied wurde bei der Rekrutierung für das TECE-Fellowship deutlich. Die Verwendung des Begriffs „Non-formal Civic Educator“ trug wenig zur Klärung unserer Zielgruppe für ein amerikanisches Publikum bei, da der Begriff „Educator“ „Lehrer*in“ impliziert und der Begriff „Non-formal“ im amerikanischen Bereich nicht verwendet wird. Um dies zu verdeutlichen, änderten wir die Beschreibung unserer Zielgruppe in „professionals working toward the civic development of young people in out-of-school contexts“. Letztlich spiegelt unsere Gruppe von US-Fellows die Vielfalt der Bereiche und Sektoren wider, die das US-amerikanische Ökosystem des *Civic Lear-*

ning ausmachen, einschließlich der Hochschulbildung, der Jugendarbeit-orientierten NGOs, nationaler politische Bildungsorganisationen und Initiativen zur *Community Organizing*.

Das CivXNow-Network ist ein Zusammenschluss von über 185 Organisationen, die sich für die Verbesserung der formalen und außerschulischen politischen Bildung einsetzen. Das breite Spektrum von Organisationen, die unterschiedliche Zielgruppen, Ansätze, Ideologien und Bildungssettings vertreten, bietet die Möglichkeit, über die eigene Fachkultur hinweg zu denken, diskutieren und lernen. Diese und andere Entwicklungen deuten darauf hin, dass zunehmend anerkannt wird, dass eine Rückkehr zu einer *Community*-inklusive, sektorübergreifenden und kooperativen „broader ecology of civic learning“ entscheidend ist (Longo 2007).

Das Fehlen eines konkreten professionellen Selbstverständnisses von außerschulischer politischer Bildung stellt eine Herausforderung dar, führt aber auch zu einer umfassenderen, phantasievolleren und wirkmächtigen Vorstellung davon, was politische Bildung ausmacht, was sie sein und leisten kann. In zu klar definierten Berufssektoren kann man leicht die Gemeinsamkeiten in der Praxis ignorieren, die unterschiedliche Herangehensweisen miteinander verbinden (vgl. Jeffs/Smith 2021). Die Möglichkeit, von den unterschiedlichen Organisationsformen des Feldes in den USA und Deutschland zu lernen, kann uns helfen, die Vorteile eines definierten und vernetzten Berufsfeldes, wie es sie in Deutschland gibt, zu nutzen und gleichzeitig eine Sichtweise von politischer Bildung zu fördern, die über eine enge Definition und über Fachsäulen hinausgeht, um mehr Vernetzung zu ermöglichen.

Erfahrungs- und handlungsorientiert

Die allgemeine amerikanische Ausrichtung auf erfahrungsorientiertes Lernen durch authentische Gelegenheiten für bürgerschaftliches Engagement und politisches Handeln verbindet einen *Community*-basierten Ansatz der politischen Bildung mit Wissen und Reflexion. Auch wenn sich die politische Bildung in den Schulen in erster Linie nach wie vor auf Wissen konzentriert und die außerschulische Bildung seit langem stärker handlungsorientiert ist, hat auch die formale Bildung begonnen, stärker handlungsorientierte Strategien anzuwenden.

In Anlehnung an *Toqueville* und *Dewey* wird allgemein davon ausgegangen, dass politische Fähigkeiten und Haltungen durch nicht simulierte Erfahrungen erlernt werden sollten. Dies zeigt sich in der Betonung verschiedener For-

men des bürgerschaftlichen Engagements als Methoden der politischen Bildung: sozialkapitalbildende Aktionsformen (z. B. *Service Learning* und Freiwilligendienste) sowie eher politisch orientierte Aktionen (z. B. *Community/Youth/Intergenerational Organizing* und *Participatory Action Research*). Diese Beispiele zeigen, wie Bildung und bürgerschaftliches Engagement zusammenkommen, um durch reflektierte Beteiligung zur Demokratie zu erziehen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das *Service Learning* in den USA als eine gängige Form der politischen Bildung entwickelt, die Lernziele mit gemeinnütziger Arbeit und Reflexion verbindet. Diese Praxis ist zwar immer noch weit verbreitet, wurde aber wegen ihrer Dienstleistungsorientierung kritisiert, die die Lernenden dazu auffordert, einfach auf soziale Probleme zu reagieren, anstatt sich mit den Kernursachen eines Problems zu befassen.



TECE-Begegnung in Berlin, November 2021 Foto: AdB

In dem Bestreben, vom *Community Service* zu einem tieferen Engagement zu kommen, ist der Ansatz der *Action Civics* populär geworden. *Action Civics* kann viele Formen annehmen, ist aber im Wesentlichen politisches Handeln als eine Form des politischen Lernens, bei dem die Entwicklung von *Leadership Development*, angeleitete erfahrungsbezogene Bildung und „traditionelle“ politische Bildung kombiniert werden. Im engeren Sinne ist *Action Civics* ein mehrstufiger Prozess, bei dem junge Menschen mit Unterstützung von Bildner*innen Projekte durchführen, die in einer kollektiven politischen Aktion gipfeln.

Kritik an *Action Civics* (hauptsächlich ideologisch konservativ) betrachtet die Praxis als ein Labor für linke Protestbewegungen, aber es gibt ein großes Maß an Unterstützung für die Praxis innerhalb des Fachfeldes der politischen Bildung. Der Ansatz wird als bewährter Ansatz in mehrere einflussreiche Publikationen eingeführt, und es →

wurden sogar Gesetze verabschiedet, die die Aufnahme von politischen Aktionsprojekten in die Bildungsstandards mehrerer Bundesstaaten vorsehen.

Grassroots und Citizen-centered

In den USA gibt es nur wenige öffentliche Mittel für politische Bildung und Jugendarbeit. Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, sind in erster Linie auf die Finanzierung durch Einzelspender und Stiftungen angewiesen. Dies steht im Einklang mit einer Auffassung von staatlicher Verantwortung, bei der in den angelsächsischen Ländern die Zivilgesellschaft eher als von staatlicher Kontrolle losgelöst betrachtet wird (vgl. Konttinen 2009). Darüber hinaus gibt es weder eine nationale Jugendpolitik noch nationale Richtlinien für die politische Bildung, sodass die verfügbaren Möglichkeiten geografisch variieren. In diesem Umfeld muss die Zivilgesellschaft „die Zügel in die Hand nehmen“, weshalb nicht staatlich geförderte zivilgesellschaftliche Organisationen eine so wichtige Rolle spielen. Eine Verwurzelung der Institutionen und Strukturen an der Basis kann dazu führen, dass man stärker auf die Bedürfnisse der *Community* eingeht, als wenn man sich strikt an staatliche Finanzierungsparameter und thematische Schwerpunkte hält.



Foto: Andi Weiland | andiweiland.de

Dies gilt sicherlich für unsere historischen Vorbilder *Myles Horton* und *Jane Addams*, die mit ihrer bürgerzentrierten politischen Bildung auf einen erkannten Bedarf in ihren *Communities* reagierten. Die amerikanische „Bootsstraps-Theorie“ wird hier dahingehend neu interpretiert, dass der/die einzelne Bürger*in dafür verantwortlich ist, durch aktives Engagement für seine eigenen Rechte und Bedürfnisse zu kämpfen. Es ist daher vielleicht nicht überraschend, dass viele Ansätze der Jugendarbeit und der po-

litischen Bildung darauf abzielen, junge Menschen durch *Leadership Development* und jugendzentrierte Ansätzen auf diese Rolle der Selbstverwaltung vorzubereiten.

Im Mittelpunkt der Literatur und Praxis steht *Youth Voice*, d. h. der authentische Ausdruck ihrer Ideen, Vorschläge oder Interessen, der zu organisatorischen, sozialen oder politischen Veränderungen führen kann (vgl. Skali 2015). *Youth Voice* erfordert, dass junge Menschen in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse durch die Förderung von Handlungskompetenz und den Aufbau von Fähigkeiten zu verwirklichen. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Jugendliche in einzigartiger Weise in der Lage sind, die Bedürfnisse junger Menschen zu erkennen. Ansätze wie *Youth Participatory Action Research*² und *Youth Organizing*³ beziehen *Youth Voice* als Teil der Logik mit ein.

Viele *Community*-Organisationen konzentrieren solche Programme auf einkommensschwache oder *BIPOC-Communities*, die nur begrenzte Möglichkeiten haben, sich politisch zu engagieren, und für die die Inhalte der schulischen politischen Bildung aufgrund von Machtungleichgewichten und unterschiedlichen Lebenserfahrungen möglicherweise nicht relevant sind. Programme, die sich auf das Mitspracherecht und die Führungsrolle von Jugendlichen konzentrieren, können ein ermächtigendes Umfeld schaffen, das den Schwerpunkt auf die Geschichte ihrer jeweiligen *Communities*, die Demokratie als einen Prozess, an dem alle Menschen teilnehmen sollten, und auf Techniken zur Erzeugung von Macht und zur Schaffung von Veränderungen legt und letztlich besser auf die Bedürfnisse von marginalisierten *Communities* eingehen kann (vgl. Checkoway 2011).

Diese *Citizen-centered*- und *Grassroots-led*-Möglichkeiten des politischen Lernens sind in einem Bereich üblich, der aufgrund der Finanzierung und des politischen Kontextes von der Zivilgesellschaft selbst getragen wird. Sie sind aber keineswegs nur in den USA zu finden; sie spiegeln in vielerlei Hinsicht auch den Diskurs um politisches Lernen und politische Bildung junger Menschen im Europäischen Kontext wider.⁴ Darüber hinaus haben sich Methoden,

- 2 YPAR ist ein Ansatz, bei dem junge Menschen systematische Forschung betreiben, um ihr Leben und ihre Gemeinden zu verbessern.
- 3 Youth Organizing bezieht Jugendliche in Community Organizing ein, um Machtverhältnisse und Veränderungen in ihren Communities zu bewirken.
- 4 Vgl. z. B. Yael Ohanas Ansatz der Critical Youth Citizenship, die Entwicklung des Kompetenzrahmens RFCDC im Europarat oder das ETS Kompetenzmodell im Jugendbereich.

die auf dem in Deutschland bekannten Empowerment-Prinzip, einem theoretischen Import aus der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, basieren, weiterverbreitet.

Tiefgreifend polarisiert

Viele sehen in der politischen Bildung eine Lösung für die aktuelle Polarisierung. Es sind neue Programme und Organisationen entstanden, die sich auf die Förderung des *Civic Dialogue* konzentrieren und die Ziele der politischen Bildung in neue Richtungen treiben. Allerdings ist das Feld selbst zum Gegenstand parteipolitischer ideologischer Kämpfe geworden.

In einer pluralistischen Gesellschaft ist zu erwarten, dass es Debatten darüber gibt, welchen Inhalten und Ansätzen in der politischen Bildung Vorrang eingeräumt werden sollte. So wird z. B. in den USA diskutiert, ob politische Bildung eine patriotische Vaterlandsliebe stärken oder die Teilnehmenden dazu ermutigen sollte, kritisch über die Probleme des Landes nachzudenken.

In einer pluralistischen Gesellschaft ist zu erwarten, dass es Debatten darüber gibt, welchen Inhalten und Ansätzen in der politischen Bildung Vorrang eingeräumt werden sollte. So wird z. B. in den USA diskutiert, ob politische Bildung eine patriotische Vaterlandsliebe stärken oder die Teilnehmenden dazu ermutigen sollte, kritisch über die Probleme des Landes nachzudenken. Wie diese Diskussionen aber Teil des *Culture Wars* werden, stellt eine besorgniserregende Bedrohung dar.

Besonders umstritten ist die Frage, wie man das Thema Rassismus aufgreifen sollte. Im Frühjahr wurde eine Debatte über die *Critical Race Theory* (CRT) im öffentlichen Raum losgetreten. CRT ist ein akademisches Konzept, das davon ausgeht, dass Rassismus strukturell in rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen verankert ist. Rassismus ist demnach nicht nur eine explizite Demonstra-

tion individueller rassistischer Überzeugungen oder Handlungen, sondern ein historisch verankertes Phänomen, das diskriminierende und ungerechte Machtdynamiken erzeugt. Diese ursprüngliche Definition ist stark missverstanden worden, wobei Kritiker*innen behaupten, dass die Bemühungen, die rassistische Geschichte der USA und deren Auswirkungen auf die aktuelle Politik und Gesellschaft zu verstehen, selbst rassistisch sind und eine antiweiße, anti-amerikanische Perspektive fördern. In neun Bundesstaaten wurden Gesetze verabschiedet, die solche Diskussionen verbieten; 19 weitere haben entweder bereits ähnliche Gesetze eingeführt oder planen dies (vgl. Ray/Gibbons 2021).

Es gibt ein allgemeines Bekenntnis zu der Idee, dass politische und historische Bildung überparteilich sein sollte. Dieses Streben nach Überparteilichkeit wird jedoch in einem zunehmend polarisierten Umfeld immer schwieriger, in dem Werte, die einst als gemeinsam angesehen wurden, zunehmend umstritten sind. Wie ein amerikanischer TECE-Fellow es ausdrückte, „even using the term ‚human rights‘ has become controversial“. Aktive Versuche, Bildner*innen, die „nicht neutral“ handeln, mit Geldstrafen und Entlassungen zu bestrafen, machen diese Arbeit immer gefährlicher. Darüber hinaus haben Konservative begonnen, die parteiübergreifenden Versuche, die politische Bildung zu stärken, als linke Versuche zu kritisieren, die politische Bildung als Schauplatz für CRT zu nutzen. Diese Herausforderungen bieten einen Vergleich zu Ansätzen auf europäischer Ebene für „teaching controversial issues“ und zu deutschen Debatten über Neutralität in der politischen Bildung, die in den letzten Jahren durch den Druck der AfD verstärkt wurden.

Relevanz des deutsch-amerikanischen Austauschs

Die politische Bildung in den USA steht an einem Wendepunkt, und der Blick über die Landesgrenzen hinaus ist von großem Wert und steigendem Interesse. Doch die Herausforderungen und Chancen, mit denen die Vereinigten Staaten konfrontiert sind, sind bei weitem nicht einzigartig und sollten mit einer internationalen Perspektive betrachtet werden.

Eine Wiederbelebung der Investitionen in den deutsch-amerikanischen zivilgesellschaftlichen Austausch scheint in Sicht zu sein. Der Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung 2021–2025 spricht sich für die Förderung des transatlantischen zivilgesellschaftlichen Jugendaustauschs aus und spiegelt die ersten Bemühungen um die Einrichtung eines deutsch-amerikanischen Jugendwerks wider, →

die bereits angelaufen sind. Das TECE-Projekt hat es uns ermöglicht, die bestehenden strukturellen und logistischen Hindernisse aufzudecken, die wichtigsten Themen zu identifizieren und die Bedeutung der politischen Bildung als Schwerpunkt solcher Initiativen zu unterstreichen.



Workshop zum Thema Youth Voice Foto: Andi Weiland | andiweiland.de

Der TECE-Prozess hat versucht, die Wesensmerkmale der politischen Bildung in beiden Ländern hervorzuheben und zu untersuchen und wesentliche Fragen zu dieser Arbeit mit einer vergleichenden Außenseiterperspektive neu zu bewerten.⁵ Unterschiedliche kulturelle und sozioökonomische Landschaften und Unterschiede in der Struktur und Praxis der politischen Bildung bieten die Möglichkeit, über den Tellerrand zu schauen. Auf diese Weise werden wir herausgefordert, umfassender darüber nachzudenken, was politische Bildung ist und sein kann.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zur Autorin



Katja Greeson ist Projektreferentin für das Projekt „Transatlantic Exchange of Civic Educators“ (TECE) beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. Ursprünglich aus den USA stammend, war sie dort in der politischen Jugendorganisation und Kampagnenarbeit tätig, bevor sie sich auf politische Bildung im transatlantischen Kontext konzentrierte. Sie ist Politikwissenschaftlerin mit Master-Abschlüssen von der UNC-Chapel Hill und der Universität Pompeu Fabra.

greeson@adb.de

Literatur

- Addams, Jane (1910):** Twenty Years at Hull House. New York: Penguin Books
- Ayers, William / Hunt, Jean Ann / Quinn, Therese (1998):** Teaching for social justice. New York: Teachers College Press
- Checkoway, Barry (2011):** Education for Democracy by Young People in Community-Based Organizations. In: Youth & Society, 45(3), pp. 389–403
- Coughlan, Ryan W. / Sadovnik, Alan R. / Semel, Susan F. (2014):** A History of Informal, Out-of-School Education. In: Teachers College Record, 116/14, pp. 359–382
- Dewey, John / Dewey, Evelyn (1915):** Schools of To-Morrow. New York: The Knickerbocker Press
- Highlander Research and Education Center – Folk Alliance International Lifetime Achievement (2012):** www.youtube.com/watch?v=dAUCZH-r3KQ (Zugriff: 28.11.2021)
- Horton, Myles / Freire, Paolo (1990):** We Make the Road by Walking: Conversations on Education and Social Change. Temple University Press
- Jeffs, Tony / Smith, Mark (2021):** The Education of Informal Educators. In: Educ. Sci., 11, pp. 488
- Kahne, Joseph / Westheimer, Joel (2003):** Teaching Democracy: What Schools Need to Do. In: Phi Delta Kappan, 85(1), pp. 34–66
- Konttinen, Annamari (2009):** Civic Mind and Good Citizenship. University of Tampere
- Longo, Nicolas (2007):** Why community matters: connecting education with civic life. Albany: State University of New York
- Ray, Rashawn / Gibbons, Alexandra (2021):** Why are states banning critical race theory?; <https://tinyurl.com/ra8c8b72> (Zugriff: 29.12.2021)
- Skali, Loubna H. (2015):** What We Know about „What Works“ in Youth Civic Engagement and Voice, Youth Organizations, Youth Leadership and Civic Education; <https://tinyurl.com/5n6b89ze> (Zugriff: 29.12.2021)

⁵ Weitere Informationen über das Projekt finden Sie hier: www.tece-usde.org

„All that matters“

Demokratie und Rassismus als Themen im deutsch-amerikanischen Austausch

Welche Bilder haben wir voneinander? Wie beurteilen wir den Zustand der Demokratie in Deutschland und den USA? Wo müssen wir uns Rassismus im gesellschaftlichen Alltag stellen? Und welche Bedeutung hat der Blick in die Geschichte für unsere Zusammenarbeit? Diese Fragen umreißen den Inhalt dieses Beitrags und waren zugleich in zwei Fachprogrammen zentral, von denen im Folgenden die Rede sein wird.

von Martin Kaiser

Die Verfassung weißer alter Männer

„Our German friends might not be aware of this“, sagt *Nia*, Teilnehmerin am Deutsch-Amerikanischen Fachprogramm 2020 und *Black Lives Matter*-Aktivistin, „but our constitution was drafted by white old men of Anglo-Saxon origin with protestant background, most of them were slaveholders and they certainly didn’t have a young Afro-American woman like me on their minds.“ Damit benennt sie in einem Satz die Themen, um die es in diesem Beitrag geht und die in zwei Fachprogrammen, im August 2019 in Präsenz mit dem Titel „Choosing hope over fear. Democracy and diversity in the U.S. and Germany“, und im Oktober/November 2020 digital mit dem Titel „The grapes of wrath. Racism and the crisis of democracy in the U.S. and Germany“ im Fokus standen. Diese wurden vom *Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen (GSI)* zusammen mit der *Arab American Community of Philadelphia* realisiert.

Deutsche Berechenbarkeit und amerikanische Einzigartigkeit. Eigen- und Fremdbilder im Vergleich

In beiden Programmen beschäftigten wir uns zum Einstieg mit den Deutschland- und USA-Bildern der Teilnehmenden:

Merkel, Hitler und die Mauer. Zum Deutschlandbild der amerikanischen Gruppe

Beim Präsenzseminar im Sommer 2019 – wir befinden uns am Ende des dritten Jahres der *Trump*-Administration – erhalten die Teilnehmenden beider Gruppen auf DIN A3-Bögen eine Silhouette mit den Umrissen des anderen Landes. Ihre Aufgabe ist es, ihre Assoziationen und Vorstellungen in Form von Symbolen und Bildern auf das Papier zu zeichnen – ganz spontan, ohne lange nachzudenken, ohne intellektuellen Abgleich oder innere Schere. Wir wollen einfangen und in der Gruppe präsentieren, was die Einzelnen im Kopf haben.

Auf den Bildern der Amerikaner*innen zu Deutschland bestimmen neben den Symbolen der Automarken und den Zeichnungen zu Currywurst und Sauerkraut mehrere politische Themen den Eindruck: Auf fast allen durchzieht ein langer Mauerstreifen die Zeichnung. „Ihr wart so lange geteilt“, erläutert *Noelle*, Teilnehmerin aus Philadelphia. *Grant* zeichnet dunkle Gebäude und dunkle Menschen in der Osthälfte. „Ich vermute“, erklärt er dazu, „die im Osten Deutschlands sind ziemlich unglücklich.“ Hakenkreuze und Panzer erinnern an die Nazizeit und den zweiten Weltkrieg. Die Nazizeit sei ein wichtiger Teil der deutschen →

Geschichte, „aber die habt ihr ja überwunden“, fügen sie hinzu. Darauf werden wir beim Thema Rechtsextremismus noch eingehen.

Beim Online-Format übertragen wir die Methode zu Eigen- und Fremdbildern ins Digitale. Diesmal erstellen die Teilnehmenden (über Mentimeter) mit Hilfe ihrer Smartphones *Word Clouds*; die Größe der Schrift gibt die Häufigkeit der Nennungen wieder. Zwei Namen dominieren das Bild: *Merkel* und *Hitler*. Einige andere Begriffe fallen ins Auge, die im Vorjahr kaum genannt wurden: *immigration* wird benannt, *diversity*, *hate* und *refugees*; weitere Stichworte verweisen auf die Nazizeit.

In der Diskussion fragen die amerikanischen Teilnehmenden, wie die Nazizeit in deutschen Schulen behandelt werde. „Ziemlich ausführlich“, antwortet *Jonas*, Teilnehmer aus München, „aber nicht immer in einer Form, die uns angesprochen hat.“ Er hätte sich Gespräche mit Zeitzeug*innen gewünscht, vielleicht auch eine Exkursion. Weitere Gesprächsthemen sind die deutsche Wirtschaft und die Kontroversen um das Thema Migration in Medien, Politik und Öffentlichkeit.

Rassismus, Wirtschaftskraft und Polarisierung. Zum USA-Bild der deutschen Gruppe

Und wie sehen die deutschen Teilnehmenden die USA? Im Präsenzseminar vom Sommer 2019 dominieren die unter *Trump* kontrovers diskutierte Themen: Boote, die über den Atlantik kommen, stehen für die Geschichte der Einwanderung; Stacheldraht und Mauer an der Grenze zu Mexiko fallen ins Auge. Menschen in unterschiedlichen Farben symbolisieren Vielfalt; zwei Halbkreise in Schwarz und Weiß stehen für die Trennung von *Weiß*en und *Persons of Color*. „Und für die subtilen Strukturen von Rassismus, die in den USA immer bestehen“ fügt *Melina*, Teilnehmerin aus Hamburg, hinzu. Ein riesiger Dollarschein, die Firmenlogos von *Google* und *Microsoft* symbolisieren die Bedeutung des Geldes, des Kapitalismus und der Technikgläubigkeit. Auf mehreren Bildern fliegt eine Passagiermaschine in einen Wolkenkratzer – 9-11 gehört zu den festen Bestandteilen der USA-Bilder. Gibt es auch etwas Positives? Jemand hat Bücher gemalt, „die stehen für die hervorragende amerikanische Literatur“. Und die landschaftliche Schönheit ist zu sehen.

Ein gutes Jahr später, in der *Word Cloud* der deutschen Teilnehmenden, wird *freedom* am häufigsten genannt. Aber andere Begriffe wie *division*, *polarization*, *colonialism*, *imperialism* und *inequality* häufen sich. Die amerikanischen Teilnehmenden sind nicht überrascht. Sie hadern

mit dem gegenwärtigen Erscheinungsbild ihrer Politik. „No surprise that we have such a negative image“, beklagt sich *Mya*, amerikanische Teilnehmerin aus West Chester und Aktivistin bei *Black Lives Matter*. „We need a change.“ Zwei Dinge stören sie vor allem: „You cannot trust politicians. And in present-day America it is okay again to be racist.“ Ihre Äußerung bleibt nicht unwidersprochen, aber die meisten ihrer Landsleute pflichten ihr bei.

American Exceptionalism und deutsche Berechenbarkeit. Zwei Ergänzungen

Wenn ihr das Bild eures Landes in der anderen Gruppe betrachtet, fragen wir die Teilnehmenden in einer *Breakout Session*, welche Begriffe vermisst ihr? Beide Gruppen haben dazu einiges beizutragen. „Was mir fehlt“, sagt *Mya*, „ist was zur amerikanischen Scheinheiligkeit. Wir haben den Anspruch, der strahlende Leuchtturm von Freiheit und Demokratie zu sein – und gleichzeitig führen wir alle möglichen Kriege, unterstützen undemokratische Regime, verletzen Bürgerrechte in der Innen- und Außenpolitik ...“



Mein Bild von Deutschland. Foto: Martin Kaiser

Gleich mehrere möchten das Stichwort *American Exceptionalism* hinzufügen – ein Begriff, eine Einstellung, an die die Deutschen nicht gedacht hätten, wie sie zugeben. Es ist dieses Gefühl, etwas Besonderes zu sein, versuchen die Amerikaner*innen zu erklären, diese Vorstellung von einer besonderen Bestimmung. Einige möchten klarstellen, dass sie diese Begriffe nicht deshalb erwähnen, weil sie mit den Vorstellungen, für die sie stehen, übereinstimmen, sondern nur, weil ihnen bewusst ist, dass sie in der amerikanischen Gesellschaft eine prominente Rolle spielen.

Und die Deutschen, welche Stichworte möchten sie hinzufügen? Sie benennen „Berechenbarkeit“. Diese habe et-

was mit Verantwortungsübernahme zu tun für das, was in Politik und Gesellschaft geschehe; aber es bedeutet auch, dass man sich auf den Lauf der Dinge verlassen kann.

Polarisierung und fehlende Repräsentation: zur Krise der Demokratie in beiden Ländern

Im Herbst 2020 greifen wir das Thema „Krise der Demokratie“ auf. Die Präsidentschaftswahlen in den USA und die kritischen Analysen zur Regierbarkeit in Deutschland geben ausreichend Stoff für die Auseinandersetzung mit dieser Frage.

Das Vertrauen in die Politik wiederherstellen

„Was ist eurer Meinung nach die dringendste Aufgabe für den nächsten Präsidenten?“, fragen wir die Teilnehmenden beider Länder zu Beginn der dritten Sitzung, nur sechs Tage nach den Wahlen, als die Auszählung noch läuft, *Trump* und seine Anhängerschaft von Wahlbetrug und gestohlenem Sieg sprechen.

Viele Antworten sind ähnlich: eine Anstrengung unternehmen, um internationalen Respekt wieder aufzubauen; Amerika wieder einen; die am häufigsten wiederholte Aufgabe: das Vertrauen in Regierung und Politik wiederherstellen; rassistische Spannungen reduzieren, den *racial divide* überwinden.

In der folgenden Einheit präsentieren die Teilnehmenden ihre Stichworte zur Krise der Demokratie in beiden Ländern.

*Einschüchterung von Wähler*innen und Gerrymandering*

In ihrer Präsentation hebt die amerikanische Gruppe vier Aspekte hervor:

- *Einschüchterung von Wähler*innen*: Sogenannte „Freiwillige Wahlbeobachter*innen“ („volunteer poll watchers“) bedrohten Leute, die ihre Stimme vorzeitig abgeben wollten, überwiegend in Wahlbezirken mit einem hohen Anteil an afro- und latino-amerikanischen Wähler*innen, die traditionell mehrheitlich demokratisch wählen.
- *Restriktive Wahlgesetze*: In einigen Staaten werden Lichtbildausweise zur Wahl gefordert; bis zu 25 % der Afroamerikaner*innen haben keinen Lichtbildausweis – im Vergleich zu nur 8 % *weißen* Amerikaner*innen. Diese restriktive Wahlgesetzgebung habe beispielsweise 2016 dafür gesorgt, dass der Staat Wisconsin an *Trump* gegangen sei (vgl. Horst et. al. 2019, S. 125)

- *Gerrymandering*: Die amerikanische Gruppe präsentiert ein Beispiel aus North Carolina, in dem die Grenzen eines demokratisch wählenden Bezirks mit Student*innen und die von danebenliegenden, überwiegend republikanisch wählenden Wohnbezirken so neu gezogen wurden, sodass sich die Mehrheitsverhältnisse änderten (vgl. Daley 2019).
- *Polarisierung*: Es gehe gar nicht mehr um Inhalte. Der gesamte Wahlkampf habe die Menschen polarisiert. Es gehe nur noch darum, die jeweilige Partei mit ihren Kandidat*innen zu unterstützen; Inhalte spielten beinahe ausschließlich aufgrund ihrer Zuordnung zu Parteipositionen eine Rolle.

Weitere Aspekte, die als Faktoren der amerikanischen Demokratie-Krise zur Sprache kommen, betreffen vor allem das Wahlsystem mit seinem „Winner-take-all“-System, in dem viele Stimmen unberücksichtigt bleiben.

Wie demokratisch ist die Demokratie in Deutschland? Eine kritische Analyse

Gibt es eine Krise der Demokratie in Deutschland? Der deutschen Teilnehmenden sind der Meinung: Sie gibt es. Diese Behauptung untermauern sie mit mehreren Beispielen:

- *Die Krise der politischen Parteien*: Hier führt die Gruppe einige Zahlen an. Die großen Volksparteien SPD und CDU hatten zu Beginn der 1980er Jahre beide ca. eine Million Mitglieder. Bis zum Jahr 2015 sank diese Zahl auf jeweils weniger als die Hälfte. Werterevolution, Pluralismus von Lebensstilen, Protestkulturen führten zu massiver Sozialkritik und politischer Selbstorganisation; politische Bewegungen und Bürgerinitiativen entstanden. Politische Parteien wurden immer unwichtiger, die Wahlbeteiligung sank.
- *Die Krise der Regierungsbildung*: Es wird immer schwieriger in Deutschland eine Regierung zu bilden. Bis in die 1980er Jahre erhielten die Volksparteien jeweils mehr als 80 % der Stimmen. Regierungsfähige Koalitionen konnten aus zwei Parteien gebildet werden. Bei den Bundestagswahlen 2017 kamen die beiden großen Parteien nur noch auf 53 %, die AfD erhielt 12,6 % der Stimmen. Das bedeutete auch, dass außer im Falle einer großen Koalition zwischen CDU und SPD keine Zweiparteienkoalition eine Regierung bilden konnte. Drei- oder Vierparteienkoalitionen erforderten sehr viele Kompromisse im Gesetzgebungsverfahren und machten das Regieren nicht leicht. →

- *Die Krise der politischen Repräsentation:* Viele Menschen fühlen sich im politischen System nicht repräsentiert. Besonders die letzten Jahre seien geprägt von populistischen Bewegungen mit „besorgten Bürgern“ und der Behauptung, für die schweigende Mehrheit zu sprechen und für diejenigen, die sich abgehängt fühlten. In all diesen Fällen wurden Bürger*innen aktiv, weil sie sich nicht repräsentiert fühlten.

In der Diskussion zeigen beide Gruppen großes Interesse an zwei Aspekten: Wie konnten die *Grünen* im politischen Kontext der 70er Jahre entstehen? Der deutsche Koordinator weist darauf hin, dass sich in diesem Fall eine Bewegung zu einer Partei entwickelt habe, die zunächst in Parlamenten vertreten und dann auch an Regierungen beteiligt gewesen sei. Der zweite Aspekt: Wie schaff(t)en es die populistischen Parteien in die Parlamente? Das wird Thema einer gesonderten Sitzung im Seminar sein.

Der Eindruck der Teilnehmenden, dass das politische Klima viel rauer geworden und die demokratische Kultur in beiden Ländern beschädigt worden sei, wird von Analytiker*innen beider Seiten bestätigt: In Deutschland beschreiben sie die Erosion der Volksparteien (vgl. Koß 2021), den Aufstieg des Populismus auch in der demokratischen Mitte (vgl. Zick/Küpper 2021), den Vertrauensverlust in das Funktionieren der Demokratie (vgl. Decker et al. 2019) und die wachsende Unzufriedenheit mit den politischen Entscheidungsträger*innen (vgl. Merkel 2015). In den USA beklagen sie die Vernachlässigung demokratischer Normen und der ungeschriebenen Gesetze politischen Verhaltens (vgl. Levitsky/Ziblatt 2018, S. 100 f.), die von den Teilnehmenden angesprochene wachsende Polarisierung und Parteilichkeit in der amerikanischen Wählerschaft (vgl. Klein 2020, S. xiv) und die Defizite im amerikanischen Wahlsystem (vgl. Hils/Wilzewski 2006).

Viel Stoff für die Diskussion.

The danger of a single story. Multiperspektivität und Rassismus als Thema

Im Sommer 2019 war das Thema Rassismus bereits beim Betrachten der USA- und Deutschland-Bilder präsent. Wir vertiefen es während des Programms mit Informationseinheiten, praktischen Übungen, Literatur und Projektbesuchen.

Peptalk: Getrennt, aber gleich? Gerichtsurteile in Zeiten der Segregation

In einem *peptalk* fasst *Marwan K.*, Leiter der amerikanischen Gruppe, wichtige Ereignisse aus der Geschichte

des Rassismus in den USA zusammen. Er spricht von den Kontroversen der Gründungsväter, die sich nicht auf die Abschaffung der Sklaverei einigen konnten; vom Bürgerkrieg, der die Sklaven zwar offiziell befreite, aber ihnen keine wirkliche Gleichberechtigung verschaffte. Die *Jim Crow Laws* finden Erwähnung, die die Rassentrennung auf legalem Wege sicherstellten und die weiße Vorherrschaft festigten. Als *Marwan* zwei berühmte Urteile des Obersten Gerichtshof erwähnt, nicken die amerikanischen Teilnehmenden: 1896 (Fall *Plessy gegen Ferguson*) bestätigte das Gericht implizit die „getrennt aber gleich“-Doktrin, indem es Regelungen wie getrennte Bahnabteile, Toiletten oder Freibäder als verfassungskonform erklärte. 1954 hingegen (Fall *Brown gegen Board of Education of Topeka*) erklärte das Gericht die Rassentrennung an Schulen für verfassungswidrig und kippte damit die vorgenannte Doktrin. Weitere Stichworte betreffen die Internierung japanischstämmiger Amerikaner*innen nach Pearl Harbor, die Bürgerrechtsbewegung und die Demonstrationen von *Black Lives Matter*.

„There is still a lot to do“, erklärt *Nye*. Sie weiß, dass sich unmittelbar nach dem Bürgerkrieg über 92 % der *African Americans* im amerikanischen Süden zum Wählen registrieren ließen. In den Jahren nach 1945 war diese Zahl auf gut 5 % zurückgegangen. Dies bestätigen auch die Ergebnisse aktueller Analysen (vgl. z. B. Klein 2020, S. 24 f.). „Laws and court verdicts are not enough“, sagt *Nye*. „We need a change in our society, in daily life, in schools, universities, on the job market, in voter registration. Everywhere.“

The danger of a single story

In einer Seminareinheit arbeiten wir mit Texten und Videoclips der in Nigeria geborenen Autorin *Chimamanda Ngozi Adichie*. Einer ihrer zentralen Ansätze, mit denen sie Alltagsrassismus erklärt, ist „the danger of a single story“. In einer Szene beschreibt *Adichie* das erste Gespräch mit ihrer Mitbewohnerin im Dormitory: Die fragte sie nach ihrer Stammesmusik und war höchst erstaunt, das junge Leute in Nigeria *Mariah Carey* hörten. Afrika – und das genau war die Gefahr der „single story“ – bestand für sie aus Safaris, aus Hungersnot, Aids und unverständlichen Stammesfehden. Eine andere Wahrnehmung hatte sie nicht.

Wir nutzen das Buch, um rassistuskritische Verhaltensweisen herauszuarbeiten. *Adichie* nennt das „Friendly tips for the American Non-Black how to react to an American Black Talking about Blackness“: Sucht nicht schnell nach Entschuldigungen für das Geschehene. Sagt nicht: „Ich bin

farbenblind“, denn dann müsst ihr zum Arzt. Sagt nicht: „Wir sind's leid über *race* zu reden“, das sind Schwarze auch. Du kannst schwarze Freunde haben und trotzdem rassistische Scheiße bauen. Schlagt keinen Lasst-uns-fair-sein-Tonfall an und sagt nicht: „Aber Schwarze sind auch Rassisten.“ Klar, wir alle haben Vorurteile (Adichie 2013, S. 322 ff).

Nye: „I learned that not everything is black or white. There is so much in between. We have to look at things very carefully, before we judge.“

Sehr schnell arbeiten die Teilnehmenden heraus, was nach all diesen „Don'ts“ die „Dos“ sind, die Verhaltensweisen, die wirklich helfen, eine Atmosphäre zu schaffen, die frei von Rassismus ist: „Zuhören; hört genau, was gesagt wird“, fasst *Jonas* zusammen. Und *Alicia* fügt hinzu: „Denk daran, es geht nicht um euch; schwarze Amerikanerinnen wie ich sagen niemandem, ‚du bist schuld‘.“ Und für *Nye* ist klar: „Wenn du was nicht verstehst, frag nach; sag, wenn dir was unangenehm ist; sei einfach offen.“ Und ein letzter Hinweis von *Adichie*: Sucht Gesprächssituationen. Manchmal wollen Leute einfach gehört werden (ebd., S. 326).

„Discover diversity.“ Besuche antirassistischer Projekte in Berlin

Taugen diese Ratschläge *Adichies* für die Praxis? Das wollen wir überprüfen, als wir in Berlin Projekte mit antirassistischer Bildungsarbeit besuchen. Sie sollen den Teilnehmenden Anregungen für die Folge-Projekte geben, die sie selbst in den letzten beiden Seminartagen entwickeln und dann vor Ort, in ihrem lebensweltlichen Umfeld, umsetzen. Im Berliner Stadtteil Kreuzberg sprechen wir mit einer deutsch-türkischen Diversity-Trainerin der *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus*. Sie hat Konzepte zur Arbeit gegen muslim-feindliche Diskriminierung und zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus entwickelt. „Discover Diversity“ heißt ihr neuestes Projekt, das für Projektstage in Schulen zugeschnitten ist. „Wir fragen die Jugendlichen, was sie über andere wissen, über andere Kulturen, andere Religionen, andere Weltanschauungen.“ Schnell kommen sie „single stories“ dabei auf die Spur. Sie gehen zu Orten, die die Jugendlichen zuvor niemals besucht haben, Moscheen oder Synagogen, Museen und historische Denkmäler – an denen sich oft Geschichten über Diskrimi-

nierung festmachen lassen. „Wir hören genau hin“, sagt sie, „was sie zu sagen haben. Wir nehmen sie ernst. Wir verstehen, warum sie sich nicht wahrgenommen fühlen, nicht gehört, manchmal auch abgehängt. Und das ist genau der Punkt, an dem Anti-Diskriminierungsarbeit beginnt; an dem wir anfangen, Radikalisierung zu verhindern.“

Die USA und die deutsche Einheit – USA und das geteilte Deutschland

In den Deutschlandbildern der amerikanischen Gruppe vom Sommer 2019 spielten die Mauer, die deutsche Teilung und Vereinigung eine wichtige Rolle. Was sollten Teilnehmer*innen eines bilateralen Fachprogramms über diese Geschichte wissen – und was interessiert sie? Wir beginnen mit einem Blick in die Geschichte, besuchen das Mauerdenkmal in der Bernauer Straße und sprechen mit Zeitzeug*innen aus Ost und West.

Die Wirkung eines Besuchs vor Ort: George W. Bush in „Little Berlin“

Nach einem Überblick über die Nachkriegsgeschichte betrachten wir die Jahre 1989/90: Während *Thatcher* und *Mitterand* hinter den Kulissen dagegen opponierten (vgl. z. B. Rice/Zelikow 2002), unterstützte Bush die deutsche Einheit. Im November 1983, als Vizepräsident, hatte er zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister *Wörner* den kleinen geteilten Ort Mödlareuth – in amerikanischen Quellen häufig als „Little Berlin“ bezeichnet – besucht. Später, in seinen Memoiren, schreibt er, dass er an diesem Ort und in dieser Situation den Einfluss des *Kalten Krieges* auf Deutschland und die Bedeutung der Teilung verstanden habe (vgl. Bush 1999, S. 326). Seine Unterstützung für die deutsche Einheit ist allerdings an eine klare Forderung gebunden: Das geeinte Deutschland muss der NATO beitreten.

Besonders die Geschichte seines Besuchs im Dorf Mödlareuth, den der Referent mit dokumentarischen Fotos untermauert, beschäftigt die Teilnehmenden. Sie sehen die großen Linien amerikanischer Deutschlandpolitik; die Frage von Teilung und Vereinigung im Kontext globaler Entwicklungen; die Strategie der Westintegration und der Interessen amerikanischer Sicherheitspolitik; und die Bedeutung eines persönlichen Besuchs vor Ort.

Mauersprünge: wie ein Zeitzeuge aus dem Westen die Teilung erlebt

Wir arbeiten die Geschichte der Teilung und Vereinigung anhand von zwei Zeitzeug*innenberichten auf. →

Martin K., geboren im Rheinland, wuchs in einer Zeit auf, die geprägt war vom *Kalten Krieg* und den bipolaren Machtverhältnissen, die die Welt und auch sein Land in Ost und West teilten. Als er Ende der 70er Jahre die Möglichkeit hatte, jungen Leuten in der DDR zu begegnen, nahm er an, er würde nur überzeugte Kommunisten treffen. Umso überraschter war er, als er Menschen traf, die gar nicht so anders waren als er selbst: Sie trugen Jeans wie er; sie liebten die gleiche Musik und sie träumten, genau wie er, von Reisen in ferne Länder. Natürlich erlebten sie auch die Einschränkungen, sie konnten nicht in die USA fliegen, nicht die Schallplatten kaufen, die sie wollten, in vielen Fällen nicht den Beruf ergreifen, den sie sich vorstellten. Der Bericht beschreibt die Seminare der politischen Bildung, die in Berliner Kirchengemeinden stattfanden; Geschichten von Grenzkontrollen; den plötzlichen Schock, als sie herausfanden, dass jemand aus der Gruppe an die Stasi berichtet haben musste; die Herausforderungen, als sich zwei aus Ost und West ineinander verlieben.



In den Deutschlandbildern der amerikanischen Gruppe vom Sommer 2019 spielten die Mauer, die deutsche Teilung und Vereinigung eine wichtige Rolle. Foto: Martin Kaiser

Die deutschen und amerikanischen Teilnehmenden haben viele Fragen: nach der Grenze, dem Schießbefehl, dem Alltag in der DDR, den autoritären Strukturen des SED-Staats, dem Widerstand und der friedlichen Revolution. Alicia aus den USA beschäftigt seine Vorstellung von der DDR: „Why did you expect to meet only hardcore communists?“ Die Antwort scheint einfach: „Ich wuchs im Kalten Krieg auf. Schulbücher, meine Lehrer*innen, meine Eltern, selbst die Medien waren geprägt von einer Art antikomunistischer Grundeinstellung. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich keine Innenperspektive aus der DDR.“ Alicia nickt: „You only had a single story.“

Veränderung von innen bewirken. Gespräch mit Heidi B.

Heidi B. treffen wir einige Tage später in Berlin. Die Teilnehmenden waren sehr beeindruckt von der Führung am Denkmal zur Berliner Mauer in der Bernauer Straße. Sie hatten die Reste der Mauer gesehen, sich über die Sperranlagen informiert, die Geschichten von gelungenen und gescheiterten Fluchtversuchen gehört. Jetzt wollen sie mehr über die Situation in Ostdeutschland vor und nach dem Fall der Mauer erfahren.

Die Politik griff erstmals in ihr Leben ein, als 1961 ihre geliebte *Tante Frieda* aus Kreuzberg nicht mehr zu Besuch kommen konnte: Die Mauer war gebaut worden. Sie wuchs in der DDR auf, studierte entgegen allen Ratschlägen Literaturwissenschaft und fand eine Stelle als Lektorin beim *Verlag Volk und Welt*. Sie übersetzte Bücher und musste mit der Zensur kämpfen. Ein zähes Ringen, aber manchmal konnte sie einen guten Roman durchboxen, der nicht ganz auf der ideologischen Linie war. *Camus* zum Beispiel. Der Kompromiss, den sie für ihren Traumjob und für die Möglichkeit einging, von innen etwas zu verändern: Sie wurde Parteimitglied.

Die Diskussion verläuft kontrovers. Vor allem die Tatsache, dass sie Mitglied der SED war, erregt die Gemüter der deutschen Teilnehmenden. Im Herbst 1989 habe sie ihr Parteibuch zurückgeschickt, berichtet sie. Sie sei den Weg derer gegangen, die im System DDR versucht hätten, von innen Veränderungen herbeizuführen. „Ich wollte etwas bewirken. Die DDR war ein Literaturland. Wenn die Leute schon nicht in die Welt reisen konnten, dann wollte ich die Welt mit den Büchern, die ich gemacht habe, zu ihnen bringen.“

Bei den amerikanischen Teilnehmenden wirken diese Sätze noch lange nach. Durch die Beschäftigung mit dem geteilten Deutschland, sagen sie, hätten sie eine Menge gelernt. „I learned“, erklärt Nye, „that not everything is black or white. There is so much in between. We have to look at things very carefully, before we judge.“ Das fasste sehr präzise zusammen, was wir mit unseren Seminaren erreichen wollten.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zum Autor



Martin Kaiser ist Leiter des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e. V. Seit 1996 arbeitet er mit unterschiedlichen Partnerorganisationen in den USA, darunter die Arab American Community und das Office of Multicultural Affairs in Philadelphia, zusammen. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Demokratie-Bildung, Umgang mit Vielfalt, Multiperspektivität und historische Narrative. Von 2007–2021 war er Mitglied im AdB-Vorstand.

martin.kaiser@gsi-bevensen.de

Foto: Jochen Quast

Literatur

Adichie, Chimamanda Ngozi (2013): Americanah. London: Harper Collins Publ.

Bush, George (1999): All the Best. My Life in Letters and Other Writings. New York: Scribner

Daley, David (2019): The Secret Files of the Master of Modern Republican Gerrymandering. In: Newyorker vom 06.09.2019; www.newyorker.com/news/news-desk/the-secret-files-of-the-master-of-modern-republican-gerrymandering (Zugriff: 25.01.2022)

Decker, Frank / Best, Volker / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2019): Vertrauen in die Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn: Dietz

Diangelo, Robin (2018): White Fragility. Why It's so Hard for White People to Talk About Racism, Boston: Beacon Press

Hils, Jochen / Wilzewski, Jürgen (Hrsg.) (2006): Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush. Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag

Horst, Patrick / Adorf, Philipp / Decker, Frank (Hrsg.) (2019): Die USA – eine scheiternde Demokratie? Bonn: bpb

Klein, Ezra (2020): Why We're Polarized. London: Avid Reader Press

Koß, Michael (2021): Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen. München: dtv

Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel (2018): How Democracies Die. New York: Crown

Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS

Rice, Condoleezza / Zelikow, Philip (2002): Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft. Cambridge: Harvard University Press (6th printing)

Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz-Verlag

Nach den Wahlen

Analyse der neuen Gemengelage

Der Beitrag geht im ersten Teil auf einige Besonderheiten der Wahl zum 20. Bundestag ein, wie z. B. das Ausmaß der Personalisierung des Wahlkampfes oder die ungewöhnlich hohe Wechselwahlbereitschaft. Diese Besonderheiten werden voraussichtlich auch künftige Wahlen prägen. Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht die Handlungsfähigkeit der neuen Bundesregierung. von Ursula Münch

Von den vielen Besonderheiten der Wahl zum 20. Bundestag standen mindestens zwei bereits im Vorfeld fest: die erste Bundestagswahl unter den Bedingungen einer Pandemie, aber ohne Wiederwahlabsticht der Amtsinhaberin. Andere Auffälligkeiten sind absehbare Folgen des Wahlergebnisses: Dass nur ein Dreierbündnis den Weg aus der ungeliebten „Groko“ bahnen könnte, war ebenso vorhersehbar wie der hohe Anteil der Briefwähler und -wählerinnen. Sie konfrontierten die Parteizentralen und deren Wahlkampfmanagement mit dem Problem, dass es nicht einen Wahltag gab, auf den man die Kampagne ausrichten konnte, sondern sie ihre Kampagnen auf einen langen Wahlkorridor von drei bis vier Wochen ausrichten mussten. Anderes überraschte aber dann doch: Erstens das Ausmaß der Personalisierung des Wahlkampfes, zweitens die wohl wahlentscheidende Wirkung der ungewöhnlich hohen Wechselwahlbereitschaft, drittens die Bedeutung demographischer Aspekte und viertens die Erkenntnis, dass anscheinend immer noch nicht zusammengewachsen ist, was seit dem 3. Oktober 1990 zusammeng gehört.

Mehr Personalisierung denn je

Das hohe Maß der Personalisierung sowohl des Wahlkampfes, der Wahlentscheidung als auch der Medien-

berichterstattung über den Bundestagswahlkampf (vgl. Römmele 2021, S. 134) hat seine Ursache nicht nur in der allgegenwärtigen „Verbildlichung“ unseres digitalen Lebensstils und dem höheren Unterhaltungswert von Personal- gegenüber Sachdebatten (vgl. Münch 2020, S. 546). Es ist außerdem auf nachlassende Parteibindungen der Wählerinnen und Wähler, die „Exekutivlastigkeit auch künftiger Krisen“ (Münch 2021) ¹ sowie darauf zurückzuführen, dass Wahlen in Deutschland in der politischen Mitte gewonnen werden. Da sich die Parteien der Mitte in ihren inhaltlichen Positionen nicht dramatisch voneinander unterscheiden, gewinnen die Köpfe hinter den Inhalten an Bedeutung. Im Bundeswahlkampf 2021 war der Fokus auf die beiden Kanzlerkandidaten und die -kandidatin auch deshalb so groß, weil die öffentliche Aufmerksamkeit durch die parteiinternen Auswahlprozesse (Laschet vs. Söder; Baerbock vs. Habeck) bereits frühzeitig auf Personen gerichtet war. Diese Personalisierung könnte mittelfristig auch das innere Gefüge der Parteien verändern. Einen entsprechenden Vorgeschmack vermittelte der CSU-Vorsitzende *Markus Söder*

¹ Zugriff für diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links am 08.01.2022.

durch eine kaum verbrämte Abwertung der Relevanz und Kompetenz demokratisch legitimierter Gremien der CDU im Vergleich zu Umfrageergebnissen (vgl. Alexander 2021, S. 338 ff.). Parteigremien werden künftig voraussichtlich noch mehr an Kontrolle über die Kür ihrer Kandidaten und Kandidatinnen einbüßen.

Die demographische Komponente

Demographie ist überraschungsfrei: Dass Ungeborene keine Kinder haben, ist nicht zu ändern. Daher zeichnete sich schon seit langem ab, dass bei dieser Bundestagswahl weniger Personen unter 30 Jahren wahlberechtigt sein würden als noch bei der Bundestagswahl 2017. Ebenfalls berechenbar war der hohe Anteil der Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre. Von den insgesamt etwas mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten sind ca. 23 Millionen (38 %) vor 1961 geboren. Deutlich kleiner dagegen die Zahl der Erstwählerinnen und Erstwähler: 2,8 Millionen Menschen nahmen am 26. September 2021 erstmals an einer Bundestagswahl teil, das entspricht einem Anteil von ca. 4,6 %. Bereits bei früheren Wahlen hatten sich die jungen Wählerinnen und Wähler häufiger für Bündnis 90/Die Grünen als für andere Parteien entschieden. Recht neu ist in dieser Gruppe hingegen der Trend zur Wahl der FDP: Laut *Infratest dimap* schnitten die Grünen und die FDP bei den Erstwählerinnen und -wählern jeweils mit einem Anteil von 23 % ab; in der etwas größeren Altersgruppe der unter 24-Jährigen hatten die Grünen die Nase vorn: 23 % versus 21 %. Diametral entgegengesetzt das Wahlverhalten der über 70-Jährigen, von denen ca. 38 % für die Unionsparteien und ca. 35 % für die SPD stimmten (vgl. Tagesschau 2021). Diese Daten scheinen die These zu bestätigen, dass Wahlverhalten vor allem ein Resultat von Generationenzugehörigkeit ist: Demnach unterscheiden sich die Mitglieder einer bestimmten Generation aufgrund ihrer spezifischen Sozialisationserfahrungen während des gesamten Lebens vom politischen Verhalten früher oder später Geborener. Diese Annahme stellt den Volksparteien eine düstere Zukunft in Aussicht. Sie konkurriert jedoch mit der These, Wahlverhalten korreliert mit bestimmten Lebensphasen und Einstellungen änderten sich im Laufe eines Lebens (vgl. Schmidt/Knipperts 2013). Dieser sogenannte Lebensphasenansatz umschreibt eine in Zeiten eines anderen Parteiensystems formulierte Alltagsbeobachtung: „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer mit 40 immer noch Sozialist ist, hat keinen Verstand.“ Schläge sich diese Volkswisheit in tatsächlichem Wahlverhalten nieder, dann könnten die Unionsparteien angesichts der steigenden Le-

benserwartung auch künftigen Wahlen recht entspannt entgegenblicken. Es ist jedoch fraglich, ob eine derartige altersspezifische Positionierung bei der sogenannten Konfliktlinie „Arbeit versus Kapital“ auch auf die neue „kulturelle“ Konfliktlinie übertragen werden kann, bei der ökologisch orientierte, sich weltoffen gebende „Kosmopoliten“ der Gruppe der sogenannten „Kommunitaristen“ gegenüberstehen (Merkel 2021, S. 4 f.). Letztere verfügen tendenziell über einen geringeren formalen Bildungsgrad, leben eher in strukturschwachen Regionen und setzen häufiger auf einen starken Nationalstaat, von dem sie Migrationskontrolle und sozialen Schutz erwarten.

Wechselwahlbereitschaft

Gänzlich unbestritten ist in der Wahlforschung ein anderer Sachverhalt: Die Jüngeren fühlen sich noch weniger als die Generationen ihrer Eltern oder Großeltern einer bestimmten Partei verbunden. Seit 1980 ist bei jeder neuen Kohorte von Wahlberechtigten die Parteibindung im Vergleich zur vorhergehenden Generation schwächer ausgeprägt. In der Folge werden weitere Parteien im freiheitlich-demokratischen Spektrum in die eigene Wahlentscheidung mit einbezogen. Mit Ausnahme der AfD-Gefolgschaft, die eher selten in Alternativen zu denken scheint (vgl. Neu/Pokorny 2021b, S. 57), bestehen alle Anhängerschaften inzwischen aus ca. drei Vierteln Wechselwählern. Demographisch bedingte Tendenz: steigend. Die Fluidität des „Wählermarktes“ (ebd., S. 53) wird den Parteien also auch bei künftigen Wahlen erhalten bleiben. Dass dieses Phänomen auf der Bundesebene erst 2021 so deutlich zum Tragen kam (vgl. Neu/Pokorny 2021a, S. 5), ist auch darauf zurückzuführen, dass die langjährige CDU-Parteivorsitzende (2000–2018) und Bundeskanzlerin (2005–2021) *Angela Merkel* für die Union besonders Wählerinnen mit grundsätzlich anderer Parteipräferenz mobilisieren konnte (vgl. Fuchs 2018, S. 41). Die innerhalb der Union ungeliebte „Sozialdemokratisierung“ der Union war für CDU und CSU also nicht nur mit Nachteilen verbunden (vgl. Oppelland 2019).

Wahlgeographie

Ein weiteres bei der letzten Bundestagswahl sichtbar zu Tage getretenes Phänomen ist die geographische Ausdifferenzierung: Die Wahlkarte hat sich wie schon bei früheren Wahlen unterschiedlich eingefärbt: Nimmt man die durch das Bundeswahlgesetz festgelegte Zahl der 299 Direktmandate als Bezugspunkt, zeigt sich eine Verteilung der in den Wahlkreisen von CDU/CSU (143), SPD (121), Bündnis 90/Die Grünen (16), AfD (16) und Linken (3) gewonnenen Man- →

date gemäß regionaler Hochburgen: Die Unionsparteien waren vor allem im Süden und in Teilen des Westens erfolgreich (jeweils mit grünen Einsprengseln). Dagegen erzielte die AfD ihre Erststimmenerfolge ausschließlich in Sachsen (10 von 16 Direktmandaten), Sachsen-Anhalt (2 von 9 Direktmandaten) sowie in Thüringen (4 von 8 Direktmandaten). Und während zum Beispiel das Wahlergebnis im Land Hessen relativ nah am Bundesergebnis liegt, sind die Abweichungen in fast allen ostdeutschen Ländern aber auch in den Stadtstaaten gravierend (vgl. John 2021, S. 6 ff.). Es wäre jedoch falsch, mit einem ausgeprägten Ost-West-Fokus auf das Wahlverhalten zu blicken: Auch die Stadt-Land-Dimension gewinnt an Bedeutung und zwar in der Kombination mit demographischen Kriterien (vgl. ebd., S. 9).

Die Jüngeren fühlen sich noch weniger als die Generationen ihrer Eltern oder Großeltern einer bestimmten Partei verbunden.

Farbenreiche Regierungsbildung

In Deutschland sind Koalitionen schon aufgrund des Verhältniswahlsystems der Normalfall. Die damit einhergehende Kontinuität bei der Regierungsbildung² bildet einen Stabilitätsfaktor bundesdeutscher Politik. Im Zuge von Wahlkampf und Regierungsbildung 2021 gelang der SPD ein Kunststück: Sie ließ die deutsche Öffentlichkeit beinahe vergessen, wie viele Jahre die Sozialdemokraten zwischen 1998 und 2021 an der Bundesregierung beteiligt waren: nämlich immerhin 19 (eine Ausnahme war die CDU/CSU/FDP-geführte Bundesregierung von 2009 bis 2013). Gleichzeitig gelang es aber dem SPD-Kanzlerkandidaten *Olaf Scholz*, seine Regierungserfahrung und die Parallelen zum Regierungsstil von *Angela Merkel* als womöglich ausschlaggebende Unterscheidungsmerkmale gegenüber der Kandidatin *Baerbock* und dem Kandidaten *Laschet* herauszustellen.

Es liegt an der ungewohnten, wenn auch nicht gänzlich neuen Dreierkonstellation (bereits 1949 und 1953 waren drei bzw. sogar vier Fraktionen für die Regierungsbildung

² Die nach der Bundestagswahl 1998 gebildete Bundesregierung von Gerhard Schröder (SPD) mit Bündnis 90 / Die Grünen war bislang die einzige Regierungsbildung, an der kein Koalitionspartner aus der direkten Vorgängerregierung beteiligt war.

erforderlich), dass erstmals die kleineren Partner zusammen mehr Mandate auf sich vereinigen als die Partei, die den Kanzler stellt: Der SPD-Bundestagsfraktion gehören 206 Abgeordnete an, Bündnis 90 / Die Grünen 118 Mandatsträger, und die FDP-Fraktion umfasst 92 Mitglieder. Die beiden kleineren Regierungspartner unterscheiden sich jedoch in ihren Ambitionen: Konkurrenz mit Blick auf die Führungsposition in Bund oder auf Landesebene besteht höchstens zwischen SPD und Grünen.

Handlungsfähigkeit der Ampel-Koalition

Die Aufgaben der neuen Bundesregierung sind gewaltig: Zunächst die Bewältigung der Pandemie und die Schwierigkeit, den einer freiheitlichen aber auch wehrhaften Demokratie angemessenen Umgang mit der wachsenden Radikalisierung in einem kleinen, aber sich lautstark zu Wort meldenden Teil der Gesellschaft zu bestimmen. Sodann die Dringlichkeit wirksamer Klimaschutzmaßnahmen und das Erfordernis, die Digitalisierung tatsächlich in die Ämter, die Unternehmen und die privaten Haushalte zu bringen. Und schließlich türmen sich vor den Ampelkoalitionären gefährliche außenpolitische Sachverhalte inklusive der Gefahr, sich in den Fallstricken ihrer widerspruchsvollen Energieaußenpolitik zu verheddern. Während die Außenpolitik tatsächlich in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes fällt, ist die Bundesregierung zur Umsetzung ihrer Vorhaben bei so wichtigen Aufgaben wie der Klima- und Gesundheitspolitik sowie bei der Verbesserung der (digitalen) Infrastruktur auf Länder und Kommunen angewiesen. Die Abhängigkeit des Zentralstaates von der subnationalen Ebene umfasst zwei Aspekte: Zum einen ist die Regierungsmehrheit im Bundestag zumindest beim zustimmungspflichtigen Teil der Gesetzgebungsvorhaben des Bundes (das sind ca. 40 % aller Bundesgesetze) auf die Mehrheit der Stimmen des Bundesrates angewiesen. Angesichts der Vielfalt der Koalitionsformen in den Ländern ist dies eine komplexe Verhandlungsaufgabe: Nur in den beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen bestand zum Jahresbeginn 2022 farblicher Gleichklang (rot-grün-rot). In den übrigen 14 Landesregierungen arbeiten lauter unterschiedlich zusammengesetzte Koalitionen (vgl. Abbildung 1).

Die Handlungsfähigkeit der neuen Bundesregierung wird aber nicht nur durch die parteipolitische Vielfalt der Landesregierungen gefordert. Hinzu kommt, dass jede Bundesregierung beim Vollzug ihrer (Reform-)Vorhaben durchgehend auf andere Akteure angewiesen ist: auf die Verwaltungen in den Ländern und Gemeinden. Dem Zentralstaat steht lediglich für einige wenige Bereiche (Aus-

wärtiger Dienst, Bundesfinanzverwaltung, Bundeswasserstraßen, Bundespolizei und Bundeswehrverwaltung) eine eigene Bundesverwaltung zur Verfügung. Mit Blick auf den im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommenden Fortschrittsoptimismus sind die Ampelkoalitionäre also nicht „nur“ auf den Mitgestaltungswillen der Unternehmen sowie eines Großteils der Bevölkerung angewiesen, sondern auch darauf, Beharrungskräfte in den diversen Ämtern und Verwaltungen zu überwinden (vgl. Bogumil 2021, S. 686).

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

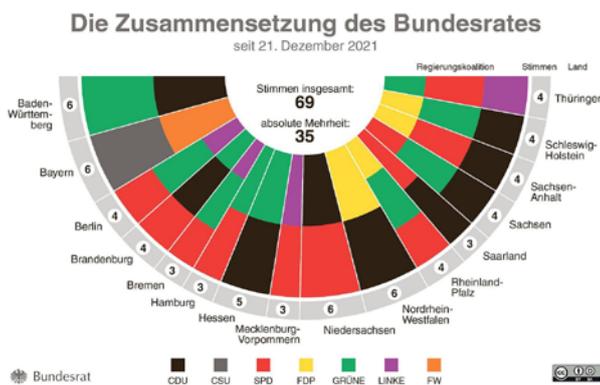


Abbildung 1: Sitzverteilung im Bundesrat seit Dezember 2021
www.bundesrat.de/DE/bundesrat/verteilung/verteilung-node.html

Zur Autorin



Dr. Ursula Münch ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München (derzeit beurlaubt) und Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. Föderalismus- und Parteienforschung, Politikfeldanalysen sowie Fragen der gesellschaftlichen Integration und der Auswirkungen der digitalen Transformation auf die Demokratie. Sie ist Mitglied im Hochschulrat der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitglied in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten, u. a. der Bundeszentrale für politische Bildung, des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der Universität Dresden und des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV).

U.Muench@apb-tutzing.de

Literatur

Alexander, Robin (2021): Machtverfall. Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik: Ein Report. München: Siedler (4. Auflage)

Bogumil, Jörg (2021): Artikel Öffentliche Verwaltung. In: Andersen, Uwe u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 680–689 (8. Auflage)

Fuchs, Gesine (2018): Wählen Frauen anders als Männer? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 42/2018, S. 37–44

John, Stefanie (2021): Analyse der Bundestagswahl 2021. In: böll. brief Demokratie & Gesellschaft, Heft 25, Berlin; www.boell.de/sites/default/files/2021-10/BTW21_Analyse.pdf?dimension1=division_demo

Merkel, Wolfgang (2021): Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 26–27/2021, S. 4–11

Münch, Ursula (2020): Erosion der politischen Mitte? Herausforderungen der Unionsparteien in den Zeiten post-pandemischer Krisenbewältigung. In: Lammert, Norbert (Hrsg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München: Siedler, S. 533–553

Münch, Ursula (2021): Niemand hat die Absicht, eine Programmparty zu werden. In: Der Hauptstadtbrief vom 14.03.2021; www.derhauptstadtbrief.de/niemand-hat-die-absicht-eine-programmparty-zu-werden

Neu, Viola / Pokorny, Sabine (2021a): Vermessung der Wähler-schaft vor der Bundestagswahl 2021. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung; www.kas.de/documents/252038/11055681/Vermessung+der+W%C3%A4hlerschaft+vor+der+Bundestagswahl+2021.pdf/a3352fb6-c2d2-f4ea-44f6-57853f88f78d?version=1.1&t=1626162245338

Neu, Viola / Pokorny, Sabine (2021b): Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung; www.kas.de/documents/252038/11055681/Wahlanalyse+der+Bundestagswahl+in+Deutschland+am+26.+September+2021.pdf/4c1304ff-0d60-f09e-5432-85b6e3a288f1?version=1.12&t=1636039641943

Oppelland, Thorsten (2019): Profilierungsdilemma einer Regierungspartei in einem fragmentierten Parteiensystem. Die CDU in der Regierung Merkel III. In: Zohlhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.): Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017. Wiesbaden: Springer VS, S. 63–85

Römmele, Andrea (2021): Konkurrenten um die Kanzlerschaft – Personalisierung im Kampf ums Kanzleramt 2021. In: Bürger & Staat. Bundestagswahl 2021, Heft 3–2021: Parteien, Trends und Themen am Ende der Ära Merkel. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 133–140

Schmidt, Carmen/Knipperts, Jan (2013): Politische Generationen, demographischer Wandel und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland: Schicksalsjahre des deutschen Parteiensystems? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2013, Heft 4, S. 872–891

Tagesschau (Hrsg.) (2021): Bundestagswahl 2021: Wen wählten Jüngere und Ältere? www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-alter.shtml

Kommunale Grenzziehungen des Antiziganismus

Oder: Was heißt institutioneller Antiziganismus?

Unter Schlagworten wie „Armutszuwanderung aus Südosteuropa“ entwickelte sich seit 2013 ein politischer Abwehrdiskurs in Bezug auf die EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien. Ausgehend von der These, dass es – als Gegenbewegung zum Abbau territorial-nationaler Grenzen innerhalb der Europäischen Union – zu neuen Praktiken kommunaler Grenzziehungen kommt, wurde am Institut für Didaktik der Demokratie an der Universität Hannover im Auftrag der Unabhängigen Kommission Antiziganismus ein Forschungsprojekt über Mechanismen des institutionellen Antiziganismus im urbanen Raum durchgeführt (2019–2020). von Tobias Neuburger

Das Analysekonzept institutioneller Antiziganismus: begriffliche und historische Überlegungen

Die Geschichte des Antiziganismus¹ verweist auf eine jahrhundertalte Tradition, die ihn als eigenständige *idée fixe* ausweist. Er ist allerdings nicht einfach nur eine Idee oder ein Bewusstseinsphänomen im Sinne der Vorurteils- und Stereotypenforschung, sondern artikuliert sich – im Sinne einer Einheit aus Wissen und Macht (vgl. Foucault 2008, S. 39) – auch in institutionellen Praktiken wie Ausgrenzung, Segregation oder Vertreibung. Eine solche Einheit aus antiziganistischen Wissensbeständen und differenzierenden Machtpraktiken bezeichnen wir als institutionellen Antiziganismus. Institutioneller Antiziganismus ist keineswegs ein neues Phänomen, sondern aus der Geschichte unter behördlichen Bezeichnungen wie „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ hinlänglich bekannt (vgl. Heuß 1996, S. 113).

¹ Eine einschlägige *longue durée* des Antiziganismus liegt bis heute nicht vor. Eine empfehlenswerte Einführung in die Sozialgeschichte der Sinti und Roma, die konsequent mit den kulturrassistischen Paradigmen der sogenannten Tsiganologie bricht, bietet Karola Fings (2016).

Der institutionelle Antiziganismus stellt, um es mit *Étienne Balibar* (1992, S. 53) auszudrücken, keine „lineare“, sondern vielmehr „eine singuläre Geschichte“ mit „Wendepunkten“ dar, die in ihren jeweiligen Artikulationsformen unterschiedliche historisch-politische Konstellationen „miteinander verbindet und von ihnen wiederum beeinflusst wird“. Für die Kritik des institutionellen Antiziganismus ist es daher notwendig, von der „Grundidee“ auszugehen, dass die „Mechanismen der Diskriminierung“ in „Organisationsstrukturen“ eingebettet und entsprechend die Analyse der „rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen“ (Gomolla 2005, S. 81) von entscheidender Bedeutung sind. In diesem Sinne hat auch *Mark Terkessidis* (1998, S. 79 f.) darauf verwiesen, dass der institutionelle Rassismus als ein Apparat von Wissen und Macht begreifbar ist, der „Andersheit produziert“, sich aber durch rechtliche und politische Institutionen verwirklicht, „deren gesellschaftliche Funktion nicht vorrangig in der Produktion von Andersheit besteht“.

Dieser Sachverhalt lässt sich für den Fall des institutionellen Antiziganismus am Beispiel der Entwicklung des modernen Systems der Armenfürsorge im 19. Jahrhundert veranschaulichen. Nachdem die Untertanen zu Staatsbürgern

mit individuellen Freiheitsrechten und als freizügigkeitsberechtigte Arbeitskräfte in den „Aufbau eines überörtlichen Arbeitsmarktes im gewerblich-industriellen Bereich“ (Tennstedt 1988, S. 67) eingebunden wurden, veränderten sich notwendigerweise auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Armenfürsorge. Diese war bis weit in das 19. Jahrhundert hinein „an den engen Verband der Ortsgemeinde als Heimat geknüpft“ (Sachße/Tennstedt 1991, S. 412). Dieses sogenannte Heimatprinzip war unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, das heißt der ökonomisch-industriell notwendigen „Mobilität von Arbeitskräften für die weitere Entwicklung des Kapitalismus“ (Hansen 2015, S. 91), nicht mehr zeitgemäß. So setzte sich allmählich in allen deutschen Ländern das preußische Modell des Unterstützungswohnsitzes durch. Für die Armenversorgung war nun nicht mehr die Heimatgemeinde zuständig, sondern die „Unterstützungsberechtigung“ wurde „von der Dauer der Niederlassung und wirtschaftlicher Tätigkeit an einem Ort“ (Sachße/Tennstedt 1991, S. 412) abhängig gemacht. Da die Armenfürsorge aber nach wie vor Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung blieb, war die Niederlassung ortsfremder Staatsbürger in einer Gemeinde – und damit auch der Erwerb einer Unterstützungsberechtigung – an den amtlichen Nachweis gebunden, dass diese in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Wem es nicht gelang, diesen Nachweis zu führen, war die Niederlassung faktisch verwehrt.

Für die deutschen Sinti und Roma war die Einführung des Unterstützungswohnsitzes strukturell gleichbedeutend mit der institutionellen (Re-)Produktion von Ausschluss, zwangsweiser Mobilität und sozialräumlicher Verdrängung (vgl. Opfermann 1997, S. 143 ff.). Obwohl die übergreifende, zentralstaatliche Handlungsmaxime der „modernen Zigeunerpolitik“ den Grundsätzen einer repressiven Assimilationspolitik folgte, waren die Gemeinden und Städte von dem Versuch getrieben, die Niederlassung von Sinti und Roma im eigenen Territorium zu unterbinden (vgl. Zimmermann 2007, S. 32 ff.). Den Hintergrund bildete die ökonomische Rationalität des kommunalen Systems der Armenfürsorge, das sich in der Praxis anschlussfähig für antiziganistische Diskurse erwies: Da Sinti und Roma als „heimatlos umherziehende und arbeitsscheue Parasiten“ stigmatisiert wurden, im Falle einer Verarmung die Unterstützung aber aus dem Gemeindehaushalt zu begleichen war, entwickelte sich die gesetzliche Neuregelung der Armenfürsorge zu einem Instrument der Ausgrenzung (vgl. Hansen 2015, S. 92). Die Ausschlussmechanismen und desintegrativen Effekte, die mit der Einführung des Unter-

stützungswohnsitzes verbunden waren, können entsprechend als institutioneller Antiziganismus begriffen werden. Inwiefern die gesetzliche Neuregelung der Armenfürsorge bereits von Anfang an intentional gegen Sinti und Roma gerichtet war oder nicht, ist hierfür letztlich nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, dass sich der Antiziganismus durch die Institution der Armenfürsorge, die als neutrales Instrument der Lastenverteilung verabschiedet worden war, verwirklichte – und so, im Sinne *Terkessidis'*, ein institutioneller Prozess der Produktion von Andersheit in Gang gesetzt wurde.



Foto: Rebecca Agnes, Amaro Drom e. V. <https://amarodrom.de/pressefotos-sichtbarkeit-politik>

Institutioneller Antiziganismus und wohlfahrtsstaatliche Grenzziehungen in der erweiterten Europäischen Union

Auch im sogenannten Armutszuwanderungsdiskurs, wie er spätestens seit 2013 nicht nur die politische Öffentlichkeit, sondern auch die kommunale Praxis strukturierte, werden vergleichbare Ausschlussmechanismen wirksam. Ausgehend von der These, dass es – als Gegenbewegung zum Abbau territorial-nationaler Grenzen innerhalb der Europäischen Union – zu neuen Praktiken kommunaler Grenzziehungen gegenüber einer ethnisierten EU-Binnenmigration rumänischer und bulgarischer Unionsbürger kommt, wurde am *Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover* ein Forschungsprojekt über Mechanismen des institutionellen Antiziganismus im urbanen Raum durchgeführt (vgl. Neuburger/Hinrichs 2021). In dieser Studie konnten – unter den veränderten historisch-politischen Konstellationen der erweiterten Europäischen Union – vergleichbare Exklusionsdynamiken beobachtet werden, wie sie bereits die kommunale Praxis →

gegenüber deutschen Sinti und Roma im 19. Jahrhundert kennzeichneten.

Während die institutionelle Exklusionsmechanik im Falle des Unterstützungswohnsitzes aus der Überlagerung von kommunaler Armenfürsorge und territorialer Freizügigkeit resultierte, artikuliert sich der entscheidende Sachverhalt gegenwärtig allerdings in der Überlagerung kommunal und nationalstaatlich organisierter sozialer Sicherungssysteme mit supranationaler EU-Freizügigkeit. Eine Analogie ist hierbei augenscheinlich: Wie bereits im 19. Jahrhundert auf nationalstaatlicher Ebene sind es auch heute – allerdings auf supranationaler Ebene eingeführte – Freizügigkeitsrechte, die wohlfahrtsstaatliche Grenzziehungspraktiken nach sich ziehen.



Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas Foto: AdB

Unter Rückgriff auf antiziganistische Wissensbestände etablierten sich in den kommunalen Verwaltungen einer Vielzahl deutscher Großstädte institutionelle Praktiken, die einerseits darauf abzielen, die ungewünschte Migration von Roma bereits im Vorfeld zu unterbinden und andererseits den sozialrechtlichen Ausschluss auszuweiten. Dreh- und Angelpunkt dieser Einheit aus Wissen und Macht ist – anknüpfend an die vier Grundfreiheiten der Europäischen Union (vgl. Schubert/Klein 2018) – die ökonomisch motivierte Unterscheidung erwünschter Formen der Zirkulation von Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen von unerwünschten Formen ihrer Zirkulation. Durch diese an die Grundfreiheiten anknüpfende institutionelle Unterscheidungspraxis verwirklicht sich ein antiziganistischer Macht-Wissen-Komplex. Tatsächlich hat sich diese ökonomisch motivierte Unterscheidungspraxis im Zuge der EU-Osterweiterung als Einfallstor eines neuen Antiziganismus erwiesen (vgl. u. a. End 2014), der sich insbesondere

im Gewand eines kulturellen Rassismus artikuliert. Unter Rückgriff auf medial zirkulierende und historisch tradierte Wissensbestände, werden „Armutszuwanderer aus Südosteuropa“ – ein verwaltungssprachliches Substitut für Roma – als in besonderer Weise kulturell rückständig, integrationsunfähig und ökonomisch unproduktiv stigmatisiert. In der kommunalen Praxis, so führte eine aus über zwanzig deutschen Großstädten zusammengesetzte Arbeitsgruppe des *Deutschen Städtetages* (2013, S. 5 f.) in einem vielbeachteten Positionspapier aus, würden an diesen Armutszuwanderern alle „bisherigen Integrationskonzepte“ scheitern, weshalb „neue Konzepte“ und „nachhaltige Maßnahmen zur Abwendung einer Zuwanderungswelle“ entwickelt werden müssten.

Wie sich dieser Diskurs in eine kommunale Praxis antiziganistisch begründeter Gefahrenabwehr übersetzte, hat der Autor dieses Beitrags gemeinsam mit *Christian Hinrichs* eingehend am Beispiel der Stadtverwaltung einer deutschen Großstadt rekonstruiert. Anhand von vier Untersuchungsbereichen (Funktionssysteme Wohnen/Unterbringung, Arbeit/soziale Absicherung, Bildung/Schule und Gesundheitsversorgung) konnte aufgezeigt werden, wie kommunale Behörden freizügigkeitsberechtigten aber unerwünschten Unionsbürgern mit großem Aufwand ihr Recht auf urbane Teilhabe faktisch verweigerten.

Unter Rückgriff auf antiziganistische Wissensbestände etablierten sich in den kommunalen Verwaltungen einer Vielzahl deutscher Großstädte institutionelle Praktiken, die einerseits darauf abzielen, die ungewünschte Migration von Roma bereits im Vorfeld zu unterbinden und andererseits den sozialrechtlichen Ausschluss auszuweiten.

Angstbesetzte Gefährdungsszenarien über eine unmittelbar bevorstehende Völkerwanderung, getragen von antiziganistischen Wissensbeständen über angeblich in besonderer Weise örtlich ungebundene und exzessiv mobile Roma, führten zunächst – wie es eine Leitungskraft aus

der Sozialverwaltung ausdrückte – zur Etablierung einer kommunalen „Unbequemlichkeitskultur“. ² Diese folgt der Logik eines interkommunalen Standortwettbewerbs und beabsichtigt mithilfe äußerst restriktiver Maßnahmen, Migrationsanreize in die eigene Kommune zu minimieren. Diese Programmatik, so führte es ein Stadtbezirksmanager aus, prägt als informelle Routine das behördliche Alltags-handeln: „Man spricht es nicht deutlich aus, aber dem Grunde nach ist es allen klar.“ ³ Und eine sozialarbeiterische Fachkraft fasst sie in folgende Worte: „(...) nicht nur: ‚Machen wir es ihnen nicht so gemütlich!‘, sondern: ‚Machen wir es ihnen so ungemütlich wie möglich!‘“ ⁴

Wie es anhand von über 70 Interviews mit Fach- und Führungskräften aus der kommunalen Praxis und der Analyse von prozessgenerierten Daten (behördeninternen Strategiepapieren, städtischen Drucksachen, mediale Berichterstattung) rekonstruiert werden konnte, wurde die institutionelle Diskriminierung von EU-binneneuropäischen Roma in einem schrittweisen Prozess über die Jahre ausgeweitet. Dieser Prozess besteht aus wechselseitig sich verstärkenden Grenzziehungs- und Ausschlusspraktiken: neben der Abwehr von Rechtsansprüchen, sozialräumlicher Verdrängung in die urbane Peripherie, systematischem Unterlassungshandeln und disziplinierenden Eindämmungspraktiken. ⁵ In ihrer kumulativen Wirkung erweisen sie sich als subtile Form einer Abwehr- und Vertreibungspolitik, die aus der Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus bestens bekannt ist.

Im Kern verweisen unsere Forschungsergebnisse auf völlig unangemessene institutionelle Routinen kommunaler Verwaltungen – während Handlungsspielräume, die soziale und rechtliche Teilhabe an der Stadtgesellschaft eröffnen könnten, systematisch zum Nachteil der Newcomer ausgelegt werden. Hierbei wird ein teils versteckter, teils offener antiziganistischer Gefahrendiskurs handlungsleitend, der nicht einfach nur darauf beruht die „unerwünschten Anderen als minderwertig“ zu disqualifizieren, „sondern vor allem“ darauf abzielt, sie „als rechtlos zu definieren“ (Bukow 2016, S. 324). Das ist die ernüchternde

- ² Interview B119: Leitungskraft der städtischen Sozialverwaltung. 19.12.2019, Z. 121
- ³ Interview B137b: Stadtbezirksmanager, 23.01.2020, Z. 934 f.
- ⁴ Interview B136: Leitungskraft eines freien Wohlfahrtsträgers. 24.01.2020, Z. 167 f.
- ⁵ Wesentliche Impulse für die empirische Rekonstruktion dieser institutionellen Machtpraktiken lieferte die in jeder Hinsicht wegweisende Studie von Giovanni Picker (2017) über Prozesse sozialräumlicher Segregation von Roma in Ost- und Westeuropa.

Quintessenz des institutionellen Antiziganismus, wie er sich im politischen und rechtlichen Kontext von Europäischer Union und EU-Freizügigkeit formiert.



Installation „Kinderstimmen“ zum internationalen Romatag am 8. April 2021 Foto: AdB

Ausblick und Perspektiven einer antiziganismuskritischen Bildung

Die in der Studie beleuchtete Mikrophysik des institutionellen Antiziganismus wirft viele neue Fragen nicht nur für die sozialwissenschaftliche Antiziganismusforschung auf. Sie erweitert oder ergänzt das klassische Paradigma der Stereotypen- und Vorurteilsforschung, die sich primär mit (individuellen) Bewusstseinsphänomenen und weniger mit sozialen Machtprozessen des Rassismus beschäftigt. Aus dieser Verschiebung des Blickwinkels resultieren auch für die politische Bildung und die Bildungsarbeit gegen Antiziganismus neue Herausforderungen. Seit einigen Jahren wird in den pädagogischen Fachdebatten verstärkt die Notwendigkeit rassismus-/antiziganismuskritischer Bildung formuliert. Sofern dies aber mehr sein soll als bloß ein neues Wort und Etikett für die althergebrachte vorurteilssensibilisierende Pädagogik, müssen machtkritische Rassismustheorien stärker als bisher zur Grundlage pädagogischer Praxis gemacht werden. Für die Kritik rassistischer Machtverhältnisse ist die Kritik von Vorurteilen und Stereotypen zwar nicht unerheblich – in ihrem Zentrum stehen aber nicht individuelle Bewusstseinsinhalte oder Einstellungsmuster, sondern Institutionenhandeln und damit verbundene Macht-Ohnmachtsverhältnisse. Kritische Selbstreflexion im Sinne antiziganismuskritischer Bildung müsste letztlich beides umfassen: individuelle Selbstaufklärung über möglicherweise unbewusste antiziganistische Bewusstseinsinhalte einerseits, als auch herrschaftskritische Selbstaufklä- →

rung über antiziganistische Ungleichheitsverhältnisse und rassifizierendes Institutionenhandeln andererseits.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zum Autor



Tobias Neuburger ist Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover und Lehrbeauftragter für soziologische Grundlagen im Fachbereich Soziale Arbeit an der Hochschule Hannover. Er forscht seit vielen Jahren schwerpunktmäßig zu Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus.

neuburger@idd.uni-hannover.de

Literatur

Balibar, Étienne (1992): Rassismus und Nationalismus. In: Ders. / Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument-Verlag, S. 49–84

Bukow, Wolf-Dietrich (2016): Ein modernisierter Rassismus als Wegbereiter eines urbanen Antiziganismus. In: Behrens, Melanie et al. (Hrsg.): Inclusive City. Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 323–349

Deutscher Städtetag (2013): Positionspapier. Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Berlin; www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publicationen/Positionspapier/Archiv/zuwanderung-rumaenien-bulgarien-positionspapier-2013.pdf (Zugriff: 02.11.2021)

End, Markus (2014): Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Fings, Karola (2016): Sinti und Roma. Geschichte einer Minderheit. München: Beck

Foucault, Michel (2008): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Gomolla, Mechthild (2005): Schulentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft. Strategien gegen institutionelle Diskriminierung. Münster: Waxmann

Hansen, Georg (2015): Die integrierten Deutschen und Andere. Zu den Mechanismen der Sicherung von Ausgrenzung. In: Baumann, Thomas (Hrsg.): Antiziganismus. Soziale und historische Dimensionen von „Zigeuner“-Stereotypen. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, S. 88–108

Heuß, Herbert (1996): Die Migration von Roma aus Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. In: Giere, Jacqueline (Hrsg.): Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils. Frankfurt am Main: Campus, S. 109–131

Neuburger, Tobias / Hinrichs, Christian (2021): Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Forschungsbericht für die Unabhängige Kommission Antiziganismus. Hannover: Leibniz Universität Hannover

Opfermann, Ulrich F. (1997): „Daß sie den Zigeuner-Habit ablegen“. Die Geschichte der „Zigeuner-Kolonien“ zwischen Wittgenstein und Westerwald. Frankfurt am Main: Peter Lang

Picker, Giovanni (2017): Racial Cities. Governance and the Segregation of Romani People in Urban Europe. London: Routledge

Sachße, Christoph / Tennstedt, Florian (1991): Armenfürsorge, soziale Fürsorge, Sozialarbeit. In: Berg, Christa (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 4: 1870–1918. München: Beck, S. 411–440

Schubert, Klaus / Klein, Martina (2011): Das Politiklexikon. Bonn: Dietz

Tennstedt, Florian (1988): Geschichte des Sozialrechts. In: Maydell, Bernd von / Ruland, Franz (Hrsg.): Sozialrechtshandbuch (SRH). Neuwied: Luchterhand, S. 66–113

Terkessidis, Mark (1998): Psychologie des Rassismus. Opladen: Westdeutscher Verlag

Zimmermann, Michael (2007): Zigeunerpolitik und Zigeunerdiskurse im Europa des 20. Jahrhunderts. In: Ders. (Hrsg.): Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts. Stuttgart: Steiner Verlag, S. 13–70

Civic Reflection

Überlegungen zu Werten, Entscheidungen und zivilgesellschaftlichem Engagement in polarisierenden Zeiten

Das Gesprächsinstrument „Civic Reflection“ wurde in den 1990er Jahren in den USA entwickelt, um Menschen zusammenzubringen und zum Nachdenken darüber anzuregen, wie und warum sie sich im öffentlichen Leben engagieren. In Zeiten politischer Spannungen ist Civic Reflection eine Technik, um Gemeinsamkeiten zu finden, Unterschiede zu verstehen und den*die Einzelnen zu ermutigen, das eigene bürgerschaftliche Engagement zu reflektieren. Es geht darum, Verbindungen und Verständnis zwischen den Teilnehmenden aufzubauen sowie individuelle Selbstreflexion und Lernen zu fördern. So bietet Civic Reflection Raum für Gespräche über Werte, Entscheidungen und die Bedürfnisse von Gruppen sowie die Rolle, die man für sich selbst in diesen Gruppen sieht. von Sarah Surak und Sandy Pope

Civic Reflection: Ursprünge und Entwicklung

Civic Reflection geht auf Gespräche zwischen dessen Gründerin *Elizabeth Lynn* und *Susan Wisely* (Lilly Endowment Stiftung) Mitte der 1990er Jahre zurück (vgl. Center for Civic Reflection 2021). Die beiden waren besorgt darüber, dass es zwar ein Bewusstsein für die zunehmende Bedeutung des philanthropischen Sektors in den USA für das Gedeihen aktiven bürgerlichen Lebens gab, dass dieses Bewusstsein aber nicht mit einer durchdachten Bewertung der zugrundeliegenden Werte einherging, die zur langfristigen Stärkung der Infrastruktur und Aktivitäten von Freiwilligenorganisationen erforderlich sind (vgl. ebd.). Der philanthropische Sektor spielt in den Vereinigten Staaten seit jeher eine wichtige Rolle und konzentrierte seine Bemühungen in der Vergangenheit auf einen oder mehrere der folgenden drei Bereiche: Philanthropische Spenden wurden als (1) Mittel zur Bereitstellung sozialer Hilfe angesehen, z. B. bei der Versorgung von Hungern mit Lebensmitteln, (2) zur Förderung persönlicher Verbesserungen, z. B. beim Bau neuer Schulen oder der Spende von Lehrmaterial, und (3) zur Förderung sozialer Reformen, z. B. in Fällen, in denen finanzielle Spenden für sozialpolitische Experimente verwendet werden (vgl. Lynn/

Wisely 2006). Im späten 20. Jahrhundert wandte sich die Philanthropie einem neuen, vierten Bereich zu, der sich auf den Aufbau sozialen Zusammenhalts und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements konzentrierte. Dieser Wandel setzt sich fort, wobei viele der heutigen Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements in den Vereinigten Staaten eher von gemeinnützigen Organisationen als von der Landes- oder Bundesregierung unterstützt werden. Der philanthropische Sektor stützt sich auf Freiwillige und Spenden, um politische Bildung und gesellschaftliches Engagement zu ermöglichen.

Lynn und andere entwickelten *Civic Reflection* im Rahmen des 1998 an der *Valparaiso University* gegründeten *Project for Civic Reflection*, um Gespräche darüber anzuregen, wie und warum sich Menschen engagieren. Aufgrund der jahrzehntelangen Arbeit des *Project for Civic Reflection* wird die Methode heute in vielen Bereichen, z. B. in dem staatlich geförderten Freiwilligendienst *AmeriCorps*, in gemeinnützigen Organisationen sowie in Bildungseinrichtungen eingesetzt. Im Jahr 2018 wurde das *Project for Civic Reflection* an das *Institute for Public Affairs and Civic Engagement (PACE)* an der *Salisbury University* (Maryland, USA) übertragen, wo es zum *Center for Civic Reflection* →

wurde. Heute bietet das Zentrum neben der eigenen Moderation von *Civic Reflection* auch Schulungen zur Methode an und beherbergt den entsprechenden nationalen Ressourcenkatalog für *Civic Reflection*.

Die Praxis und die formale Ausbildung für *Civic Reflection* ist eine kollektive Anstrengung, die seit ihren Anfängen in den 1990er Jahren von vielen Einzelpersonen beeinflusst wurde (vgl. Center for Civic Reflection 2021). Das Center for Civic Reflection ist derzeit der Knotenpunkt für Ressourcen und Schulungen, doch das Zentrum will sich die Methode nicht zu eigen machen. Das Ziel des Zentrums besteht darin, Schulungen sowie Beratung und Material für die Anwendung dieser Methode bereitzustellen. Da die Methode noch keiner umfassenden Bewertung unterzogen wurde (vgl. z. B. Levin/Davis 2010), koordiniert das Zentrum außerdem ein laufendes Forschungsprojekt zur Bewertung der Gespräche im Rahmen von *Civic Reflection* als Methode für Schulen, Kommunalverwaltungen sowie öffentliche und gemeinnützige Organisationen. Ziel ist es, die Wirkung dieser Gespräche besser zu verstehen und herauszufinden, wie die Methode an sich verändernde gesellschaftliche Umstände angepasst werden sollte und im heutigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Klima relevant bleiben kann.

Die Methode der Civic Reflection

Civic Reflection lädt Menschen mit gemeinsamen Interessen oder Verbindungen zu einem moderierten Gespräch ein, um über gesellschaftliches Engagement und soziale Beziehungen nachzudenken. Dazu sind drei Dinge erforderlich: (1) eine Gruppe von Menschen, (2) eine „Quelle“, in der Regel ein Text wie z. B. ein Gedicht, und (3) ein gemeinsames gesellschaftliches Interesse oder Ziel. Alle drei Elemente sind für die Methode konstitutiv: Erst durch ihre zielgerichtete Kombination entfalten *Civic Reflections* ihre Wirkung.

Das erste Element einer *Civic Reflection* ist die Gruppe von Menschen, die daran teilnimmt. Die einzige Voraussetzung für diese Gruppe ist, dass sie etwas gemeinsam hat. Sie könnte zum Beispiel in einem Viertel leben, das mit demografischen Veränderungen konfrontiert ist, die von langjährigen Bewohner*innen als problematisch empfunden werden. Es könnte sich auch um eine Gruppe von Studierenden handeln, die sich in der gleichen Organisation für den lokalen Umweltschutz einsetzen. In beiden Beispielen gibt es ein gemeinsames Element, das die Menschen miteinander verbindet. Diese Gemeinsamkeiten bestimmen das Thema oder die „großen Fragen“ der Re-

flexion. Die Nachbarschaftsgruppe könnte sich mit dem Thema Identität und Gemeinschaft befassen, während die Studierenden in der Umweltorganisation das Thema Konfliktmanagement aufgreifen könnten, weil persönliche Konflikte innerhalb der Gruppe ihre Arbeit in den letzten Jahren behindert haben. Das Gesprächsthema muss sich nicht auf einen bestimmten Vorfall beziehen. Die Umweltorganisation kann sich zum Beispiel auch darauf konzentrieren, zu verstehen, wie jedes Mitglied die Bedeutung des Umweltschutzes interpretiert.

Civic Reflection lädt Menschen mit gemeinsamen Interessen oder Verbindungen zu einem moderierten Gespräch ein, um über gesellschaftliches Engagement und soziale Beziehungen nachzudenken.

Der Gesprächsleiter wählt eine zum Thema passende „Quelle“ aus, in der Regel ein geschriebener Text, z. B. ein Gedicht oder eine Kurzgeschichte. In den letzten Jahren wurden auch andere Arten von Quellen verwendet, darunter Bilder (z. B. Gemälde und Fotos) und kurze Videos. Auch wenn sich das Format der Quellen im Zuge der technologischen Entwicklungen ständig weiterentwickelt, ist die Art der Quelle für die Reflexion von wesentlicher Bedeutung. Die Quellen sollten eher eine offene Diskussion ermöglichen als eine bestimmte Sichtweise vorgeben. Gedichte, Kurzgeschichten oder kurze philosophische Texte eignen sich am besten für ergebnisoffene Diskussionen, da ihre Bedeutung und Relevanz umstritten sind und die Interpretationen von dem Moment beeinflusst werden, in dem das Gespräch stattfindet (vgl. Davis 2009, S. 13). Der Zweck von *Civic Reflection* besteht gerade darin, dass eine Gruppe von Menschen ein Gespräch führt, das noch nie zuvor stattgefunden hat und das nur mit den Teilnehmer*innen in der Gruppe stattfinden kann. Dies lässt sich am besten mit einer Quelle erreichen, die Raum für Interpretationen lässt. Populäre Texte, Gedichte, die man typischerweise in der Schule kennenlernt, und Fachliteratur werden daher explizit vermieden.

Schließlich muss dann ein Bezug zwischen dem Gespräch und dem Alltag der Gesprächsteilnehmenden hergestellt werden, damit aus einer akademischen Interpreta-

tion oder einer Lesegruppe auch tatsächlich eine Reflexion wird, die die Werte der Gruppe und der einzelnen Teilnehmenden in den Blick nimmt.

Der*die Moderator*in führt die Gruppe durch ein Gespräch, das drei Phasen umfasst, die durch verschiedene Arten von Diskussionsfragen angeregt werden. Nach der Erläuterung der „Hoffnungen und Erwartungen“ oder „Grundregeln“ für das Gespräch sowie einer Eröffnungsaktivität geht die Gruppe zur Diskussion der Quelle über. Der Text wird laut vorgelesen, während die Teilnehmer*innen auf einem eigenen Exemplar mitlesen. Die Moderation ermutigt die Teilnehmenden, für sie interessante oder verwirrende Passagen zu benennen. Die Teilnehmenden haben dann Zeit, den Text noch einmal im Stillen zu lesen, bevor die Moderation die Diskussion zunächst mit klärenden Fragen beginnt, um sicherzustellen, dass jede*r im Raum die wichtigsten Aspekte der Geschichte oder des Gedichts versteht. Klärende Fragen nehmen Ängste vor der Teilnahme und machen deutlich, dass es sich nicht um ein akademisches Gespräch handelt, bei dem es darum geht, die „richtige“ oder „wahre“ Interpretation der Quelle zu finden. Es ist auch wichtig, Begriffe zu klären, die Gruppenmitglieder möglicherweise nicht kennen, da nicht alle den gleichen Hintergrund und die gleichen Erfahrungen haben. Obwohl es in jeder Gruppe soziale Unterschiede gibt und diese benannt werden sollten, sollte die Moderation diese Unterschiede nach Möglichkeit ausgleichen. Die Fragen stellen also auch sicher, dass die Gruppenmitglieder ein gemeinsames und zugleich breites Verständnis der Quelle entwickeln.

Anschließend werden die Teilnehmenden dazu angeregt, die Bedeutung der Quelle zu diskutieren. Mit gezielten Fragen versucht der*die Moderator*in dabei, ein Gespräch zwischen den Teilnehmenden anzuregen, das unterschiedliche Perspektiven und Auslegungen innerhalb der Gruppe aufzeigt. Die Teilnehmenden tauschen ihre Meinungen über die im Text vorkommenden Personen und Formulierungen aus. Alles was gesagt wird, muss sich explizit auf den vorliegenden Text beziehen. Diese Technik entpersonalisiert die Konversation, was *Civic Reflection* auszeichnet (vgl. Davis 2009, S. 19). Indem sie sich auf den vorliegenden Text konzentrieren, beginnen die Teilnehmenden, sich im Gespräch expliziter auf das gesamtgesellschaftliche Leben zu beziehen. Anstatt also direkt mit persönlichen Berichten zu einem Thema in die Diskussion einzusteigen, können Gesprächsteilnehmende stattdessen die Quelle heranziehen, um darüber zu sprechen, inwiefern Darstellungen im Text mit bestimmten Erfahrungen über-

einstimmen, die sie selbst gemacht haben. Dies fördert die Empathie in der Gruppe, da ein gemeinsamer Bezugspunkt – die Quelle – verwendet wird, der mehrere Interpretationen zulässt, anstatt Anekdoten zu erzählen, die den Interpretationsrahmen auf den des Sprechers beschränken.



TECE-Event in Weimar im Herbst 2021 Foto: Sarah Surak

Zum Schluss hilft der*die Moderator*in der Gruppe, Schlussfolgerungen aus dem Gespräch zu ziehen. Fragen fordern die Teilnehmenden auf, über die Quelle hinauszugehen und zu überlegen, wie die in der Quelle vorkommenden Themen mit ihrer Arbeit oder ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement zusammenhängen. Hier stellen die Teilnehmenden eine Verbindung zu ihren eigenen Erfahrungen oder ihrem Verständnis von zivilgesellschaftlicher Teilhabe her. Die Mitglieder der Nachbarschaft, die mit dem demografischen Wandel konfrontiert sind, können die Erfahrung einer Person, die durch eine neue Situation herausgefordert wird, mit einer Situation in Verbindung bringen, die sie selbst erlebt haben. Die Mitglieder der Umweltorganisation können besser verstehen, warum ihre Kollegen ihre Arbeit oder persönliche Konflikte anders angehen. Die Rolle der Moderation besteht darin, das Gespräch durch diese drei Fragenkomplexe zu leiten und gleichzeitig den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, das Gespräch für sich selbst sinnvoll zu gestalten.

Civic Reflection im aktuellen Kontext

COVID-19 schafft sowohl Hindernisse als auch neue Möglichkeiten für *Civic Reflection*. Seit März 2020 werden alle Moderator*innenschulungen online durchgeführt. Remote-Schulungen ermöglichen es so auch Gruppen mit begrenzten Ressourcen oder außerhalb der USA, die Anleitung einer *Civic Reflection* zu erlernen. *Civic Reflections* können auch online durchgeführt werden, die Autoren →

dieses Beitrags sind jedoch der Meinung, dass persönliche Gespräche am besten geeignet sind, einen offenen und einladenden Raum zu schaffen, in dem die Teilnehmenden die physischen und verbalen Signale des Moderators und der anderen Teilnehmer*innen besser wahrnehmen können. Ob virtuell oder persönlich, die Ziele der *Civic Reflections* bleiben dieselben: die Förderung tiefgreifender Gespräche darüber, wie und warum Einzelpersonen und Gruppen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen bzw. sollten (vgl. Davis 2009). Es ist wichtig zu betonen, dass *Civic Reflection* nicht immer zu einer Einigung auf ein Thema oder zu konkreten Aktionsplänen zu einem bestimmten Thema führt. Vielmehr ermöglicht die Methode es den Menschen, in Zeiten zunehmender Spaltung gemeinsame Erfahrungen zu machen und abweichende Meinungen zu verstehen. Es ist auch eine Möglichkeit für Menschen, über ihre Arbeit und Beweggründe nachzudenken. *Civic Reflections* sind deliberative Instrumente, die positive Effekte auf demokratische Diskurse haben können (vgl. Searing et al. 2007).

Die Methode der Civic Reflection ist nicht urheberrechtlich geschützt; Ziel des Zentrums ist es vielmehr, diese Gesprächsstrategie zur Reflexion der eigenen zivilgesellschaftlichen Rolle und Verantwortung zu fördern und kollaborativ weiterzuentwickeln.

Das *Center for Civic Reflection* ist ständig auf der Suche nach neuen Partnerschaften und Möglichkeiten, die Methode der zivilgesellschaftlichen Reflexion mit Organisationen auf der ganzen Welt zu teilen. Die Methode der *Civic Reflection* ist nicht urheberrechtlich geschützt; Ziel des Zentrums ist es vielmehr, diese Gesprächsstrategie zur Reflexion der eigenen zivilgesellschaftlichen Rolle und Verantwortung zu fördern und kollaborativ weiterzuentwickeln. Die Mitarbeitenden des Centers bieten Beratung zur Methode an, geben Hilfestellung bei der Auswahl und Vorbereitung von Reflexionsmaterialien und entwickeln maßgeschneiderte Schulungs- und andere Unterstützungssysteme für Interessierte.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zur Autorin / zum Autor



Dr. Sarah M. Surak ist Associate Professor of Political Science und PACE Fellow an der Salisbury University in Salisbury, Maryland. Ihre interdisziplinäre Forschung umfasst die Themen bürgerschaftliches Engagement, „Discard Studies“, Umweltpolitik und kritische Theorie. Von 2015 bis 2020 war sie Co-Direktorin des Institute for Public Affairs and Civic Engagement der Salisbury University, wo sie nun als Senior Fellow tätig ist.

SMSURAK@salisbury.edu



Dr. Alexander „Sandy“ Pope IV ist Associate Professor of Social Studies Education und Direktor des Institute for Public Affairs and Civic Engagement (PACE) an der Salisbury University. Sein Buch „Becoming a Holocaust Educator: Purposeful Pedagogy through Inquiry“, ist bei Teachers College Press und dem National Writing Project erhältlich.

AXPOPE@salisbury.edu

Literatur

Carothers, Thomas / O’Donohue, Andrew (Eds.) (2019): Democracies divided: The global challenge of political polarization. Washington, DC: Brookings Institution Press

Center for Civic Reflection (2021): History. Center for Civic Reflection; www.civicreflection.org/about/history (Zugriff: 07.01.2022)

Davis, Adam (2009): Civic reflection discussions: A handbook for facilitators. Chicago, IL: Project on Civic Reflection

Levin, Amy / Davis, Phoebe Stein (2010): „Good Readers Make Good Doctors“: Community Readings and the Health of the Community. In: PMLA / Publications of the Modern Language Association of America, 125(2), pp. 426–436

Lynn, Elizabeth / Wisely, Susan (2006): Four traditions of philanthropy. In: Davis, Adam / Lynn, Elizabeth (Eds.): The Civically Engaged Reader. Great Books Foundation; www.lwhsphilanthropy.com/uploads/2/5/5/7/25575416/four_traditions_of_philanthropy.pdf (Zugriff: 07.01.2022)

Searing, Donald D. / Solt, Frederick / Conover, Pamela Johnston / Crewe, Ivor M. (2007): Public discussion in the deliberative system: Does it make better citizens? In: British Journal of Political Science, 37(4), pp. 587–618

Was WEISS ich?

Diskussionsbeitrag zum AdB-Positionspapier

In der Ausgabe 4/2021 der „Außerschulischen Bildung“ hat sich Christian Hesse, pädagogischer Mitarbeiter in der Akademie Biggese, eine Mitgliedseinrichtung des AdB, kritisch mit dem AdB-Jahresthema 2021 „Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung“ sowie mit dem in diesem Kontext veröffentlichten gleichnamigen Positionspapier auseinandergesetzt. Mit dem folgenden Beitrag reagiert Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, auf die angeführten Kritikpunkte. von Ina Bielenberg

In seinem Beitrag kritisiert *Christian Hesse* die mit „polarisierter Schärfe“ (Hesse 2021, S. 53) geführte gesellschaftliche Debatte, die sich seiner Ansicht nach auch im AdB-Jahresthema widerspiegelt, er bemängelt die Vereinfachung der tatsächlichen Komplexität und Vielfältigkeit des Themas und problematisiert eine moralisch aufgeladene Debatte, die subjektiv empfundene Benachteiligungen mit „objektiven Benachteiligungen“ wie Einkommensunterschieden gleichsetzt (ebd., S. 55).

Zunächst einmal: Jahresthema und Positionspapier¹ sollen nicht nur die Einstellung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* zum gewählten Thema deutlich machen, sondern sie haben die Aufgabe, das Thema in den Verband, in die politische Bildung zu tragen. Sie sollen zur Diskussion anregen und die Auseinandersetzung mit dem Inhalt befördern. Dazu gehört selbstverständlich auch die Kontroverse, gehört Widerspruch, dazu kann auch begründete Ablehnung gehören wie in diesem Fall. Argument und Gegenargument, Rede und Gegenrede, Austausch und Diskurs sind der Kern politischer Bildung. Wir sind also im Gespräch! Das ist

gut und daher erlaube ich mir im Folgenden, auf den Beitrag von *Christian Hesse* zu reagieren.

Das AdB-Positionspapier ist ein Papier der Mitglieder

Ich fange mit dem Schluss des Beitrags an, da dort ein für den Verband durchaus schwerwiegender Vorwurf formuliert ist. Dort heißt es: „Das eigentliche Problem liegt darin, dass der AdB aus meiner Sicht eine Grenze von der (auch durchaus wertebundenen) politischen Bildung zum politischen Aktivismus überschreitet, wenn er diesen (seinen Standpunkt, i.B.) als Faktum darstellt und von seinen Mitgliedern als handlungsleitend einfordert. Auch vor dem Hintergrund des Kontroversitätsgebots halte ich diese Fokussierung für bedenklich.“ (Ebd. S. 56)

Der Vorwurf suggeriert, „der“ AdB (wobei an dieser Stelle zunächst geklärt werden müsste, wer mit „der“ AdB gemeint ist. Der Vorstand? Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle? Die Fachkommissionen?) würde ein Papier verfassen, das dann den Mitgliedseinrichtungen – quasi von oben – als handlungsleitende Maxime zur verbindlichen Umsetzung mit auf den Weg gegeben wird. Das entspricht in keiner Weise dem Vorgehen des AdB. Daher sei an dieser Stelle noch einmal erinnert, wie ein Thema und ein Positionspapier zustande kommen: →

¹ www.adb.de/stellungnahme/was-weiss-ich-rassismuskritisch-denken-lernen

Alle Mitglieder des Verbandes sind zunächst im Rahmen der Mitgliederversammlung und aller Kommissionsitzungen gebeten, Vorschläge für das nächste Jahresthema zu machen. Ausnahmslos alle Vorschläge werden von der Geschäftsstelle gesammelt und in den ersten Vorstandssitzungen eines Jahres diskutiert. Die Mitglieder des Vorstands entscheiden sich dann für einen Themenvorschlag. Grundlage für diese Entscheidung sind Fragen nach gesellschaftlicher und politischer Aktualität des Themas, Fragen nach der Bedeutung für den Fachdiskurs sowie nach einer ausreichend vorhandenen Breite und Tiefe des Themenvorschlags, um für alle Mitglieder relevant und umsetzbar zu sein. Das Positionspapier selbst entsteht in einem partizipativen Prozess, an dem sich alle Mitglieder bzw. alle Mitarbeitenden in den Mitgliedereinrichtungen beteiligen könnten. Ein erster Entwurf des Papiers, meist ein Strukturierungsvorschlag, unterlegt mit ersten Stichworten, wird Wochen vor der Mitgliederversammlung online gestellt, eine Information dazu per Mail versandt. Bis kurz vor der Mitgliederversammlung haben alle die Möglichkeit, ihre Gedanken, Ideen und Vorschläge in den Entwurf einzutragen. Der so angereicherte Entwurf wird dann von Vorstand und Geschäftsstelle bearbeitet, in eine lesbare Form gebracht und vor der Versammlung erneut online zur Verfügung gestellt. Während der Mitgliederversammlung wird dann der bis dahin entstandene Text erneut diskutiert. Wer schon einmal dabei war weiß, dass hier im konstruktiven Streit teilweise sehr lange und manches Mal auch bis zum zweiten Tag der Veranstaltung über Inhalte und Formulierungen gerungen wird, bis dann schlussendlich über den Entwurf abgestimmt wird, der bisher immer mit allergrößter Mehrheit von der Versammlung verabschiedet wurde. Es handelt sich also mitnichten um das Aufoktroieren eines Standpunktes, sondern um die Positionierung der Mitglieder selbst. Die im Papier formulierten Forderungen sind die Forderungen der Mitglieder an sich selbst, alles andere würde dem Selbstverständnis des AdB auch widersprechen.

Positionierung gegen Rassismus ist kein Aktivismus

Auch den Vorwurf der Überschreitung der Grenze zum politischen Aktivismus vermag ich nicht zu erkennen. Die Akteure politischer Bildung werden im Papier aufgerufen,

- „eine selbstkritische Analyse der eigenen Arbeit und Strukturen vorzunehmen“

In der Ausgabe 4/2022 der *Außerschulischen Bildung* hat *Anja Dargatz*, Leiterin des *Fritz-Erler-Forums*, in ihrem Beitrag Fragen formuliert, die sich so oder in ähnlicher

Form jedem Bildner und jeder Bildnerin stellen, unter anderem diese Fragen: „Bin ich besonders nett zu Menschen, von denen ich glaube wahrzunehmen, dass sie aufgrund ihres Aussehens von der Mehrheit im Seminar ausgeschlossen werden? Ist das dann ‚besonders nett‘, diskriminierend oder einfach sehr kompliziert gedacht? Suche ich als Referentin gezielt einen Menschen of Color, damit meine Veranstaltung diverser wird? Aber darf das Aussehen ein Kriterium sein?“ (Dargatz 2021, S. 50)

Leicht zu beantworten sind diese Fragen ganz bestimmt nicht, im Gegenteil, sich ihnen zu stellen ist anstrengend und fordernd und sie zeigen einem oft genug die eigenen Grenzen auf. Sich mit solchen Fragen aber immer wieder selbst kritisch zu hinterfragen, Inhalte, Angebote, Formate zu prüfen, auch und gerade im Hinblick auf Formen möglicher Diskriminierung, sollte Alltag in den Einrichtungen der politischen Bildung sein. Denn, und da stimme ich mit *Christian Hesse* überein, die Problematik ist ungeheuer komplex und die Herausforderung mehr als groß. Wo und wie also beginnen? „Die Antwort mag vielleicht banal erscheinen, aber sie lautet: zuerst und vor allem bei sich selbst. Kritik ist immer zuerst auch Selbstkritik.“ – So lautet die kluge Antwort von *Thomas Gill*, Leiter der *Berliner Landeszentrale für politische Bildung*, die er in seinem Beitrag zur Thematik gibt (2021, S. 24) und die sich auch in der genannten Forderung des Positionspapiers spiegelt.

- „Räume für rassismuskritische Bildung zur Verfügung zu stellen“

ist eine weitere Forderung im Papier. Wenn wir rassismuskritische Bildung als eine Aufgabe politischer Bildung anerkennen, und daran hat ja auch *Christian Hesse* keinen Zweifel, dann braucht es auch die entsprechenden Inhalte und Angebote. Wir kommen aber selbst und als Profession keinen Schritt weiter, wenn die Einbeziehung bisher marginalisierter Perspektiven nicht zentraler Bestandteil einer rassismuskritischen politischen Bildung werden. D. h., rassistische Diskriminierungen können nicht allein aus der Perspektive derjenigen thematisiert und bearbeitet werden, die solche Diskriminierungen gar nicht erfahren. Die Perspektiven der von Rassismus Betroffenen muss sich in den Angeboten deutlich wiederfinden. Warum sollten diese sich sonst auch von den Angeboten angesprochen fühlen? Und das sollte ein Ziel sein, wenn die dritte Forderung

- „Diversität sichtbar machen“

Realität werden soll. Unser eigener Anspruch als politische Bildner*innen sowie unsere öffentliche Förderung verpflichten uns, Gesellschaft insgesamt abzubilden und einzubeziehen, also auch gesellschaftliche Diversität sichtbar zu machen. Dieser Anspruch gilt im Hinblick auf die Ansprache und das Erreichen einer diversen Teilnehmerschaft, er gilt aber auch im Hinblick auf die Zusammensetzung unser Mitarbeitendenteams, er gilt für die Auswahl unserer Themen und Inhalte, die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit sowie unsere Kommunikation nach innen und außen.



Diversität sichtbar machen Foto: AdB

- „Sich deutlich zu positionieren“

Möglicherweise ist dieser Punkt im Positionspapier der Stein des „Aktivismus-Anstoßes“, der aber schnell entkräftet werden kann. Sich zu positionieren bedeutet hier, sich gegen Rassismus zu positionieren. Das ist keine Verletzung des Kontroversitätsgebotes, sondern gebotene Notwendigkeit. Politische Bildung ist nicht neutral. Ihre normative Orientierung bilden die demokratischen Grundwerte, die Menschenrechte und ihre grundrechtlichen Konkretisierungen. Dieser normative Kern ist nicht vereinbar mit Rassismus, was bedeutet, dass politische Bildung die Widerständigkeit gegen menschenfeindliche Haltungen, gegen Rassismus, gegen jede Ideologie der Ungleichheit sowie gegen antidemokratische Einstellungen fördert und fördern muss und dass dies in der Haltung der politischen Bildner*innen zum Ausdruck kommen muss. Zu diesem Schluss kommt im Übrigen auch die Expertenkommission zum 16. Kinder- und Jugendbericht und formuliert praxisnah: „Nichts ist in einem solchen Zusammenhang schädlicher als Bildungspersonal mit indifferenter Haltung.“ (BMFSFJ 2020, S. 42)

Überhitzte Debatte oder notwendige Auseinandersetzung?

Aber hat *Christian Hesse* nicht Recht, wenn er die Eingangsfrage des Jahresthemas „Was WEISS ich?“ kritisiert? Machen wir damit nicht wieder ein oder eher sogar zwei Schubladen auf, in die wir alle einsortieren? Und weist der Titel nicht eher auf eine moralische Auseinandersetzung denn auf eine professionell fachliche?

Politische Bildung ist nicht neutral. Ihre normative Orientierung bilden die demokratischen Grundwerte, die Menschenrechte und ihre grundrechtlichen Konkretisierungen.

Wenn das die Intention des Jahresthemas gewesen wäre, würde ich dem Autor Recht geben. Aber nein, es geht nicht um Moral. Es geht um Anerkennung, um Wertschätzung, um Respekt, es geht um Menschenrechte. „Critical Whiteness“, so beschreibt es *Anja Dargatz*, „ist die kritische Auseinandersetzung mit der Figur des Weißen als norm-stiftend.“ (2021, S. 50) Menschen, die als nicht-weiß wahrgenommen werden, werden als „anders“ wahrgenommen, und mit diesem Anderssein ist eine gesellschaftliche Hierarchisierung verbunden. Und daraus erwachsen Privilegien: nicht rassistisch diskriminiert zu werden, bei der Job- und Wohnungssuche bevorzugt zu werden, in bestimmten Gegenden keine Angst haben zu müssen und andere mehr. Dass auch andere gesellschaftliche Gruppen – Frauen, Kinder, behinderte Menschen, non-binäre Personen u. a. – ebenfalls Diskriminierungen erfahren und benachteiligt werden, wird damit selbstverständlich nicht negiert, noch stellt es einen Widerspruch dar.

Aber noch einmal: Heizen wir mit dem AdB-Jahresthema nicht eine Debatte an, die keine weitere Hitze mehr verträgt? „Nicht rassistische Einstellungen nehmen zu, sondern die Sensibilität gegenüber diesen.“ So schreibt *Christian Hesse* und verweist darauf, dass nirgendwo sonst auf der Welt Rassismus weniger akzeptiert ist als in der „sogenannten westlichen Welt“ (2021, S. 54).

Wenn die Sensibilität gegenüber Rassismus wirklich gewachsen wäre, wäre das eine mehr als begrüßenswerte Entwicklung. Ich bin da skeptischer als der Autor. In der Studie „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demo- →

kratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21“ von *Andreas Zick* und *Beate Küpper* (2021) stimmen der Aussage „Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus in Deutschland die Rede ist“ 18,4% ganz oder eher zu und 50% geben die Antwort teils/teils oder eher nicht. Nur rund ein Drittel der Befragten stimmen der Aussage überhaupt nicht zu. So wirklich sensibel scheint mir diese Haltung nicht zu sein, meines Erachtens bringt sie eher zum Ausdruck, dass die meisten Menschen sich nicht so recht mit der Thematik beschäftigen wollen, weil, wie oben schon ausgeführt, das Thema schwierig, unangenehm, fordernd ist, da hält man sich lieber raus. Aber kann man Rassismus „neutral“ gegenüberstehen? Eine rhetorische Frage. Nein, das kann man nicht, und schon gar nicht in der politischen Bildung. Bei Rassismus geht es immer auch um Fragen von Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Und das sind die zentralen Kategorien von Politik, an denen sich – um die Notwendigkeit der Beschäftigung der politischen Bildung mit Rassismus auch professionsspezifisch und fachlich zu begründen – die Inhalte politischer Bildung zu orientieren haben.

Bei Rassismus geht es immer auch um Fragen von Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Und das sind die zentralen Kategorien von Politik, an denen sich – um die Notwendigkeit der Beschäftigung der politischen Bildung mit Rassismus auch professionsspezifisch und fachlich zu begründen – die Inhalte politischer Bildung zu orientieren haben.

Womit ich in jedem Fall mit *Christian Hesse* übereinstimme, so verstehe ich sein Anliegen, ist sein Plädoyer, Positionen nicht absolut zu setzen, nicht moralisierend zu argumentieren und nicht Meinung mit Wissen zu verwechseln. Politische Bildung – und zugespitzte Jahresthemen! – können genau dabei helfen, sich fundiert auseinanderzusetzen, können helfen, in den Austausch zu kommen und im Gespräch zu bleiben. Die Polarisierung der aktuellen

Debatte, da schließe ich mich dem Fazit von *Thomas Gill* an, ist gleichzeitig Herausforderung und Chance für die politische Bildung: „Letztendlich geht es darum, Menschen bei der Neuverhandlung der Frage einzubeziehen, wie wir künftig zusammenleben wollen.“ (2021, S. 25) Und diese Neuverhandlung wird nur gelingen, wenn wir alle einbeziehen, wenn wir im Gespräch bleiben und die schwierigen und herausfordernden Fragen nicht aussparen, sondern klären.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zur Autorin



Ina Bielenberg hat Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften studiert (M.A.). Von 1992 bis 2006 war sie in der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) tätig, zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin und später als stellvertretende Geschäftsführerin. Seit 2007 ist sie Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

bielenberg@adb.de

Literatur

BMFSFJ (Hrsg.) (2020): Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter; www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238 (Zugriff: 23.01.2022)

Dargatz, Anja (2021): Kritisch Weiß-Sein in der Politischen Bildung. Überlegungen aus dem privilegierten „Wir“ heraus. In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Ausgabe 4/2022, S. 50–52

Gill, Thomas (2021): Die geforderte politische Bildung. Einige Schlussfolgerungen aus den aktuellen Debatten um Sprache, Sichtbarkeit und strukturellem Rassismus. In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Ausgabe 4/2022, S. 20–26

Hesse, Christian (2021): Schwarz-Weiß-Denken. Kritische Anmerkungen zum AdB-Jahresthema 2021. In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Ausgabe 4/2022, S. 53–56

Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz-Verlag

Die Kolonialität der Macht

Erinnerungsorte in der postmigrantischen Gesellschaft als Beitrag zur politischen Bildungsarbeit

Ohne Rassismus wäre die Kolonialzeit nicht denkbar, und ohne das Wissen um die Kolonialzeit können gegenwärtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Verflechtungen und Ungleichheiten nicht verstanden werden. Ziel der hier vorgestellten Bildungsidee „Koloniale Erinnerungsorte in der Stadt Köln“ ist es, die Kontinuitäten des Rassismus in der Vergangenheit und in der Gegenwart aufzuzeigen. Denn nur so können rassistische Strukturen erkannt und verlernt werden. Der folgende Beitrag zeichnet die Gedankengänge nach, die zur Entstehung der digitalen Karte zu postkolonialen Erinnerungsorten in Köln und die dazugehörigen Bildungsmaterialien geführt haben. von Jarosław Bąk und Elizaveta Khan

Rassismus als wirkmächtiges strukturierendes Merkmal unserer Welt(sichten)

Wir alle sind in das rassistische System hineingeboren, wir alle gestalten es täglich aktiv und passiv mit. Damit erschaffen und erhalten wir – bewusst und unbewusst – unfaire Lebensbedingungen. Wo wir auch hinschauen, überall Rassismus. Das rassistische System ist so selbstverständlich, dass es vor allem denen, die nicht rassistisch markiert sind, kaum bis gar nicht auffällt. Die, die von Rassismus nicht negativ betroffen sind, spüren ihn nicht, sehen ihn nicht. Vielleicht wird auch nicht hingeschaut, denn das würde bedeuten, dass Platz gemacht und eine ungerechtfertigte Besserstellung aufgegeben werden muss.

„Rassismus, wie jeder -ismus, ist eine Ideologie der Ungleichheit, die entlang pseudowissenschaftlicher biologistischer Kategorien argumentiert wird. (...) Der Aspekt von Macht ist für Rassismus essenziell. Rassistische Ideologie dient der Machterhaltung, sie legitimiert Ausgrenzung, Ausbeutung, sogar die Ermordung von Menschen.“ (Marmer/Sow 2015, S. 15)

Blicken wir zunächst zurück zur Kolonialzeit. Es war selbstverständlich, dass die *weiße* Bevölkerung ganze Kontinente gewaltsam besetzte, die Menschen vor Ort unterdrückte, versklavte und ermordete. Durch Einflussnahme und Gewalt wurden Ressourcen und Güter in die Länder der Kolonialmächte gebracht. Wie war das möglich? Die Kolonialisierung basierte auf einer rassistischen Weltvorstellung. Nicht als *weiß* wahrgenommen Menschen wurden das Menschsein und damit das Recht auf Würde und Leben abgesprochen. Und es lag nicht daran, dass Vorstellungen von Würde, Gleichheit und Freiheit nicht vorhanden waren. Sie wurde nur nicht jedem zugesprochen. Um das zu verdeutlichen: Einerseits begann 1904 der Völkermord deutscher Truppen an den *Herero* und *Nama* in Namibia, andererseits trat in Deutschland das Kinderschutzgesetz in Kraft.

„Mit Kolonialismus bezeichnen wir ein Herrschaftsverhältnis, das durch eine rassistische Ideologie der intellektuellen, wirtschaftlichen und kulturellen Überlegenheit der Kolonisator_innen begründet wird. Deutsche Händler, Missionare, Politiker und Militärs waren im 19. und 20. Jahrhundert in unterschiedlichen afrikanischen, asiatischen und pazifischen Regionen in die Erlangung →

und Aufrechterhaltung kolonialen Einflusses verwickelt. Dies ging in den meisten Gebieten mit dem Einsatz massiver Gewalt gegen die lokale Bevölkerung einher.“ (Conrad 2012, zitiert nach Digoh/Golly 2015, S. 57)

Rassismus war also die Bedingung für die Kolonialisierung. Die geschaffenen Fakten zeigen sich bis heute bspw. in Form von Grenzen, dem System der wirtschaftlichen Abhängigkeit und an der Verschuldung von Staaten – und dem Blick auf die Welt aus der *weißen* und eurozentrischen Perspektiven. Die historisch etablierten Macht- und Gewaltverhältnisse sind das Erbe des Kolonialismus und wirken bis heute fort. Wir müssen uns bewusst darüber sein und aufzeigen, dass „weiße Europäer_innen und Nordamerikaner_innen die Welt nicht nur militärisch und wirtschaftlich dominier(t)en. Sie vermittel(te)n auch kulturell ihre Perspektiven/Interpretationen und Umgangsweisen, ihr Wissen und Geschichten als wahr und überlegen.“ (Richter 2015, S. 227) Und sie konnten und können bestimmen, welche Lebenswirklichkeit sichtbar wird, und somit auch relevant.

Wir stecken also mittendrin, wo anfangen?

Ken Saro-Wiwa: „Wir alle stehen vor der Geschichte“¹ Die Herausforderung besteht darin, das rassistische System zu be-greifen und be-greifbar zu machen. Wir versuchen also mit einer Art rassistuskritischen Brille auf gestern, heute und morgen zu schauen. Eine heikle Aufgabe. Denn unsere Welt und die Lesart der Entstehung und Entwicklung der Gegenwart ist ebenso durch Rassismus strukturiert. Für die Bildungsarbeit heißt das: Die Auseinandersetzung mit der eigenen Eingebundenheit und der Struktur der globalen Verhältnisse beginnt damit, sich zu informieren. Der erste Schritt kann die Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit sein.

In der landläufigen Überzeugung ist die Kolonialzeit mit der Unabhängigkeit der meisten kolonialisierten Staaten beendet worden. Vor allem die deutsche Kolonialgeschichte wird selten bis gar nicht thematisiert. Dass die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, auf denen die Kolonialisierung fußte, bis heute wirkmächtig sind, scheint bei vielen vergessen. Und dass unsere gegenwärtige Welt- und Wirtschaftsordnung eng mit der Kolonialzeit verknüpft ist, wird viel zu selten einer Betrachtung unterzogen. Doch gerade im Integrationsdiskurs spielen die Auswirkung der Kolonialzeit und das mit dieser Epoche noch mehr verfestigte rassistische System eine entscheidende Rolle.

¹ Kenule Beeson „Ken“ Saro-Wiwa – Schriftsteller, Bürgerrechtler, Fernsehproduzent und Umweltschützer

Ohne Thematisierung der gegenwärtigen Macht- und Repräsentationsverhältnisse und deren Dekonstruktion können gleiche Rechte für alle nicht realisiert werden. Ein zentrales Ziel ist es, rassistischer Handlungsmuster, die unbewusst reproduziert werden, zu thematisieren und kritisch einzuordnen. Beispielsweise werden in Deutschland noch heute Unterstützer und Repräsentanten des kolonialen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems anhand von Denkmälern oder Straßenbezeichnungen heroisiert. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in der lokalen Gestaltung von Diversität die globalen Verflechtungen, die die Grundlage für Rassismus bilden, nicht umfassend betrachtet werden.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Eingebundenheit und der Struktur der globalen Verhältnisse beginnt damit, sich zu informieren.

Wird heute von „Integration“ gesprochen, werden die aufgezeigten historischen Zusammenhänge und deren Wirkmächtigkeit auf unsere Gegenwart ungenügend bis gar nicht betrachtet. Postkoloniale Ansätze sind deswegen umso wichtiger für die Diskussion um das Zusammenleben in einer globalisierten Welt.

Die Konstruktion von „Wir“ und „den Anderen“, die das Integrationsdogma „Sie müssen sich integrieren!“ prägt, können nur durch das Hinterfragen der eurozentrischen Denkmuster dekonstruiert werden – und so der Vielfalt unserer Welt gerechter werden.

Ein Verständnis von rassistischen Strukturen, Denk- und Handlungsmustern als Phänomene, die nur bestimmten Gruppen und/oder Einzeltäter*innen zuzuordnen wären, greift zu kurz und verdeckt die systemische Verankerung von ungleichen Machtverhältnissen, die über individuelle Einstellungen hinaus ihre Wirkmächtigkeit entfalten. Vielmehr müssen diese als Teil eines historischen Erbes verstanden werden, das nur in gesamtgesellschaftlicher Aufarbeitung aufgedeckt und abgebaut werden kann.

Erinnerungsorte in der postmigrantischen Gesellschaft

Die Rede von Chimamanda Ngozi Adichie „The danger of a single story“, die sie im Juli 2009 auf der TED Konferenz in Edinburgh gehalten hat (www.ted.com/talks/

chimamanda_ngozi_adichie_the_danger_of_a_single_story?language=de; Zugriff: 29.08.2021), hat uns zu dem Projekt „Erinnerungsorte in der postmigrantischen Gesellschaft“ inspiriert. Historische und gegenwärtige Ereignisse werden unterschiedlich bewertet, je nachdem wer die Geschichte erzählt und wie sie in die Öffentlichkeit transportiert wird. Dies hat Auswirkungen auf die Erinnerungskultur der vergangenen, der gegenwärtigen und der zukünftigen Generation. Eine postmigrantische Perspektive betrachtet historische Ereignisse nicht abgelöst von der Gegenwart, in der Rassismus als unsere Gesellschaft prägendes Merkmal nicht nur am rechtsextremen Rand festgemacht werden kann, sondern sich auch in der „Mitte der Gesellschaft“ wiederfindet und immer wieder neu reproduziert wird.

Weiterhin besteht eine große Herausforderung, das Themenfeld im bildungspolitischen Kontext und in eine durch Diversität gekennzeichnete Gesellschaft einzubinden. Insbesondere das Nichtaufzeigen von Kontinuitäten rassistischer Handlungen, Gesetzgebungen und Praktiken und das veränderte Sprechen von und über die Zeit des Kolonialismus und auch des Nationalsozialismus zeigt Handlungsbedarf. Wenn akzeptiert wird, dass über diese historischen Ereignisse in einer verharmlosenden Sprache gesprochen wird, wenn die Terroranschläge bspw. in Halle oder Hanau nicht zur einer grundsätzlichen Änderung der Strukturen führt, besteht die Gefahr der Verharmlosung und der weiteren Etablierung rassistischen Denkens, Sprechens und Handelns. In unserem Vorhaben möchten wir aufzeigen, wie Kapitel in der Geschichte aus postmigrantischer Perspektive betrachtet werden müssen. Damit möchten wir einen Beitrag dazu leisten, dass diese Kapitel niemals abgeschlossen werden, weil wir alle die Verantwortung dafür tragen, anti-rassistisch zu denken, zu sprechen und zu handeln.

Die digitale Karte zu kolonialen Erinnerungsorte in der Stadt Köln

In unserem Vorhaben haben wir eine Webseite mit einer interaktiven Karte erstellt. Auf dieser Karte sind Orte aufgeführt, die mit der deutschen Kolonialgeschichte verbunden sind. Zum einen gibt es hier Straßennamen, die Kolonialverbrecher ehren, zum anderen sind Orte und Straßen mit der Kolonialgeschichte durch verschiedene Ereignisse verwoben. Die Webseite richtet sich an alle Menschen, vor allem an die Kölner Bevölkerung, die mehr über das koloniale Erbe der Stadt Köln erfahren möchte. Die Beiträge sind im Audio- sowie in Textformat abrufbar, damit Besucher*innen die Möglichkeit erhalten, die Audiobeiträge anhand der Transkriptionen nachzuverfolgen.

Weiterhin wurden die Texte in die englische und in die französische Sprache übersetzt.

Am Anfang des Projektes haben wir uns mit verschiedenen Initiativen im Kölner sowie im NRW-Raum auseinandergesetzt, die sich mit dem kolonialen Erbe beschäftigen. Wir haben geschaut, welche Informationen schon vorhanden sind und mit welchen unterschiedlichen Ansätzen versucht wird, diese historischen Ereignisse in die Gegenwart zu transportieren. Anhand dieser Recherche wurde eine Liste erstellt, die auf der Webseite abrufbar ist, damit die Besucher*innen über weitere Angebote erfahren können. Die Erstellung der Audio- und Textbeiträge erfolgte in Kooperation mit *Professorin Marianne Bechhaus-Gerst*, die sich mit dem Thema seit langem beschäftigt und in diesem Bereich forscht. Daneben besteht durch *Migrafica* auch eine Kooperation mit dem *Eine-Welt-Netz*, vertreten vor allem durch *Serge Palasie*. Neben einführenden Beiträgen, steht die digitale Karte im Mittelpunkt der Website.

Alle Beiträge zu den in der Karte aufgeführten Orten wurden im *In-Haus-Radio* aufgenommen. Diese Inhalte bildeten eine Basis für den Aufbau der Webseite und Erstellung der digitalen Karte. Die erarbeiteten Stationen wurden zusätzlich durch Fotos erweitert, die auf die Straßennamen und andere Erinnerungsorte hinweisen. Die Webseite umfasst ein Glossar, das die Beschreibung notwendiger Begrifflichkeiten anbietet, sowie eine Literaturliste, die der Vertiefung der Inhalte dient. Um auf die Webseite aufmerksam zu machen, wurden Werbematerialien wie Postkarten, Sticker und Plakate entwickelt. Die Veröffentlichung der Webseite wurde durch eine Pressekonferenz begleitet. Aufgrund der Einschränkungen in Bezug auf die Corona-Pandemie wurden als Erweiterung der Pressekonferenz zwei Videos über die Webseite produziert, die in den sozialen Medien veröffentlicht wurden.

Die digitale Karte zu kolonialen Erinnerungsorten in der Stadt Köln (www.desintegration.ihaus.org) knüpft an ähnliche Projekte aus der gesamten Bundesrepublik an.

Die Auseinandersetzung mit der deutschen und der Kölner Kolonialgeschichte und der Frage nach der Sichtbarkeit dieser im Stadtbild bietet einen historischen und gesellschaftspolitischen Zugang, gerade für jüngere Zielgruppen. Aufgrund dieser thematischen Bandbreite bietet es sich an, die digitale Karte mit weiteren Lerneinheiten wie bspw. zu Themen der Wirtschaft, Migration, Globalisierung etc. zu verbinden, und vor allem im schulischen Kontext fächerübergreifend umzusetzen. Es bietet sich auch an, über ein halbes bis ein ganzes Jahr nach verschiedenen Themenblöcken ausgerichtet, mit der digitalen Karte zu arbeiten. →

Bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte muss allen immer bewusst sein, dass sich die Ausbeutung nicht nur auf Land, Ressourcen und Arbeitskraft bezog; mit der Kolonialisierung wurden den Menschen vor Ort in den allermeisten Fällen auch Denkweisen, Wissensbestände und Diskussionskulturen aufgezwungen. Damit ging Diversität verloren, und die Dominanz der *weißen* Weltannahmen hält bis heute an. Aus welcher Perspektive und vor welchem Hintergrund werden wem welche bildungsrelevanten Wissensangebote gemacht? Wessen Perspektiven werden dargestellt bzw. gehört? Wessen Perspektiven werden nicht repräsentiert? Um die Kontinuität des Rassismus und der Kolonialzeit aufzubrechen, kann die reflektierte Aufbereitung dieses Themenfeldes ein kleiner Beitrag sein.

Bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte muss allen immer bewusst sein, dass sich die Ausbeutung nicht nur auf Land, Ressourcen und Arbeitskraft bezog; mit der Kolonialisierung wurden den Menschen vor Ort in den allermeisten Fällen auch Denkweisen, Wissensbestände und Diskussionskulturen aufgezwungen.

Ziele und allgemeine Hinweise zum Ansatz

Die im Projekt entwickelten Bildungsmaterialien (<https://desintegration.ihaus.org/mehr-zum-thema/bildungsmaterial>) verstehen sich als eine Anregung für die politische Bildungsarbeit. Wie bei allen Methoden bedarf es einer Modifizierung durch Multiplikator*innen je nach Zielgruppe und Rahmenbedingungen vor Ort. Die Vorschläge lassen sich sowohl unabhängig voneinander als auch zusammenhängend und je nach Rahmenbedingungen an den jeweiligen Orten in Köln oder auch ohne das Aufsuchen der Orte umsetzen.

Insgesamt eignen sich die Materialien zum Aufzeigen der Kontinuität des Rassismus und der Kolonialzeit bis heute in nahezu allen Bereichen. Wie könnte eine Welt ohne

Rassismus aussehen? Sich eine gerechtere Welt am Beispiel des Handelns vorzustellen, ist eine Anregung, auch über das eigene Konsumverhalten nachzudenken. Ebenso bieten sich Diskussionsanlässe zur *Black Lives Matter Bewegung*, zu (Gewalt-)Migration und gesellschaftlicher Teilhabe an.

Ausblick

Projekte wie das hier beschriebene und die Arbeit mit digitalen Karten sind Beispiele für die verschiedenen Ansätze zum Umgang mit kolonialen Erinnerungsorten. Der postkoloniale Blickwinkel auf unsere Gesellschaft trägt zur Bewusstwerdung des historischen Erbes und zur kritischen Auseinandersetzung sowie einem selbstreflexiven Weiterdenken bei. Damit werden eine kritische Herangehensweise und die Bewusstwerdung der historischen Entstehungsbedingungen von Rassismus als globales Herrschaftssystem gefördert.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2022

Zum Autor / zur Autorin



Jarosław Bąk ist Lehramtsstudent und Engagierter im Integrationshaus e. V. Köln. Als angehende Lehrperson setzt er sich für die Auseinandersetzung mit dem rassistischen Kolonialsystem und seinen Auswirkungen ein. Diese Perspektiven sind leider noch nicht in den Kernlehrplänen des Bildungssystems fest verankert.

jaroslaw.bak@ihaus.org



Elizaveta Khan ist aktivistische Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin. Die Neue Deutsche Organisation Integrationshaus e. V. gründete sie 2010 mit einer Kollegin und setzt sich seitdem in verschiedenen Bereichen und mit unterschiedlichen Ansätzen für eine gerechtere Gesellschaft ein.

elizaveta.khan@ihaus.org

Literatur

Digoh, Laura / Golly, Nadine (2015): Kritisches Weißsein als reflexive und analytische Praxis zur Professionalisierung im Bildungsbereich. In: Marmer, Elina / Sow, Papa (Hrsg.): *Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Eine kritische Auseinandersetzung mit ›Afrika‹-Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktion in der Schule. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis.* Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 54–71

Marmer, Elina / Sow, Papa (Hrsg.) (2015): a.a.O.

Richter, Regina (2015): Rassismuskritisches Geschichtslernen oder: Wie historisch-politische Bildung dekolonialisieren? In: Marmer, Elina / Sow, Papa (Hrsg.): a.a.O., S. 225–240

Rezensionen

Ursula Münch / Andreas Kalina (Hrsg.): Demokratie im 21. Jahrhundert

Theorien, Befunde, Perspektiven



Baden-Baden 2020
Nomos Verlagsgesellschaft,
446 Seiten

VON NORBERT TILLMANN Der vorliegende Sammelband bietet eine profunde Diskussion demokratischer Prozesse. Ausgehend von der Frage nach einer Krise der Demokratie diskutieren die Autor*innen die Parteien- und Mediendemokratie sowie die Chancen und Risiken plebiszitärer Elemente. Dabei bilden die Auswirkungen der Digitalisierung und die Frage nach der demokratischen Legitimation Europas zwei Schwerpunkte. Der Band schließt mit einem Ausblick auf die sogenannte Postdemokratie und einem praktischen Bezug zur politischen Bildung.

Im Einzelnen: Der Politikwissenschaftler Hans Vorländer sieht die gegenwärtige Demokratie in der Krise. Dies bezieht er sowohl auf die Demokratie als Herrschaftsform als auch auf ein wertebundenes Konzept. Die Bürger*innen hätten ein gespaltenes Verhältnis zu ihren Vertreter*innen und die Werte einer pluralistischen Gesellschaft seien keine Selbstverständlichkeit mehr. Insbesondere der Populismus sei eine Schwachstelle der Demokratie. Einen Ausweg aus der demokratischen Krise sieht er nicht in Plebisziten, da sie zu Autoritarismus führten, weil sich die Stärkeren durchsetzen.

Gegenüber Vorländer fordert Rainer-Olaf Schultze mehr politische Beteiligungen der Bürger*innen, denn durch den gesellschaftlichen Wandel müssten die Formen der Demokratie vielfältiger werden. Die demokratische Entwicklung

sollte sowohl durch Wahlen und Abstimmungen, als auch durch einen gestärkten zivilgesellschaftlichen Einfluss durch direkt-demokratische Aktionen in Institutionen wie Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen vorangetrieben werden. Unter den Voraussetzungen von Gewaltenteilung, Gewaltfreiheit und Pluralismus sieht Schultze keine Gefahr für die Demokratie durch ein Übermaß der Beteiligung der Bürger*innen.

Vonseiten der Herausgeber*innen erörtert Ursula Münch den Einfluss der Digitalisierung auf Politik und Gesellschaft. Der Staat sei mittlerweile überfordert, da er beim Tempo der Digitalisierung nicht mehr mithalten könne. Dabei macht sie deutlich, dass die Digitalisierung als Gegenstand der Politikwissenschaft sich auf Formen, Inhalte und Prozesse der Demokratie bezieht. Münch sieht einen wachsenden Einfluss der Informations- und Kommunikationstechnik auf die Meinungs- und Willensbildung. Digitalisierung verändere den öffentlichen Diskurs im Netz und führe zu einer anderen Aufmerksamkeit. Möglicherweise entstehe durch die Digitalisierung eine fünfte Gewalt in der Gesellschaft, so ihre Prognose oder gar Befürchtung. Politische Bildung benötige digitale Bildung, d. h. auch das Verstehen der Algorithmen.

Eine weitere Problematik der Demokratie sieht der zweite Herausgeber, Andreas Kalina, im Demokratiedefizit der EU. Dies bestehe in einem Legitimationsdefizit, das sich einerseits inhaltlich in einem mangelnden europäischen Wir-Gefühl und andererseits formal an der ineffizienten Entscheidungskraft des europäischen Institutionengefüges zeige. Volksabstimmungen in Form von Referenden auf europäischer Ebene könnten dieses Legitimationsdefizit nur tendenziell beheben. Direkt-demokratische Referenden könnten zwar mehr Beteiligung der Bürger*innen bieten, aber sie dienten eher einer Interessengruppe, so Kalina.

Zwei gegensätzliche Positionen finden sich in den Beiträgen von Ulrich von Alemann und Peter Seyferth. Ersterer widerspricht der Klage über die sogenannte Postdemokratie. Seit den 50er Jahren habe die deutsche Demokratie an Qualität gewonnen. Daher sieht er im Begriff der Postdemokratie eine Worthölse, ein Narrativ ohne Gehalt. Demgegenüber plädiert Seyferth für ein Mehr an Demokratie. Diesen Gewinn an Demokratie sieht er in einem utopischen Gesellschaftsentwurf im Sinne eines herrschafts-

freien Anarchismus. Er fordert die Politikwissenschaft auf, sich mit dem Anarchismus auseinanderzusetzen, der demokratischer sei als die Demokratie.

Der Band schließt mit einem Plädoyer der Herausgeber*innen für die politische Bildung. Sie müsse einerseits das Verstehen demokratischer Prozesse leisten und andererseits die normative Wertebundenheit vertreten und damit zur Demokratie animieren.

Die Herausgeber*innen stellen hohe Anforderungen an die politische Bildung und an den Einzelnen. Hier stellt sich die Frage, wen diese politische Bildung erreichen kann und wer dies leisten kann. Möglicherweise ist es kein Zufall, dass derzeit politisch-pädagogische Begriffe wie der der Resilienz von Hartmut Rosa Konjunktur haben. Dieser muss sich wiederum der fundamentalen Kritik der Resilienz im Krisenkapitalismus von Stefanie Graefe stellen. Eine Kritik der Herrschaftsverhältnisse in der Demokratie kommt in dieser Studie aus der Akademie für politische Bildung in Tutzing zu kurz. Dennoch bietet der Band eine differenzierte und vertiefte Diskussion demokratischer Prozesse.

Norbert Tillmann ist freiberuflicher Journalist. Er produziert Filmbeiträge und ein Podcast, ist als Referent im Rahmen der außerschulischen, politischen Bildungsarbeit tätig und berät Einrichtungen beim Bildungs- und Qualitätsmanagement.

Wolfgang Schroeder / Ursula Bitzegeio / Sandra Fischer (Hrsg.): Digitale Industrie. Algorithmische Arbeit. Gesellschaftliche Transformation



Bonn 2020
Dietz-Verlag, 485 Seiten

VON ANJA DARGATZ 30 Autor*innen, 23 Fachartikel – der Sammelband will „das Phänomen (der Digitalisierung) in der Breite erfassen“ (S. 19). Mit den Abschnitten „Staat und Politik“, „Wirtschaft und Arbeitswelten“ und „Gesundheit und Technologie“ ist das Feld in der Tat breit abgesteckt. Über die Auswahl von Themen lässt sich immer trefflich streiten. Dennoch sei die Frage erlaubt, warum die hochaktuellen Themen „Sozialer Zusammenhalt versus Polarisierung im Netz“ oder „Besteuerung von digitalen Tech-Firmen“ nicht aufgegriffen wurden, hingegen das Thema „Plattform-Ökonomien“, welches nach eigener Aussage bislang noch ein Nischendasein führt.

Dessen ungeachtet enthält der Band eine Fülle von Informationen, Analysen und interessanten Autor*innen (knapp die Hälfte sind weiblich), sodass die Leserin in jedem Fall klüger hinausgeht als sie hineingegangenen ist. Es ist ein Fundus an Themen, Argumenten und Expert*innen für die außerschulische Bildung. Neben Grundsatzartikeln gibt es Praxisbeispiele – und da spiegelt das Buch die Schwierigkeit vieler aktueller Digitalisierungsdebatten wieder: Während auf der Makro-Ebene in vielen Aspekten Konsens besteht – z. B. Digitalisierung muss gestaltet werden, sie muss dem Menschen dienen –, liegt die Wahrheit de facto auf der Umsetzungsebene: im Betrieb, in der Schule, in der Verordnung, im Gesetz. Und da werden die Leerstellen offensichtlich. So beschreibt Oerder in „Digitalisierung und Mitbestimmung“, wie wichtig es ist, die Belegschaft bei der Digitalisierung mitzunehmen. Akzeptanz und Vertrauen sind wichtige, aber weiche Forderungen. Mitbe-

stimmung auf der Basis des Betriebsverfassungsgesetzes ist eine Kern- und Machtfrage. Sie stellt nicht die Frage: Ab wann sind selbstlernende Software-Systeme mitbestimmungspflichtig? Was, wenn es keinen Betriebsrat gibt? Das Beispiel einer Reinigungsfirma (Rossbrey) zeigt das große Potenzial der Branche für Digitalisierung von Arbeitsprozessen – von Logistik bis Reinigungsroboter –, aber die Frage nach der Zukunft jener Mitarbeiter*innen, die nicht in der Lage sind, solche Roboter zu bedienen oder die auf Grund verbesserter Logistik nicht mehr gebraucht werden, wird zwar gestellt – aber nicht beantwortet. Welche Verantwortung trägt der Betrieb für ihren weiteren Einsatz, für ihre Weiterbildung? Ist die Bundesagentur für Arbeit auf diese Menschen vorbereitet? Wird aus einer Vermittlungsagentur eine „Agentur für Lebenslanges Lernen“? Wie kann die Beratung von Kleinen und Mittleren Unternehmen diesbezüglich aussehen?

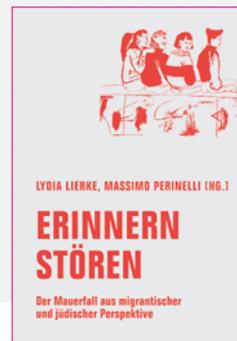
Ähnlich die Beispiele aus dem Gesundheitswesen: Sie beschreiben die Technologie – was für Fachfremde hochgradig spannend zu lesen ist – und ordnen sie zum Teil auch kritisch ein (in diesem Sinne sehr gut: der Artikel von Geitz zu Psychiatrie), bleiben aber vor den Antworten stehen. Wie muss computergesteuerte Assistenz aussehen und kontrolliert werden, damit sie dem Menschen dient? Pütz nimmt die Leserin mit in die Welt der hyperspektralen Punktwolke und erläutert, wie durch Künstliche Intelligenz die Bewässerung in der Landwirtschaft halb-autonom gesteuert werden kann. Welche Auswirkungen hat das auf die Feldarbeit? Diese Frage stellt Pütz nicht.

Buhr und Frankenberger sowie Behrmann greifen das Thema „Innovation“ auf und beschreiben, dass neue Ideen nicht im stillen Kämmerlein entstehen, sondern im interdisziplinären Verbund. Basis-orientierte Anstöße, z. B. von Hackathons, werden nur einleitend erwähnt, dabei liegt m. E. hier ein großes Potenzial für Erfindungsreichtum, der der Menschheit dient: „Fachleute der eigenen Sache“ entwickeln Lösungen für Probleme, die wirklich welche sind – und sich nicht F&E-Abteilungen ausdenken, um ein neues Produkt zu verkaufen. Hier zeigt sich die zweite Krux: Das Buch erscheint in der „Schriftenreihe Interdisziplinäre Perspektiven“, lebt aber nicht den Ansatz des vernetzten Denkens: Was wäre herausgekommen, wenn man all die 23 Spezialist*innen in einen Raum zusammengebracht hätte, um gemeinsam die Fragestellung zu definieren und Lösungen zu entwickeln? Es wäre einen Versuch wert gewesen.

Anja Dargatz leitet seit 2016 das Fritz-Erler-Forum, das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Baden-Württemberg.

Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören*

Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive



Berlin 2020
Verbrecher Verlag, 501 Seiten

VON STEPHANIE BÖHM Der Mauerfall, seine Ursachen und Folgewirkungen, spielten in der politischen Bildungsarbeit der vergangenen über 30 Jahre inhaltlich und zielgruppenspezifisch eine herausragende Rolle.

Immer wieder veranlassten uns politische Ereignisse, die Relevanz und Wirkung politischer Bildung kritisch zu hinterfragen. Und mit größer werdendem zeitlichen Abstand kommen eher mehr als weniger Fragen hinzu. Zeitzeug*innenberichte hatten und haben gerade in diesem erinnerungskulturellen Bereich eine Schlüsselrolle: Wer hat was wie erlebt und welche Deutungs- und Erklärungsmuster kommen zum Tragen? Welches Wechselspiel existiert zwischen individuell erlebter Geschichte und der „großen Geschichte“? Welche anderen Perspektiven gibt es? Und genau hier zeigt sich bei der Rezensentin seit einiger Zeit ein ungutes Gefühl: Wen habe ich vergessen?

Der Titel des Buches: „Erinnern stören“ könnte nicht passender sein! Es hält den Spiegel vor und lässt genau jene zu Wort kommen, die offensichtlich nicht im Blickpunkt standen. Umso wertvoller, dass in diesem Band viele unerhörte Stimmen zu Wort kommen. Eine wahre Fundgrube! Hatte ich mich jemals gefragt, wie Jüdinnen und Juden die Wende- und Nachwendzeit erlebten? Und wie Migrant*innen, die aufgrund sogenannter Anwerbeabkommen in die Bundesrepublik oder als Vertragsarbeiter*innen in die DDR kamen? Hatten mich die Brandanschläge und der erneut aufkommende Rassismus bewogen, die Wurzeln in der Bonner Republik unter die Lupe zu nehmen? Alles leider Fehlanzeige.

Die 20 Beiträge in diesem Buch erweitern mein (ich muss es wohl zugeben) „hegemoniales Narrativ“ zur deutschen →

Wende. Aber es sind nicht ausschließlich die vielen Lebensgeschichten und individuellen Reflexionen, die kleinen und großen Projekte und Bewegungen, die das Geschichtsbild erweitern. Genauso wertvoll sind die multiperspektivischen, wissenschaftlichen Beiträge. In seiner Ganzheit verdeutlicht das Buch, dass wir längst in der postmigrantischen Gesellschaft angekommen sind, für viele unbemerkt.

In der Einführung erläutern die Herausgeber*innen die dreifache Bedeutung des Begriffs: Zum ersten geht es um den zeitlichen Aspekt und die Frage, wie sich Sprache, Arbeit und Wahrnehmung von Eingewanderten und Alteingesessenen veränderten und somit auch um den Wandel von Institutionen, Diskursen und Einstellungen. Zum zweiten geht es darum, „hinter den Migrationsschleier zu blicken“ (S. 13), dies meint, gesellschaftliche Verhältnisse als Konfliktlinien zu begreifen, die nicht erst durch Migration entstanden. Und drittens lädt der Begriff ein, „Prozesse des Fremdmachens sichtbar werden zu lassen und neue Formen der Inklusion jenseits der Trennlinie von migrantisch und nicht-migrantisch zu denken.“ (S. 13) Letztendlich besagt postmigrantisch: „Wir haben viele Namen und doch sind wir dasselbe, und zwar quer durch die politischen Landschaften und sozialen und kulturellen Schichten und Milieus in Ost und West hindurch. Wir sind die Gesellschaft der Vielen.“ (S. 14)

Die Einführung macht neugierig und setzt einen guten Rahmen für die Aufsätze und Berichte der 39 Zeitzeug*innen, Aktivist*innen und Forscher*innen, die ihre Erfahrungen und Sichtweisen mit uns Leser*innen teilen. Es lohnt sich, an der Gestaltung der postmigrantischen Gesellschaft mitzuarbeiten. Und seit der Lektüre des Buches frage ich mich immer öfter: Wen habe ich diesmal vergessen?

PS: Bereits zwei Veranstaltungskonzepte gehen auf Anregungen durch dieses Buch zurück.

Stephanie Böhm, Leiterin der Akademie Frankenwarte in Würzburg, ist gelernte Dipl.-Volkswirtin und seit 1993 in der politischen Erwachsenenbildung tätig.

Naika Foroutan / Jana Hensel: Die Gesellschaft der Anderen



Berlin 2020
Aufbau Verlag, 356 Seiten

VON NORBERT REICHEL In acht Gesprächen analysieren und diskutieren die Wissenschaftlerin Naika Foroutan und die Journalistin Jana Hensel Analogien zwischen der Migrationserfahrung ein- und zugewanderter Menschen in Gesamtdeutschland und den Erfahrungen der Ostdeutschen nach dem Ende der DDR. Die beiden Autorinnen bieten einen hervorragenden Überblick über die einschlägigen gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatten. Eine Fortsetzung der Gespräche in einem weiteren Buch, vielleicht mit weiteren Gesprächspartner*innen, brächte sicherlich viel weiteren Erkenntnisgewinn und viel Stoff für weitere Debatten.

In den Gesprächen geht es um das Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten. Nur sind Ostdeutsche in Ostdeutschland keine Minderheit, sie werden durch die westdeutsch dominierten Diskurse jedoch bezogen auf Gesamtdeutschland dazu gemacht. Viele verloren in den 1990er Jahren ihren Arbeitsplatz, Wirtschaftszweige verschwanden, Westdeutsche übernahmen die führenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Hochschulen. Es entstand das Gefühl, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein.

Doch was macht die Mehrheit zur Mehrheit? Jana Hensel konstatiert, dass wir mit „Mehrheitsgesellschaft (...) vor allem jene meinen, die in der Lage sind, Normen zu setzen.“ (S. 16) Diese Normen müssen erfüllt werden, von Migrant*innen, von Ostdeutschen, die aber selbst nie wissen, ob das, was sie leisten, ausreicht. Es entsteht eine Spirale des „Othering“. Naika Foroutan charakterisiert diese Spirale als „Devianzkonstruktion“ (S. 53), Jana Hensel als „ein Privileg der Mehrheitsgesellschaft, nicht verstehen zu müssen und auf diese Weise die Anderen in der Rolle der sich ewig Selbsterklärenden festzuschreiben.“ (S. 79)

Je weniger sich jedoch die als „Fremde“ gelesenen Menschen als homogene Gruppe erfassen lassen (wollen), umso größer wird das Bedürfnis, sie auf bestimmte Charakterzüge festzulegen, im Extremfall den „Fremden“ zum „Feind“ zu erklären. Die „Devianzkonstruktion“ eskaliert. Naika Foroutan: „Sarrazin kam nicht aus dem Nichts. Er kam aus dem Herzen des deutschen Bildungsbürgertums.“ Jana Hensel ergänzt: „Und offenbar auch aus dem Herzen der Sozialdemokratie.“ (S. 264) Und dies, obwohl – so Naika Foroutan – die Entkoppelung von „Herkunft“ und „Zukunft“ eigentlich die zentrale „sozialdemokratische Erzählung“ ist. (S. 192)

Jana Hensel vermutet, „dass sich die westdeutsche, nicht-migrantische Gesellschaft über ihre eigene Vorurteilkultur gegenüber der migrantischen wie auch der ostdeutschen Community äußerst bewusst ist.“ (S. 34) Naika Foroutan bestätigt Aladin El-Mafaalani, wie Konkurrenzsituationen Integration verhindern, mit Georg Simmels „Exkurs über den Fremden“ (1908): „Simmel sagt, je mehr der Fremde ankommt, desto stärker wird er zum Fremden gemacht.“ (S. 59) Naika Foroutan kommt aus einer nicht religiösen iranischen Familie, wurde aber durch die Debatten um den 11. September 2001 „zur Muslimin“ (S. 193). „An Muslimen haftet der Islam wie an den Ostdeutschen die Diktatur.“ (S. 63)

Aber gibt es vielleicht doch ein gesamtdeutsches Projekt? Naika Foroutan zitiert Machiavelli: „Wenn man unterschiedliche Lager nach innen zusammenführen will, sucht man sich einen externen Feind. Der externe Feind waren die Migranten.“ (S. 239) In der Ablehnung von „Migrant*innen“ finden Ost- und Westdeutsche etwas Gemeinsames. Doch diese scheinbare Gemeinsamkeit zwischen Ost und West ist schnell vorbei. Die Ostdeutschen müssen sich ständig für fremdenfeindliche und rassistische Gewalttaten sowie die Wahlergebnisse der AfD in ihren Bundesländern rechtfertigen, alles eine Folge der SED-Diktatur, für die sie sich kollektiv verantwortlich erklären sollen. In Anlehnung an Toni Morrison spricht Naika Foroutan von „Critical Westness“ (S. 76). Diese lebe von doppelten Standards: „Dadurch, dass Lichtenhagen und Hoyerswerda sozusagen ein ‚kollektiver‘ Moment waren, während man Solingen oder Mölln sehr gut als Einzeltaten deklarieren konnte, entsteht ein Entschuldungszusammenhang für die Gemeinschaft im Westen.“ (S. 157)

Vielleicht leben Westdeutsche Fantasien einer eigenen Grandiosität aus. Sie haben und hatten nicht nur die besten Fußballspieler*innen, das größte Wirtschaftswunder, sie waren die weltbesten Aufarbeiter*innen ihrer Vergan-

genheit, sie profitieren mit ihrer Erinnerungskultur sogar davon, dass sie die größten Verbrecher*innen der Weltgeschichte waren. Da hat der Osten keine Chance. Jana Hensel: „Das Ganze endete jedenfalls in einem Desaster, weil sich das Feuilleton mit großem Ekel über diese letztlich von Westdeutschen produzierten Diktaturerinnerungsshow beugte und vor allem im Gedächtnis geblieben sein dürfte, dass die Ostdeutschen doch keine andere Sehnsucht haben, als die, ihre Diktatur rosa zu übertünchen.“ (S. 179) Fazit: Der Westen setzt die Norm, der Osten repräsentiert die Abweichung, Migrant*innen stehen am Ende der Hierarchie.

Dr. Norbert Reichel, Literaturwissenschaftler und Pädagoge, betreibt seit 2019 als freier Autor den Blog „Demokratischer Salon“ (www.demokratischer-salon.de).

Merle Hummrich / Saskia Terstegen: Migration

Eine Einführung



Wiesbaden 2020
Springer VS, 136 Seiten

VON TIM KLAUSGRABER Der Band „Migration – Eine Einführung“ von Prof. Dr. Merle Hummrich und Saskia Terstegen ist in der Reihe „Module Erziehungswissenschaft“ erschienen. Er richtet sich vornehmlich an Studierende der Erziehungswissenschaften, bietet jedoch auch für die Fachpraxis einen breiten Überblick zum titelgebenden Arbeitsfeld. Das kompakte Buch legt dabei den thematischen Schwerpunkt auf aktuelle Diskurse zum Thema Migration im deutschsprachigen Raum. Dabei nähern sich die Autorinnen schnörkellos ihrem Sujet. In fünf gut gegliederten Kapiteln auf rund 140 Seiten werden zentrale Begriff- →

lichkeiten ebenso erklärt wie Diskursverläufe seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts nachgezeichnet. Begriffsannäherungen eröffnen Perspektiven zu „Migration“, „Diskriminierung“, „Rassismus“ und „Interkultureller Pädagogik“. Es werden zudem weitere Aspekte wie „Othering“ oder „Intersektionalität“ beleuchtet. Den der Migration gegenläufigen Phänomenbereichen Diskriminierung und Rassismus wird ein eigenes Kapitel gewidmet, welches für die sich anschließenden Kapitel eine wichtige Perspektive eröffnet.

Herzstück des Lehrbuches ist eine Fallanalyse zur „Verhandlung von Migration und Zugehörigkeit im schulischen Kontext“, die auf den Umgang mit geflüchteten Menschen in der Gesellschaft abhebt. Dabei wird sehr deutlich, dass sich das Buch an Studierende richtet, da die Fallanalyse auch dazu herangezogen werden kann, die „Objektive Hermeneutik“ als Methode der empirischen Sozialforschung kennenzulernen. Davon sollten sich interessierte Leser*innen, die selbst nicht studieren, aber nicht abschrecken lassen, da es bei der Fallanalyse weniger um die Methode als um die Interpretation des exemplarischen Falles geht. Dieser weitet den Blick für strukturelle Diskriminierung innerhalb von Institutionen und regt bei den Leser*innen ein Nachdenken über professionelles pädagogisches Handeln an.

Überhaupt ist das Buch am besten als Anregung zu verstehen. Die Kapitel sind kurzgehalten, klar strukturiert und locker gestaltet. Sehr schön ist der Leseindruck: Es kommt das Gefühl auf, man bekommt die Sachverhalte von den zwei Autorinnen geduldig erklärt. So finden sich im Buch immer wieder Einschübe in den Fachtext, welche die soeben erwähnten Begriffe oder komplexen Sachverhalte nochmals aufgreifen und verdeutlichen, konkrete Beispiele einbringen oder notwendigen Kontext liefern. Dieses Programm wird von ausführlichen Einzelnachweisen, kommentierten Literaturempfehlungen und Fragen zur Reflexion flankiert. Das ist gerade für Student*innen der Erziehungswissenschaften oder für das Lehramt super, da ihnen der Einstieg in den Themenkomplex der Migration leichtgemacht wird. Auch geneigte Leser*innen, die sich dem Thema annähern wollen, finden in dem Buch einen guten Überblick und zahlreiche Wegweiser, um ihre Interessen vertiefen zu können.

Tim Klausgraber ist Referent für Migration in der zentralen Geschäftsführung des Internationalen Bundes (IB).

Anke Grotlüschen / Henning Pätzold: Lerntheorien

in der Erwachsenen- und Weiterbildung



Bielefeld 2020, Reihe: Erwachsenen- und Weiterbildung. Befunde – Diskurse – Transfer, Band 4
W. Bertelsmann Verlag, 142 Seiten

VON STEPHANIE BÖHM Die Lektüre des 142-seitigen Bandes kann für Praktiker*innen in der Erwachsenenbildung, die sich aufgrund aktueller Herausforderungen wieder einmal Gedanken über das Lernen an sich machen möchten, sehr anregend sein, auch wenn das Buch offensichtlich primär für Studierende geschrieben wurde. Dank der gut strukturierten und kompakten Kapitel wird in kürzester Zeit ein guter Überblick über zentrale Lerntheorien erlangt, sodass altes (manchmal verschüttetes) Wissen aufgefrischt und um neue Perspektiven erweitert werden kann. Für vertiefende Studien gibt es stets Tipps zum Weiterlesen. Die Angabe von Lernzielen pro Kapitel, aufgeführte „Merksätze“ und „Fragen & Aufgaben“ (mit Lösungsteil hinten) können ausgeblendet – oder in Erinnerung an alte Zeiten neugierig gelesen, hinterfragt oder gelöst werden.

Jede vorgestellte Theorie hat ihre je eigene Blickrichtung auf diverse Fragestellungen, die sich in der Bildungspraxis stellen: Initiieren wir Lernprozesse, damit sich die Person an die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse anpasst oder sollen diese kritisch hinterfragt werden? Welche Gründe haben Erwachsene für Lernen oder Nichtlernen? Wie läuft Lernen ab und was heißt dies für die konkrete Lehr-Lern-Situation? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Lernen und Gefühlen? Wie entwickeln sich kollektive und individuelle Interessen? Wie lässt sich Lernen als biografischer Prozess verorten? Wie kann der Mensch als soziales Wesen in Lerntheorien beschrieben werden? Welche Rolle kommt dem Lernkontext Arbeitswelt zu, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung und organisationalem Lernen?

Der dreiseitige Einblick in die 12 Kapitel macht es möglich, sich gezielt mit ausgewählten Themen des Lernens und Lehrens zu befassen. Gerade in der (Post-)Coronazeit kann der Blick von Praktiker*innen in die Theoriewelt und der Austausch mit Kolleg*innen neue Impulse geben, um Antworten auf die drängende Frage zu finden: Wird das, was und wie wir es in der politischen Bildungsarbeit tun, den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gerecht?

Zwei Kapitel möchte ich in diesem Kontext hervorheben: Kapitel 6 „Subjekt, Leib, Widerfahrnis und Vulnerabilität“ beginnt mit Fragestellungen zu coronabedingten Umstellungen, die unsere Gesellschaft sicherlich noch lange beschäftigen werden. Leider unterlässt das Autor*innen-Team die Beantwortung der selbst gestellten Fragen, stellt aber jene Theorien kurz dar, die zentrale Problematiken in den Fokus rücken. Ebenso in Kapitel 8: „Transformation: Lernen, Bildung, gesellschaftliche Entwicklung“, dem aus Sicht der Rezensentin größte Bedeutung zukommt: Transformatives Lernen, transformatorische Bildung und Transformation als Mittel und Zweck der Bildung für Nachhaltige Entwicklung widmen sich Lernprozessen, aus denen die ganze Person grundlegend verändert hervorgeht. Und genau hier sollte der Diskurs unter Praktiker*innen ansetzen: Wie müssen Lern- und Bildungsaktivitäten gestaltet sein, um bei Erwachsenen, Organisationen und ganzen Gesellschaften Lernprozesse anzustoßen, damit ökologische und soziale Krisen bewältigt werden können? Diese fundamentale Frage stellt sich allen Praktiker*innen der Erwachsenenbildung und sollte dringend im gemeinsamen Theorie-Praxis-Diskurs reflektiert und weiterentwickelt werden. Das Buch macht neugierig und animiert zum Weiterdenken.

Stephanie Böhm, Leiterin der Akademie Frankenwarte in Würzburg, ist gelernte Dipl.-Volkswirtin und seit 1993 in der politischen Erwachsenenbildung tätig.

Edwin Hübner / Leonhard Weiss (Hrsg.): Resonanz und Lebensqualität

Weltbeziehungen in Zeiten der Digitalisierung. Pädagogische Perspektiven



Opladen/Berlin/Toronto 2020
Verlag Barbara Budrich,
453 Seiten

VON NORBERT TILLMANN Der vorliegende Band nimmt durchgehend Bezug auf die Resonanztheorie von Hartmut Rosa (2016). Die Autor*innen vertiefen dessen Ansatz, führen ihn fort und stellen kritische Anfragen, insbesondere zum Spannungsverhältnis von Resonanz und Autonomie. Sie diskutieren den Zusammenhang von Resonanz und Lebensqualität in pädagogischer Absicht.

Hartmut Rosa führt selbst in diesen Band ein. Er versteht unter Resonanz eine Berührung, eine Beziehung des Subjekts mit der Welt. Resonanz sei keine Echo- sondern eine Antwortbeziehung. Dies sei eine Begegnung mit dem Anderen, die eine Verwandlung der eigenen Identität bewirke. Resonanz sei die Voraussetzung für eine gelungene Lebensführung – für Lebensqualität.

Nach Rosa verändert die Digitalisierung derzeit alle Formen der Weltbeziehungen. Die Resonanz zwischen Eltern und Kindern in der digitalisierten Welt bliebe vielfach stumm. Dennoch sieht er in der Digitalisierung neue Möglichkeiten in anderer Weise mit der Lebenswelt in Resonanz zu treten. Um die Konsequenzen aus diesem Beziehungswandel beurteilen zu können, bedürfe es einer Vorstellung eines guten Lebens – ein Konzept des Gelingens, so Rosa.

In Anlehnung an Hartmut Rosa verdeutlichen die beiden Herausgeber Edwin Hübner und Leonhard Weiss, dass ein Mensch vorwiegend aus seinen Beziehungen verstehbar wird. Die Menschen bedürften Fragen, Antworten und Erlebnisse mit Menschen sowie Beziehungen zu Dingen – →

sie benötigen Resonanzen. Diese bestimmten das Maß der Lebensqualität. Es gehe darum, die Entwicklung resonanter Weltbeziehungen zu fördern und Möglichkeiten eines gelingenden Lebens aufzuzeigen. Die Herausgeber werfen die Frage auf, welche Resonanzräume institutionalisierte Bildungsangebote jungen Menschen anbieten – dazu später mehr.

Wolfgang Bernhard Nieke will das Resonanzkonzept von Rosa durch einen normativen Sinnzusammenhang ergänzen. Es bedürfe einer Normvorstellung vom guten Leben. Dies sei nur durch das Bewusstsein eines Zusammenhangs des Lebens mit einem übergeordneten Ganzen möglich – durch eine Einordnung der individuellen Existenz in einen übergreifenden Sinnzusammenhang. Ohne einen (normativen) Sinnzusammenhang sei keine Lebensqualität erreichbar. Dies können Religionen, Weltanschauungen und Philosophien sein, so Nieke, als Voraussetzung für Resonanzerfahrungen nach Rosa. Die Lebensqualität als Realisierung eines guten Lebens ist für den Autor eine notwendige Kategorie in der Bildungsarbeit, um pädagogische Ziele zu reflektieren.

Zur gelungenen Lebensgestaltung spielt für Jörg Soetebeer die Kategorie der Souveränität eine entscheidende Rolle. Er kritisiert den Autonomiegriff von Rosa. Dieser betone die Selbstwirksamkeit des Einzelnen, was aber der komplexen Eingebundenheit der Person in die Welt nicht gerecht werde. Soetebeer versteht Selbstwirksamkeit nicht als eine Dimension von Resonanz, sondern als einen Gegenpol – als Erfahrung von Unterschiedlichkeit. Das Subjekt stehe zwischen den Fragen, wo es einerseits resonant mitschwingt und andererseits selbstständig sich selbst sei. Soetebeer verortet den Begriff der Souveränität zwischen Autonomie und Resonanz. Souveränität ist für ihn ein Wechselspiel zwischen der Selbstbehauptung und der Bezüglichkeit zur Welt, zwischen Selbstwirksamkeit und den Verhältnissen in dieser Welt.

Im Zusammenhang mit der Frage nach Autonomie und Selbstbestimmung greifen die Herausgeber den Vorwurf an Rosa auf, dessen Theorie sei antiemanzipatorisch. Das Mitschwingen, das Sich-Berühren-Lassen sei passiv und vernachlässige die Autonomie und Selbstbestimmtheit des Einzelnen. Rosa erkennt dieses Problem, verweist aber auf die aktive Seite von Resonanzerfahrungen im Sinne von Selbstwirksamkeit.

Insgesamt bietet der Band eine Vertiefung und Fortführung des Resonanzkonzeptes von Rosa. Die pädagogischen und entwicklungspsychologischen Theorien gehen allerdings über den Gegenstand der politischen Bildung

hinaus. Leider ist der Bezugspunkt überwiegend die Schulpädagogik.

Resonanz und Lebensqualität im aufkommenden digitalen Zeitalter bedeuten nach wie vor, dass politische Bildung Beziehungsarbeit ist, vielfach in Verbindung mit sozialer Arbeit. Der gesamte Band ist letztlich ein Plädoyer für Tagungshäuser mit Übernachtung, Verpflegung, Erlebnissen und der Verbindlichkeit von Kontakten, also personalen Angeboten. Die Frage nach Resonanz und Lebensqualität ist eine Anfrage an die politische Bildung zur Herstellung derselben. Welchen Beitrag leistet die politische Bildung dazu?

Norbert Tillmann ist freiberuflicher Journalist. Er produziert Filmbeiträge und ein Podcast, ist als Referent im Rahmen der außerschulischen, politischen Bildungsarbeit tätig und berät Einrichtungen beim Bildungs- und Qualitätsmanagement.

AdB Aktuell

Policy Paper: „Das Digitale lebenslang lernen“

Positionen und Überlegungen aus der Perspektive politischer Bildung und der Menschenrechtsbildung

Learning the Digital Lifelong

Positions and reflections from the perspective of Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education.

DIGIT-AL – Digital Transformation in Adult Learning for Active Citizenship

Foto: AdB

Die digitale Transformation beeinflusst uns in verschiedenen Rollen als Arbeitnehmer*innen, Bürger*innen und im Privatleben sowie in nahezu allen sozialen Kontexten. Um Bürger*innen zu ermöglichen, die Digitalisierung zu verstehen und aktiv mitgestalten zu können, bedarf es einer Pädagogik, die über die Vermittlung von Fähigkeiten zur Benutzung von Plattformen, Hardware und Tools hinaus-

weist. Besonders die politische Bildung kann zu einer so verstandenen Pädagogik des Digitalen beitragen, zum Beispiel Bürger*innen befähigen, bewusste Entscheidungen zu treffen, sie in der Rolle als autonom und aktiv Handelnde zu stärken oder digitale Entwicklungen und Politiken (auch in ihren Optionen) zu verstehen und zu beeinflussen.

Das Policy Paper: „Das *Digitale* lebenslang lernen“, das im Kontext des Projekts „DIGIT-AL – Digital Transformation in Adult Education for Active Citizenship“ entstanden ist, spürt den Potenzialen und Bedürfnissen der politischen Bildung des Digitalen nach. Es ist eine überarbeitete Zusammenfassung auf der Grundlage des längeren, englischen Papiers „Learning the Digital Lifelong. Positions and reflections from the perspective of Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education“.

Die Kurzfassung finden Sie hier: www.adb.de/policy_paper_das_digitale_lebenslang_lernen_2021

Die englische Langfassung können Sie hier herunterladen: <https://dttools.eu/pdf/DIGIT-AL-Learning-the-Digital-Lifelong.pdf>

Digitalpakt Kinder- und Jugendarbeit

Gemeinsame Forderung von sieben zentralen Trägern der Jugendarbeit



Foto: AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat gemeinsam mit sechs weiteren zentralen Trägern der Jugendarbeit einen Digitalpakt für Kinder- und Jugendarbeit gefordert. Es geht dabei um eine Digitalisierungsstrategie, eine Ausstattungsoffensive, um Förderprogramme zur flächendeckenden Praxisentwicklung sowie um eine Fortbildungsoffensive für haupt- und ehrenamtliche Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit.

Digitalität prägt die Gesellschaft und damit auch Lebenswelten junger Menschen entscheidend. Sie verändert zunehmend die Praxis, das Portfolio und die Arbeitsabläufe der Kinder- und Jugendarbeit und erfordert, deren Aufgaben weiterzuentwickeln.

Die Covid-19-Pandemie hat zudem als Katalysator gewirkt und das Digitalisierungstempo erhöht. Die Kinder- und Jugendarbeit konnte dabei vielerorts zeigen, dass sie sehr lösungsorientiert und flexibel mit geänderten und neuen Anforderungen umgehen kann. Zugleich wurde deutlich, dass die Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit in der Breite den fachlichen, ethischen, technischen und rechtlichen Herausforderungen der Digitalität aktuell nur unzureichend begegnen können. Es fehlt an einer modernen digitalen Infrastruktur, an Unterstützung und Wissen sowie an Erfahrungstransfer.

Das Ziel von Jugendarbeit ist, Kindern und Jugendlichen Raum für Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit zu schaffen, mit ihnen gemeinsam gesellschaftliche Ent-

wicklungen zu gestalten und Chancen zur Entfaltung zu öffnen – gerade in einem Transformationsprozess wie der Digitalisierung. Für eine gelingende, positive digitale Transformation der jugendlichen Lebenswelten braucht es deswegen die Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit. Damit die Kinderrechte gewahrt und die im SGB VIII verankerten Prinzipien auch in analog-digitalen Lebenswelten gesichert und vertreten werden können, bedarf es substanzieller Rahmenbedingungen für eine Digitalisierung in der Kinder- und Jugendarbeit. Es braucht eine finanzielle Förderung, rechtliche Grundlagen und eine differenzierte Digitalisierungsstrategie, um die digitale und fachliche Infrastruktur in der Kinder- und Jugendarbeit innovativ und nachhaltig auszugestalten – für und mit jungen Menschen.

Ein umfassender und durchdachter Digitalpakt Kinder- und Jugendarbeit ist dringend notwendig. Er muss als kinder- und jugendpolitisches Vorhaben verstanden werden, die Träger und Akteur*innen wirksam einbinden und sie darin unterstützen, ihre Orte und Angebote auch im Zuge der Digitalität auszugestalten. Und zwar derart, dass sie jungen Menschen Selbstbestimmung/-organisation, Selbstwirksamkeit und Selbstartikulation ermöglichen, soziale, gesellschaftliche und politische Beteiligung, Engagement und Teilhabe fördern, Frei- und Experimentierräume zur Entfaltung ebenso wie Raum zur kritischen Reflexion bieten, Barrierefreiheit und Inklusion, d. h. Zugänge für Kinder und Jugendliche in unterschiedlichsten Lebenssituationen sichern und die Förder-, Beteiligungs- und Schutzrechte aller jungen Menschen umfänglich gewährleisten.

Ein Digitalpakt Kinder- und Jugendarbeit steht gleichwertig auf einer Ebene mit einem Digitalpakt Kinder- und Jugendhilfe sowie dem bestehenden Digitalpakt Schule. Dabei müssen Erfahrungen aus dem bestehenden Digitalpakt Schule gezogen werden, um Fehler wie zum Beispiel eine Engführung auf technische Ausstattung, zu vermeiden.

Den Digitalpakt im Wortlaut sowie die unterzeichnenden Organisationen finden Sie hier: www.adb.de/Digitalpakt_Kinder-und_Jugendarbeit_2021

Erfolgreicher Start der Arbeit an den Standorten der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente

Zweites Vernetzungstreffen der Standorte im Berliner wannseeFORUM



Vertreter*innen der Akademiestandorte während der Veranstaltung
Foto: AdB

In 15 von 16 Bundesländern haben die Akademiestandorte damit begonnen, Angebote der politischen Bildung zur Qualifizierung von Kinder- und Jugendparlamenten zu konzipieren und umzusetzen. In enger Abstimmung mit den jungen Menschen vor Ort und den regionalen Servicestellen für Kinder- und Jugendbeteiligung werden Themen ermittelt und passgenaue Formate entwickelt.

Die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente wird vom AdB e. V. umgesetzt. Sie verfolgt das Ziel, mit politischer Bildung den Aufbau, das Wirken und die Kontinuität von Kinder- und Jugendparlamenten bundesweit zu unterstützen und somit demokratische Teilhabe zu stärken. Als Teil der „Initiative starke Kinder- und Jugendparlamente“ arbeitet der AdB eng mit dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW), einer wissenschaftlichen Begleitung, einem Jugendbeirat sowie dem zuständigen Fachreferat des BMFSFJ zusammen.

Am 26. und 27. Oktober 2021 fand das zweite Vernetzungstreffen der Vertreter*innen der Akademiestandorte in der Stiftung wannseeFORUM in Berlin statt. Im Fokus des Treffens stand der Austausch über die bisherigen Erfahrungen und die vielfältigen Angebote, die die Standorte in ihren Bundesländern umsetzen wollen. Die Konzepte und Ziele wurden miteinander besprochen, um mit der Akademiarbeit an den Standorten gemeinsam durchzustarten.

Unter den knapp 30 Teilnehmenden waren sowohl neue Ansprechpersonen der Standorte als auch einige, die bereits am ersten Vernetzungstreffen in Weimar teil-

genommen hatten. Außerdem waren die Kolleginnen des DKHW aus der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ und vier Mitglieder des Jugendbeirats der Initiative dabei und brachten ihre Erfahrungen mit ein.

Nach einem ersten Überblick zum aktuellen Stand gab Prof. Dr. Waldemar Stange, der die Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ zusammen mit Prof. Dr. Roland Roth wissenschaftlich begleitet, einen tieferen Einblick in die in diesem Rahmen durchgeführte Studie (www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion-Kinderrechte/3_Beteiligung/3.0_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente/Broschuere_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente.pdf). Er stellte die Ergebnisse aus der qualitativen Befragung von jungen Menschen vor, die in Kinder- und Jugendparlamenten aktiv sind, und es wurde über daraus abgeleitete Ideen für die Akademieangebote gesprochen. Im anschließenden Markt der Möglichkeiten tauschten sich die Teilnehmenden über ihre konkreten Vorhaben und bisherigen Erfahrungen aus. Die Konzepte wurden unter Bezugnahme der Qualitätsmerkmale starker Kinder- und Jugendparlamente und den Bedarfen der Zielgruppen diskutiert und weiterentwickelt.

Am zweiten Tag nahmen auch weitere Gäste am Treffen teil. Unter ihnen Rainer Wiebusch, Leiter des Referats „Jugendstrategie, Eigenständige Jugendpolitik“ im BMFSFJ, der einen Input zur Jugendstrategie der Bundesregierung gab, in dem er auch die Rolle der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente beschrieb.

Nachdem alle Standorte die Gelegenheit hatten, sich und ihre jeweiligen Vorhaben zu präsentieren, folgte eine Gesprächsrunde mit den Partner*innen der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“, an der neben Rainer Wiebusch auch Prof. Dr. Roland Roth, wissenschaftliche Begleitung der Initiative, Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des DKHW, Ina Bielenberg, AdB-Geschäftsführerin, Ann-Kathrin Leide, Akademiestandort Baden-Württemberg und Jasmin vom Jugendbeirat teilnahmen. In Form eines offenen Podiums wurde gemeinsam mit den Standorten und dem Jugendbeirat darüber diskutiert, was starke Kinder- und Jugendparlamente sind, was sie brauchen und mit welchen Angeboten die Akademie hier unterstützen kann.

Bilanz und Ausblick im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“

Gemeinsame Fachgruppensitzung in Präsenz in der HÖB umgesetzt



Foto: AdB

Die aktuelle Programmphase „Politische Jugendbildung im AdB“ (2017–2022) geht in die letzte Runde. Die Bedingungen der Zusammenarbeit waren durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den letzten Monaten erschwert, sie haben aber auch die Entwicklung neuer Ideen und kreativer Formen des kollaborativen Arbeitens beschleunigt. Dennoch war es ein besonderes Ereignis, dass sich die Jugendbildungsreferent*innen vom 10. bis 12. November 2021 zur gemeinsamen Fachgruppensitzung in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg (HÖB) treffen und sich in den vier Fachgruppen und in der Gesamtgruppe zu verschiedenen aktuellen Themen austauschen konnten.

Die erste Begegnung nach einem Jahr des Online-Austauschs machte das Wiedersehen und Kennenlernen neuer Kolleg*innen besonders wichtig. Auch die seit September 2021 verantwortliche Referentin für politische Bildung in der AdB-Geschäftsstelle, Rebecca Arbter, traf einige Kolleg*innen zum ersten Mal.

Sebastian Bock, Stellvertretender AdB-Geschäftsführer, und Rebecca Arbter berichteten über aktuelle und neue Entwicklungen im AdB, über die Aktivitäten der AdB-Projekte und die Corona-Sonderprogramme. Auch die Neuausschreibung des Programms ab 2023 und die geplanten Aktivitäten für 2022 im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ und im AdB allgemein wurden besprochen und diskutiert.

In Form eines kurzen BarCamps wurden die von den Jugendbildungsreferent*innen eingebrachten Themen diskutiert und ein Austausch über verschiedene Fragen initiiert. Themen waren u. a. die Herausforderung, aktuell neue Teamer*innen und freie Mitarbeiter*innen zu finden und zu schulen, sowie die Frage, wie man angesichts zahlreicher Ausschreibungen für die Förderung von Maßnahmen erkennen kann, welche Ausschreibungen attraktiv sind und ob es sich lohnt, sich um eine Förderung zu bemühen. Einen besonderen Raum nahm die Auseinandersetzung mit dem AdB-Jahresthema 2021 „Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung“ ein, das in 2022 fortgeschrieben wird, und die Frage, ob und wie die Jugendbildungsreferent*innen sich an aktuellen Debatten im Verband beteiligen können.

Trotz teilweise vorhandener Verunsicherung angesichts der rasant steigenden Corona-Zahlen überwogen die positiven Rückmeldungen zur Veranstaltung in Präsenz und zur Gestaltung der Sitzung. Alle Teilnehmenden hoffen, dass die weiteren Veranstaltungen in 2022 in Präsenz stattfinden können.

Die AdB-interne Ausschreibung für die neue Programmphase 2023–2028 erfolgte im Januar 2022.

Transatlantic Exchange of Civic Educators

TECE-Fellows treffen sich in Weimar und Berlin



Foto: AdB

Vom 5. bis 14. November 2021 trafen sich die Fellows des Projekts „Transatlantic Exchange of Civic Educators“ vom AdB und dem Tisch College of Civic Life zum ersten Mal persönlich in Deutschland. Die 21 Fellows, davon 13 Kolleg*innen aus den USA, und vier Kolleg*innen aus den Partnerorganisationen kam zunächst für vier Tage in die Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte (EJBW) in Weimar, bevor sie – mit einem Zwischenstopp in Erfurt – für den Rest des Aufenthalts zu einer weiteren AdB-Mitgliedsorganisation, dem Centre Français de Berlin, weiterreiste.

Die Ziele des persönlichen Treffens waren 1.) das Kennenlernen der deutschen Landschaft der politischen Bildung (Diskurs, thematische Schwerpunkte und Strukturen). 2.) stand die weitere Entwicklung von Verbindungen und die Erkundung potenzieller Partnerschaften innerhalb der Gruppe auf dem Programm. 3.) wurde eine Gelegenheit für Peer-Learning und den Austausch von Fachwissen gegeben. 4.) war die Schaffung einer anregenden Lernumgebung, die die Teilnehmer*innen dazu anregt, über ihre gewohnten Kontexte hinaus zu denken, ein wichtiges Anliegen.

Das Programm umfasste eine Vielzahl von Formaten, von Gruppenseminaren und Expert*innenrunden bis hin zu Site-Visits bei relevanten Organisationen und methodischen Workshops. Als thematische Leitplanken wurden prominente Merkmale der deutschen politischen Bildung in den Blick genommen: Rechtsextremismusprävention,

internationale Jugendarbeit, non-formale Bildung, Erinnerungsarbeit und historisch-politische Bildung, Dekolonialisierungs- und Antirassismuskurse u. a.

Die Teilnehmer*innen hatten die Möglichkeit, mit insgesamt 21 Organisationen in Kontakt zu treten – z. B. neue deutsche Organisationen e. V., Licht-Blicke e. V., Stolpersteine Berlin e. V., Wissenschaft im Dialog und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung – und Projekte des AdB (z. B. Plattform politischbilden.de und DIGIT-AL) und AdB-Mitgliedseinrichtungen kennenzulernen.

Neben den externen Inputs waren die Reflexionsgruppen ein wichtiges Element des Wochenprogramms, bei dem die Teilnehmer*innen die Möglichkeit hatten, sich in gleichbleibenden Kleingruppen miteinander auszutauschen. Eine weitere Gelegenheit zur Arbeit in Kleingruppen bot sich den Fellows in vier thematischen Arbeitsgruppen, die im Sommer und Herbst in Online-Sitzungen entwickelt wurden und die sich auf die Themen historisch-politische Bildung, Digitalisierung und politische Bildung, Civic Learning und Neutralität in polarisierten Gesellschaften sowie Empowerment von Jugendlichen konzentrierten. Die Arbeit in diesen thematischen Arbeitsgruppen ist noch nicht abgeschlossen. Die Fellows werden die Gelegenheit haben, die Ergebnisse ihrer Kleingruppen beim zweiten persönlichen Treffen im Januar weiterzuentwickeln.

Als die Teilnehmer*innen am Ende dieser anspruchsvollen 10 Tage ihre Koffer packten und sich verabschiedeten, ging es darum, sich wieder an den Alltag zu gewöhnen. Die Bemerkung einer Teilnehmerin ist bemerkenswert: „How can I possibly explain what this experience has been like to my colleagues and family back home?“ Für viele Teilnehmer*innen war es die erste nicht-virtuelle Weiterbildungserfahrung seit vor März 2020, und die gemeinsame Zeit hat ihnen vor Augen geführt, wie lohnend und intensiv diese Art von Austausch ist. Zweifellos gingen die Fellows und Organisator*innen mit einem Gefühl der Verbundenheit, einem Kopf voller Gedanken und Ideen und einem Blick auf unser nächstes Treffen in Boston, Massachusetts und Washington DC 2022 nach Hause.

Weitere Informationen zum Projekt: <https://tece-usde.org>

AdB-Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand und nimmt neue Mitglieder auf

Boris Brokmeier als AdB-Vorsitzender wiedergewählt



Die wiedergewählten Vorsitzenden Karin Pritzel und Boris Brokmeier mit der AdB-Geschäftsführerin Ina Bielenberg (v.li.n.re)

Foto: AdB

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), die am 24. und 25. November 2021 digital stattfand, hat einen neuen Vorstand gewählt: Boris Brokmeier, Geschäftsführer von Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., wurde mit großer Mehrheit als Vorsitzenden des Vorstands in seinem Amt bestätigt. Ebenso wurde auch Karin Pritzel, Geschäftsführerin des Herbert-Wehner-Bildungswerks e. V. in Dresden, als stellvertretende Vorsitzende mit der Mehrheit der Stimmen wiedergewählt.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Ibrahim Ethem Ebrem, Geschäftsführender Direktor von Teilseind e. V. – Muslimische Akademie Heidelberg i. G., sowie Daniel Wunderer, Pädagogischer Leiter und Geschäftsführer der Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus e. V.

Als weitere Mitglieder im Vorstand wurden zudem Anne Dwertmann, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH, Nina Pauseback, Pädagogische Leiterin der Jakob-Kaiser-Stiftung e. V., Christine Reich, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., sowie Roland Wylezol, Leiter der Jugendbildungsstätte Kaubstraße/Alte Feuerwache e. V., in ihrem Amt bestätigt.

Ein großer Dank ging an Martin Kaiser, Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen, der nach 14 Jahren dem Gremium in der neuen Legislatur nicht mehr angehören wird.

Den Vorstand erwarten eine Vielzahl spannender Herausforderungen, die eng mit dem Verbandsentwicklungsprozess, mit der Auseinandersetzung mit diskriminierungskritischen Strukturen sowie einer Profilschärfung als Fachverband politischer Jugend- und Erwachsenenbildung verbunden sind.

Die Mitgliederversammlung hat zudem drei neue Mitglieder in den Verband aufgenommen. Folgende Organisationen hatten einen Antrag auf Aufnahme gestellt:

- Stiftung Adam von Trott, Imshausen e. V.
- Bildungsteam Berlin-Brandenburg e. V.
- Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e. V. (IBZ).

Der Verein Naturkultur e. V. war bereits bei der Mitgliederversammlung 2019 als assoziiertes Mitglied in den Verband aufgenommen worden und hatte nun einen Antrag auf ordentliche Mitgliedschaft gestellt.

Die Mitgliederversammlung nahm die vier Anträge mit großer Mehrheit an.

Der AdB freut sich auf die Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedern im Verband, über die neu hinzugewonnene Expertise und die Weiterentwicklung der Landschaft politischer Bildung durch gemeinsame Vorhaben. Bereits bei der Vorstellung der neuen Organisationen wurden inhaltliche und konzeptionelle Schnittstellen sichtbar.

Der AdB-Vorsitzende Boris Brokmeier sagte nach der Aufnahme der Neu-Mitglieder: „Das rege Interesse von Organisationen im AdB mitzuarbeiten und Teil unseres Netzwerks zu werden, zeigt uns, dass wir ein lebendiger und dynamischer Verband sind, der sich stetig weiterentwickelt. Dies ist ein wichtiger Baustein unseres Verbandsentwicklungsprozesses.“

Neben den üblichen Regularien einer Mitgliederversammlung wurde das Konzept für die neue Förderphase des Programms „Politische Jugendbildung im AdB 2023–2028“ verabschiedet. Die Ausschreibung mit vier neuen Themenschwerpunkten erfolgte im Januar 2022.

Das AdB-Jahresthema 2022 lautet: „Rassismuskritisch denken lernen: Diversität in Gesellschaft und Demokratie in und mit politischer Bildung stärken“. Damit schreibt der AdB die im Verband begonnene Auseinandersetzung mit der Frage fort, welche Rolle die politische Bildung in einer Gesellschaft der Vielen einnehmen kann und muss.

Die neue Europäische Agenda für Erwachsenenbildung 2021–2030

Wichtige Orientierungspunkte für die Erwachsenenbildung aus Sicht des AdB



Foto: AdB

Die neue Europäische Agenda für Erwachsenenbildung – New European Agenda for Adult Learning 2021–2030 (NEAAL; <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14485-2021-INIT/en/pdf>) – wurde am 29. November 2021 vom Rat der Europäischen Union verabschiedet. Sie enthält viele wichtige Orientierungspunkte für die Erwachsenenbildung. Der Referent für internationale politische Bildung im AdB, Georg Pirker, hat aus Sicht der politischen Erwachsenenbildung des AdB eine zusammenfassende Einschätzung vorgenommen. Die ausführliche Fassung finden Sie hier: www.adb.de/content/die-neue-europaeische-agenda-fuer-erwachsenenbildung_2021-2030.

Mit diesem Ratsbeschluss gibt es für die Erwachsenenbildung wieder einen politischen Rahmen, der europaweit Orientierungspunkte für Erwachsenenbildung liefert. Die Erwachsenenbildung hatte nicht nur auf der europäischen Ebene in den letzten Jahren einen zum Teil unglücklichen Stand: Formal zuständig ist die Generaldirektion Beschäftigung, programmatisch angelagert sind viele Aktivitäten in Erasmus+, und ähnlich wie in Deutschland besteht ein spürbares Spannungsfeld zwischen beruflicher Weiterbildung und allgemeiner Erwachsenenbildung. Die Diskurse drehen sich um Begriffe wie allgemeine Bildung, politische Bildung, Weiterbildung, learning for wellbeing, folkbiding, community learning, educacion popular ... um nur einige zu nennen.

In der europäischen Bildungslandschaft kommt hinzu, dass Erwachsenenbildung eine Angelegenheit sehr unterschiedlicher institutioneller Strukturen ist. Für den deutschen Kontext vielleicht die wirkmächtigste Unterschei-

dung ist die in berufliche und allgemeine Weiterbildung, entlang derer sich viele pädagogische Herausforderungen und Konfliktlinien bewegen.

Nun ist die neue Agenda nicht wirklich neu, sie fußt auf vielfältigen Prozessen und Initiativen, deren prominenteste vielleicht die Ratsempfehlung zu Upskilling Pathways (2016), zur Validierung non-formalen und informellen Lernens (2012) und die (damals) erneuerte Agenda für Erwachsenenbildung (2011) sind. Die neue Agenda sieht in gelingender Erwachsenenbildung den Schlüssel, die aktuellen Transformationen (Klima, Digitalisierung) und ihre gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Folgen/Begleiterscheinungen anzugehen. Die NEAAL misst allgemeiner, insbesondere politischer Erwachsenenbildung, eine wichtige Rolle zu, steht sie doch in einem unmittelbaren Bezug zur europäischen Säule sozialer Rechte und soll zu dessen Verwirklichung einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Die Hervorhebung des sozialen und gesellschaftlichen Aspektes der Erwachsenenbildung, ihr Voranstellen gegenüber auch beruflicher Verwertbarkeit im Dokument ist auffallend und stellt eine Abkehr bisheriger Schwerpunktsetzungen zumindest in Aussicht. Auch die wiederholte Betonung der Notwendigkeit sektorübergreifender Anerkennung und Kooperation ist eine Neuerung. Sie erkennt zugleich die Tatsache einer fragmentierten Erwachsenenbildungslandschaft in Europa an und beschreibt einen klaren Aufgabenkatalog für politisches Handeln im Kontext europäischer und nationaler Bildungspolitik: Anerkennung ernstnehmen, Barrieren umfassend reduzieren, Akteursvielfalt anerkennen und politische Fragmentierung überwinden.

Viele der Forderungen, gerade zur Digitalisierung, sind im deutschen Kontext auch im Digitalpakt angedacht. Zur Umsetzung und Ausgestaltung müssen sich gerade die Strukturen und Träger der Erwachsenenbildung verstärkt auf den Weg machen, nicht nur in pädagogischer Hinsicht, sondern auch unter dem Aspekt der Organisationsentwicklung.

Die NEAAL bietet hier eine willkommene und gute Möglichkeit mit Politik ins Gespräch zu kommen.

Lesen Sie hier weiter: www.adb.de/content/die-neue-europaeische-agenda-fuer-erwachsenenbildung_2021-2030

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Bereits 2021 jährte sich die Gründung der *Akademie Big-gesee gGmbH* zum 70. Mal. Angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie wurden die Feierlichkeiten auf das Jahr 2022 verschoben.

Das *Herbert-Wehner-Bildungswerk* feiert 2022 sein 30. Jubiläum. Der Freundeskreis des Wehnerwerks feiert seinen 25. Geburtstag. Es sind verschiedene Aktionen zum Jubiläumsjahr geplant.

Das bei der Mitgliederversammlung 2021 neu aufgenommene Mitglied *Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e. V. Bielefeld* holt 2022 sein 40. Gründungsjubiläum von 2021 nach.

Die *Muslimische Akademie Heidelberg i. G. / teilseind e. V.* hat die Broschüre mit dem Titel „Muslimisch-zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland – Bestandsaufnahme und Selbstporträts“ (Oktober 2021) zum zivilgesellschaftlichen Engagement muslimischer Bildungsträger in

Deutschland veröffentlicht. Anhand exemplarischer Träger zeigt sie die zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit von Musliminnen und Muslimen im Bundesgebiet in all ihrer Vielfalt auf (Download: www.teilseind.de).

Die *Bildungsstätte Anne Frank* wurde mit dem Deutschen Dialogpreis 2021 in der Kategorie „Gesellschaft und Politik“ ausgezeichnet. Der Preis wird seit 2013 von dem Bund Deutscher Dialog Institutionen vergeben und würdigt Persönlichkeiten und Institutionen, die in besonderem Maße für interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie soziales Engagement einstehen. Die Jury betont in ihrer Begründung den „Einsatz für Pluralität, die Verbreitung der humanistischen Botschaft Anne Franks und das aufrichtige Abhandeln auch von unangenehmen Kontexten“. Die Preisverleihung fand am 17. November 2021 in der Evangelischen Akademie in Frankfurt am Main statt. Die Laudatio auf die Bildungsstätte hielt der Theologe Dr. Eberhard Pausch.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Seit Herbst 2021 hat die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main mit **MERON MENDEL** und **DEBORAH SCHNABEL** eine neue Doppelspitze. Diese Veränderung ist eine Reaktion auf einen Ruf der University of Applied Sciences Frankfurt auf eine Professur, den Meron Mendel erhalten hat.

Um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern, hat die Bundesregierung im Mai 2021 die „Bundesstiftung Gleichstellung“ errichtet. Ihr zweiköpfiges Direktorium wurde im November 2021 benannt: **LISI MAIER**, bis zum 31. Juli 2021 Bundesvorsitzende BDKJ und des DBJR, und **DR. ARN SAUER**, bis dahin wissenschaftlicher Mitarbeiter für Gender Mainstreaming im Umweltbundesamt und ehrenamtliches Vorstandsmitglied im Bundesverband Trans* e. V.

Die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) hat im November 2021 einen neuen Vorstand gewählt. Die erneut gewählte Vorsitzende ist Professorin **DR. SUSANNE KEUCHEL**. Stellvertretende Vorsitzende sind **JULIA NIERSTHEIMER** und **MATTHIAS PANNES**. Beisitzerinnen sind **DR. EVA BÜRGERMEISTER**, **KATHRIN HARTMANN**, **BABETTE ULMER** und **WYBKE WIECHELL**. Seit dem 1. Januar 2022 hat die BKJ auch eine neue Geschäftsführerin: **CLARA WENGERT**.

Am 1. Dezember 2021 ist Professor **DR. BODO ZEUNER** verstorben. Er war Professor am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und dort zuständig für den Berufsfeldbereich Politische Erwachsenenbildung mit dem Schwerpunkt Arbeiterbildung.

DR. BERNHARD GEBAUER, von 1966 bis 1981 Leiter der Politischen Akademie Eichholz, der bis 2014 zentralen Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist im Dezember

2021 verstorben. Er war von 1972 bis 1978 Vorsitzender des AdB.

Der bisherige Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB), **DR. KARL WEBER** hat den Verband zum 1. Januar 2022 verlassen. Er übernimmt die Aufgabe des Diözesancaritasdirektors und Vorstandsmitglieds des Diözesancaritasverbandes im Bistum Limburg.

Der langjährige Direktor der Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V., **HANNS CHRISTHARD EICHHORST**, ist nach 20 Jahren in dieser Funktion und insgesamt fast 38 Jahren hauptamtlicher Tätigkeit in der politischen Bildung im März 2022 altersbedingt aus der Akademie ausgeschieden. Sein Nachfolger wird sein bisheriger Vertreter **CHRISTIAN HÖFER**.

Seit dem 1. Januar 2022 verstärkt **ALINA JUGENHEIMER** das Team in der AdB-Geschäftsstelle. Sie ist als Projektreferentin für die Digitale Plattform politischbilden.de und folgt damit **STEFANIE MEYER** nach, die den AdB zum Jahresende 2021 verlassen hat.

PAUL CIUPKE, EHEMALIGER HERAUSGEBER DER „AUSSERSCHULISCHEN BILDUNG“, ZU SEINEM ABSCHIED AUS DEM ADB: Seit Mitte der 1970er Jahre bin ich in der politischen Bildung tätig. Erste Erfahrungen mit der außerschulischen Bildung habe ich aber bereits in den 1960er Jahren gemacht. Ich war damals im Umkreis der katholischen Kirchengemeinde Jugendgruppenleiter, habe Zeltlager, Gruppenabende und ähnliches mehr organisiert. Von daher lag auch das Studium der Erziehungswissenschaften, Soziologie und Philosophie, das ich Anfang der 1970er Jahre aufnahm, sehr nahe. Ein durchaus typischer Werdegang. Aber nicht nur deshalb. Als Kind eines Hilfsarbeiters und Nachfahre schlesischer Bauern, die nach dem Zweiten Weltkrieg →

als Deutsche vertrieben wurden, war ich in dem westfälischen Dorf, in dem ich geboren wurde, bis zu meinem Weggang nach dem Abitur immer der Pollak. Ich wusste schon als kleiner Junge, dass Bildung das Tor sein würde, das mir den Auszug aus dieser moralisch, politisch, kulturell und sozial völlig verengten, teilweise versteinerten Dorfwelt erlauben würde. Schon in den 1960er Jahren im Rahmen der neuen, weltweit sich ausbreitenden Jugendkulturen politisiert, kam ich dann 1972 in Münster an eine Universität, die ein Laboratorium für das Kennenlernen anspruchsvoller Theorien und neuer politischer Themen, für neue Bewegungsformen und soziokulturelle Experimente bot. Ich wurde u. a. Mitglied einer alternativen Zeitschriftenredaktion und einer kleinen linkssozialistischen, intellektuell geprägten Gruppierung, die für sich in Anspruch nahm, undogmatisch zu sein, aber auch noch Mitglieder hatte, die in der Zeit vor 1933 schon politisiert worden waren und zum Teil die NS-Zeit im Exil verbracht hatten. Und schließlich probierte ich alternative Lebensformen aus. Politik und die politische Bildung wurden nicht nur Thema, sondern rahmten mein Leben von da an bis heute. Das Feld der politischen Erwachsenenbildung hat mir einen Traumjob geboten. Mir schien bei meinen Aktivitäten, dass ich eine Art Erkunder und Entdecker war, ein Alexander von Humboldt der politischen sozialen und kulturellen Gegenwart und Vergangenheit. Ich konnte mich mit vielen spannenden Fragen, die mich auch persönlich interessierten, und anspruchsvollen Theorien auseinandersetzen, viele interessante Wissenschaftler*innen bzw. Theoretiker*innen kennenlernen, etliche europäische und andere Regionen häufig bereisen, besonders die ostmitteleuropäischen Länder zwischen Oder und Ural, Kaukasus und Ostsee und vor allem auch vielen interessierten Teilnehmer*innen begegnen, die auch immer selber Expert*innen nicht nur ihres eigenen Lebens waren. Und damit komme ich auf mein Verständnis außerschulischer politischer Bildung zu sprechen. Politische Bildung ist kein Menschenverbesserungsprogramm und kein Weltreparaturbetrieb. Was, warum und auf welchem Weg oder Umweg gelernt wird, entscheiden letztlich der/die Teilnehmer*in selber. Der Leiter der Volkshochschule Breslau, Alfred Mann, der nach 1933 vor den Nazis fliehen musste und leider früh verstarb, formulierte 1928 über die Volkshochschularbeit: „Sie darf letzten Endes keine anderen Absichten verfolgen als vom Bewußtsein ihrer Teilnehmer kontrollierte.“ Meine Vorstellungen über gelungene politische Bildungsarbeit knüpft an demokratie- und kommunikationstheoretische

Paradigma an: Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung verkörpern Arenen oder kleine Öffentlichkeiten, in denen nach den professionell definierten Grundsätzen und Prinzipien Teilnehmer*innen die Gelegenheit haben, empirisch und wissenschaftlich relationierte Erkenntnisse zu gewinnen, subjektive und biografische Erfahrungsgelände zu vergleichen, ihre Meinungen und Einstellungen im Dialog mit anderen zu überprüfen, Argumente auszutauschen, Orientierungen sich zu erarbeiten und ggf. sich auch zu mehr Partizipation im öffentlichen Geschehen zu ermutigen. Solche Öffentlichkeiten werden in der neueren amerikanischen Diskussion um deliberative Demokratieverständnisse auch Mini-Öffentlichkeiten genannt, sind aber demokratische Öffentlichkeiten nur im Rahmen der Geltung und Anwendung allgemeiner im Feld der politischen Bildung geteilter didaktischer Prinzipien und bildungstheoretischer Vorannahmen. Sie sind pädagogische und keine politischen Veranstaltungen. Ein solches Grundverständnis, das ein Gelände bieten kann gerade in Zeiten der Verunsicherung, der Beschleunigung, der Herausforderung durch neue Grundsatzfragen, scheint mir aber immer mehr verloren zu gehen. Ich beobachte immer häufiger, dass Akteure und Akteurinnen der politischen Bildung nicht mehr den Unterschied zwischen Bildung und tagesaktueller politischer Intervention kennen, dass nicht der persönlich offene Habitus und die ergebnisoffenen selbstbestimmten Auseinandersetzungen mit den Fragen, wie wir gemeinsam leben wollen, den Duktus von Angeboten und Veranstaltungen bestimmen, sondern eine dahinterstehende politische Erwartung und normative Setzung, was unbedingt gelernt werden muss. Verstärkt wird das noch durch die Verwechslung von Extremismusprävention und ähnlichen Ansätzen, wie sie im Programm „Demokratie leben!“ präferiert werden, mit politischer Bildung. Ab Ende der 1990er Jahre gaben mir Moritz von Engelhardt, Mechthild Merfeld und Peter Ogrzall die Möglichkeit, im AdB aktiver zu werden und den AdB auch in Außenbereichen zu vertreten. Ich wurde Mitherausgeber der „Außerschulischen Bildung“, 16 Jahre lang, und repräsentierte den AdB ebenfalls viele Jahre in der Mitgliederversammlung und im Verwaltungsrat des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung sowie in Gremien des Bundesausschusses politische Bildung. Dass ich hier überall mein Wissen und meine Perspektive einbringen konnte, dafür bin ich sehr dankbar. Ich danke für die jahrelange gute Zusammenarbeit Mechthild Merfeld, Ingeborg Pistohl, Ina Bielenberg, Friedrun Erben, Boris Brokmeier und vielen anderen mehr in der

Redaktion der „Außerschulischen Bildung“ und im AdB. Mir werden die vielen anregenden Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen im AdB fehlen. Etliche beeindruckende Persönlichkeiten mit interessanten Lebenswegen und intellektuellen Befähigungen konnte ich hier im Laufe von ca. 30 Jahren kennenlernen. Politische Bildung ist mehr als Trainings, Methodenworkshops und Kampf gegen aktuelle politisch nicht gewollte Trends. Sie ist Teil einer politischen demokratischen Kultur, in der ohne Zwang und Druck aber

mit der Kraft des besseren Arguments an einer gemeinsam geteilten öffentlichen Meinung gearbeitet werden darf. Und so sage ich Tschüss, macht's gut und bzw. macht's besser.

Paul Ciupke

Aus Profession und Politik

Bestandsaufnahme muslimisch-zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland

Die Muslimische Akademie Heidelberg i. G./teilseiend e. V. hat die Broschüre „Muslimisch-zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland – Bestandsaufnahme und Selbstporträts“ veröffentlicht.

Die muslimische Zivilgesellschaft in Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren eine bemerkenswerte Zunahme und Ausdifferenzierung ihrer Vereinslandschaft erfahren. Dies gilt in besonderem Maße auch für Träger, die sich gesellschaftspolitisch im Bereich der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung betätigen. Dieses breite Engagement wird mit dieser Publikation sichtbar gemacht.

Anhand exemplarischer Träger zeigt die Broschüre die zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit von Musliminnen und Muslimen im Bundesgebiet in all ihrer Vielfalt. Dabei macht sie auch deutlich, wie diese Träger unsere Gesellschaft meist schon über Jahre hinweg aktiv mitgestalten. In der

Veröffentlichung stellen sich über zwanzig muslimische Einrichtungen vor, indem sie in Steckbriefen und Kurzporträts über Selbstverständnis, Auftrag und Ziele ihrer Arbeit Auskunft geben. Zum Schluss werden Herausforderungen diskutiert und Perspektiven benannt, wie eine nachhaltige Verankerung dieses Engagements in Deutschland gelingen kann.

Die Broschüre wurde aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert.

Quelle: Muslimische Akademie Heidelberg i. G.

Druckexemplare können per Mail kostenlos bestellt werden:
info@teilseiend.de

Download der Broschüre: www.teilseiend.de

Ergebnisse des Afrozensus 2020 veröffentlicht

In Deutschland leben über 1 Million Menschen afrikanischer Herkunft. Bisher gab es über diese Gruppe kaum statistische Angaben. Die Ende November 2021 von Each One Teach One (EOTO) und Citizens for Europe veröffentlichten Ergebnisse des „Afrozensus 2020“ geben nun erstmals Einblicke in die Lebensrealität von Schwarzen, afrikanischen und af-

rodiasporischen Menschen in Deutschland und zeichnen ein differenziertes Bild. Dafür wurden im Sommer 2020 im Rahmen einer Onlinebefragung rund 6.000 Menschen zu ihren Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen befragt.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Anti-Schwarzer Rassismus in Deutschland weit verbreitet und in Insti- →

tutionen verankert ist. Erhoben wurden die Erfahrungen der Betroffenen in 14 Lebensbereichen wie z. B. im Arbeitsleben, im Bildungsbereich, auf dem Wohnungsmarkt, bei Ämtern und Behörden oder im Gesundheitswesen. Kriminalisierung, Exotisierung und Sexualisierung sind laut Studiendaten nur drei der zahlreichen Muster, durch die sich Anti-Schwarzer Rassismus auszeichnet und die viele Befragte erleben. Die Daten zeigen die Vielschichtigkeit von Diskriminierungserfahrungen und den Umgang der Betroffenen damit, geben aber auch Aufschluss über Empowermentstrategien der Studienteilnehmer*innen sowie ihr überdurchschnittliches gesellschaftliches Engagement in Vereinen, sozialen Berufen oder durch Überweisung von Geldern in Heimatländer.

Die Studie formuliert politische Forderungen sowie Handlungsempfehlungen sowohl für Politik und Verwaltung als auch für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Communities.

Die Studie wurde durch das Deutsche Zentrum für integrations- und Migrationsforschung und die Alice Salomon Hochschule Berlin wissenschaftlich begleitet und durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziert.

Quelle: <https://citizensforeurope.org/vorstellung-der-ergebnisse-der-studie-afrozensus/?lang=de>

Ergebnisse der Erhebung: <https://afrozensus.de>

Erleben von Alltagsrassismus bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Das Internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) befragte 1.461 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 19 Jahren, darunter 491 mit Migrationshintergrund, zu ihren Erfahrungen mit Alltagsrassismus. Hinzu kommen 22 Fallstudien, in denen Kinder zwischen acht und 12 Jahren von ihren Erfahrungen und ihrem Erleben von Alltagsrassismus erzählten. Diese erlauben einen tieferen Blick in die Situation der Betroffenen und das Erleben von Alltagsrassismus.

Fast zwei von fünf Kindern und Jugendlichen in Deutschland (39 %) haben einen Migrationshintergrund, 70 % von ihnen haben einen deutschen Pass. Sie gehören zu Deutschland, doch nur 37 % würden sich selbst als „Deutsche“ bezeichnen. Heranwachsende mit Zuwanderungsgeschichte, insbesondere jene mit dunkler Hautfarbe, erfahren Alltagsrassismus. Was das im Einzelnen bedeutet, zeigt die IZI-Studie. Insgesamt haben sieben von zehn Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte Alltagsrassismus erfahren mit der Tendenz: Je dunkler die Hautfarbe, desto höher die Wahrscheinlichkeit, von Alltagsrassismus betroffen zu sein. Fast alle 6- bis 19-Jährigen mit dunklerer und dunkler Hautfarbe werden mit Formen von Alltagsrassismus betroffen. Hier ist dringend mehr Schulung und Sensibilität von Lehrkräften, aber auch von Schüler*innen, gefragt.

Im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse: Neun von zehn Kindern und Jugendlichen mit dunkler Hautfarbe empfinden z. B. die Frage, ob sie schon immer in Deutschland lebten bzw. wo sie wirklich herkämen, als sehr negativ

und ausgrenzend. Während bei sieben von zehn weißen Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte die Aussage „Du kannst aber gut Deutsch sprechen!“ als Kompliment ankommt, empfinden acht von zehn Heranwachsenden mit dunkler Hautfarbe diese Aussage als negativ. Insbesondere dann, wenn Kinder und Jugendliche in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und Deutsch ihre Muttersprache ist, ist diese unreflektierte Aussage von Lehrkräften verletzend.

Fast sieben von zehn Kindern mit dunklerer Hautfarbe (67 %) wurde schon einmal gesagt, dass sie hässlich seien, meist aufgrund ihrer Hautfarbe und ihrer Haare. Auch Kinder ohne Zuwanderungsgeschichte erfahren solche Abwertungen, allerdings nur 23 % der Befragten. Mehr als neun von zehn Heranwachsenden mit sehr dunkler Hautfarbe fühlen sich als fremd wahrgenommen.

Äußerungen, dass die Kinder und Jugendlichen in das Land zurückgehen sollten, aus dem sie gekommen sind, stellen die häufigste Form von Beschimpfung dar. Die zweithäufigste Form sind Beleidigungen in Bezug auf eine türkische Zuwanderungsgeschichte, gefolgt von allgemeinen Beschimpfungen als „Ausländer“.

Quelle: Mitteilung des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen vom 04.10.2021

Download: www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/publikation/rassismus.htm

Jugendstudie erforscht Zusammenhänge von Religiosität, Demokratievertrauen und Islamfeindlichkeit

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej), Partner im „Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit“, hat mit ihrer aktuellen Jugend-Studie „Perspektiven auf Gesellschaft, Religion und Islamdebatte“ zur Verbreitung islamfeindlicher Einstellungen unter Jugendlichen eine repräsentative Vorurteilsstudie im Jugendalter vorgelegt, die zugleich auf religiöse Orientierungen und Engagement fokussiert, was bisher eine Forschungslücke darstellte.

Für die Studie wurden von Februar bis April 2021 Jugendliche im Alter von 14–29 Jahren anhand eines Online-Fragebogens zu ihren Einstellungen in Bezug auf Religion, Demokratie und gegenüber Minderheiten befragt. Neben einer repräsentativen Stichprobe, die durch das Meinungsforschungsinstitut forsa gewonnen wurde, wurde zudem eine Sonderstichprobe unter in der Evangelischen Jugend aktiven Jugendlichen gezogen. Durchgeführt wurde die Studie von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin der aej im

Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit Olga Janzen in Kooperation mit Petra-Angela Ahrens vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD.

Die Studie belegt eine geringere Vorurteilsbehauptung der befragten Jugendlichen gegenüber bisherigen Studien des Erwachsenenalters. Als wichtigste Faktoren, die mit einer Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen in Zusammenhang stehen, ermittelt die Studie in erster Linie das Gefühl, keinen Einfluss auf demokratische Prozesse zu haben. In geringerem Maß gilt entsprechendes auch für eine stark ausgeprägte Religiosität, insbesondere für ein exklusives Religionsverständnis. Faktoren, die die Zustimmung zu Vorurteilen verringern, sind die allgemeine Zufriedenheit mit dem demokratischen System, die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht sowie eine höhere Bildung der Eltern.

Quelle: aej-Pressemitteilung 7/2021

Analyse der Amadeu Antonio Stiftung zur Online-Verbreitung von Antisemitismus

Antisemitismus ist längst Teil der digitalen Popkultur. Doch mitunter ist er nicht leicht zu erkennen und dadurch steigt vor allem die Gefahr für Kinder und Jugendliche in Sozialen Netzwerken, unerkannt damit in Kontakt zu kommen. Das zeigt sich vor allem beim israelbezogenen Antisemitismus, der durch die erneute Eskalation im Nahost-Konflikt im Mai 2021 aufblühte. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen sahen sich Influencer*innen oft einem Positionierungsdruck durch die Follower*innen ausgesetzt. Ohne hinreichende Kenntnis über den Nahost-Konflikt wurden dadurch Positionen bezogen, die potenziell antisemitische Narrative aufgriffen und somit verbreiteten. Unter Umständen teilten Influencer*innen aber auch bewusst klar israelfeindliche Positionen. Zum anderen wurde aber auch die Funktionsweise der Plattformen genutzt, um Antisemitismus codiert und spielerisch zu verbreiten. Vor allem Inhalte auf der Plattform TikTok, die eine sehr junge Zielgruppe

anspricht, wurde zum Schauplatz für einen codierten Antisemitismus und Desinformationen rund um den Nahost-Konflikt – mit dem Ziel, eindeutige „Freund-“ und „Feind-“ Zuschreibungen zu treffen.

Der de:hate report #3 zeigt, dass in der digitalen Popkultur Antisemitismus in Sozialen Netzwerken präsent ist und oft codiert wird, um nicht als offen antisemitisch aufzufallen oder gar gelöscht zu werden. Dadurch können vor allem junge Nutzer*innen erreicht werden, die bisher mit Themen wie dem Nahost-Konflikt keine Berührungspunkte hatten. Der Report zeigt nicht nur, wie diese Codierungen erkannt werden können, sondern er bietet auch Handlungsempfehlungen im Umgang damit.

Quelle und Download: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/dehate-report-3

Europäisches Jahr der Jugend 2022

Der Europarat und das Europäische Parlament haben das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen. Damit sollen die Bemühungen der jungen Menschen in Europa um die Überwindung der Rückschläge der COVID-19-Krise gewürdigt werden. Europäische Jahre sind stets bestimmten Themen gewidmet und werden seit 1983 durch die EU ausgerufen, um zu diesen Themen Diskussionen auf nationaler und europäischer Ebene anzustoßen.

Das Europäische Jahr der Jugend 2022 soll dazu beitragen, die Jugendpolitik durchgängig zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass Jugendbelange in allen Politikbereichen der EU Rechnung getragen wird. 2022 sollen junge Menschen in den Fokus gerückt werden, die im Zuge der COVID-19-Pandemie für andere auf vieles verzichtet und in beispielloser Weise unter Auswirkungen auf Bildung, Beschäftigung, soziale Inklusion und psychische Gesundheit gelitten haben. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, ihre Beiträge und Sichtweisen einzubringen, um die Zukunft Europas nach ihren Vorstellungen gestalten zu können.

Das Europäische Jahr verfolgt dabei vier Ziele: (1) die Erneuerung der positiven Perspektiven für junge Menschen; (2) die Unterstützung insbesondere junger Menschen mit geringeren Möglichkeiten; (3) die Unterstützung junger Menschen bei der persönlichen, sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Entwicklung; (4) die Einbeziehung der Jugendperspektive auf allen Ebenen der Politikgestaltung.

In Abstimmung mit anderen EU-Organen, den Mitgliedsstaaten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und jungen Menschen bietet die Kommission im Laufe des Jahres verschiedene Aktivitäten auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene an und prüft neue Initiativen. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, eine nationale Koordi-

nierungsstelle zu benennen, um die Teilnahme am Europäischen Jahr der Jugend zu organisieren.

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) spricht sich in dem Zwischenruf vom Dezember 2021 (PM vom 07.12.2021) dafür aus, das kommende Europäische Jahr der Jugend mit Bedeutung für die junge Generation auszufüllen, indem die ressortübergreifende Beteiligung junger Menschen auf europäischer Ebene verankert und durch eine differenzierte europäische Strategie sozialen Ungleichheiten entgegengewirkt wird. Aus Sicht des BJK wird in Deutschland und auf europäischer Ebene noch zu wenig über die aktuellen jugendpolitischen Perspektiven in Europa diskutiert. Das BJK verdeutlicht im aktuellen Zwischenruf daher die Notwendigkeit, kinder- und jugendpolitische Positionen in Bezug auf die EU deutlich zu profilieren und mit differenzierten Vorhaben in Hinblick auf soziale, ökonomische und gesundheitliche Ungleichheiten zu untersetzen. Es braucht eine differenzierte europäische Strategie, um soziale Ungleichheiten zu bekämpfen sowie die Beteiligung und den Austausch von jungen Menschen zu stärken und langfristig zu verstetigen. Diese Strategie müsste ebenso die kinder- und jugendpolitischen Programme aufnehmen, die in den vergangenen Jahren entwickelt wurden und diese gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in eine nachhaltige Jugendbeteiligungs- und Generationenpolitik einbinden.

Quelle: Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union vom 06.12.2021 und Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 14.10.2021

BJK-Zwischenruf: www.bundesjugendkuratorium.de/presse

UNICEF 2021: The Changing Childhood Project

UNICEF und Gallup haben erstmals über 21.000 junge und ältere Menschen in 21 Ländern nach ihrer Sicht auf die Welt gefragt. Deutlich wird mit dem „Changing Childhood Project“ („Projekt Kindheit im Wandel“): Jugendliche und Heranwachsende sehen trotz Klimawandel und Belastungen, zum Beispiel durch die Covid-19-Pandemie, mehr Verbesserungen auf der Welt als die ältere Generation. So sind rund 57 % der jungen Menschen davon überzeugt, dass die Welt mit jeder Generation ein besserer Ort zum Leben wird. Bei den Erwachsenen über 40 Jahren sagen dies nur 39 %. In Deutschland sehen sogar fast zwei Drittel der jungen Menschen (61 %) eine positive Entwicklung der Welt, gegenüber rund 40 % bei den über 40-Jährigen.

Das sind einige Ergebnisse der zum Internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November 2021 veröffentlichten repräsentativen Befragung: Wie wachsen Kinder im 21. Jahrhundert auf? Wie sehen junge Menschen ihre Welt im Vergleich zu Erwachsenen? Wie verändert sich Kindheit und Jugend mit Bezug auf Gesundheit, Spiel und Freizeit, Verantwortung, Risiken und Chancen? Wie erleben beide Generationen Digitalisierung und Klimawandel und was folgt daraus?

Quelle und weitere Informationen: <http://changingchildhood.unicef.org>

Trendstudie: Jugend in Deutschland

Die Trendstudie „Jugend in Deutschland – Große Herausforderungen nach dem Corona-Schock (Winter 21/22)“ wurde von Simon Schnetzer und Klaus Hurrelmann veröffentlicht. Sie präsentiert eine ausführliche Analyse von 14- bis 29-Jährigen zu den Themen Corona, Klima und Politik. Insbesondere geht es um die Erholung nach dem Corona-Schock, die großen Sorgen der Jugend (Klima und Rente), ihre Bereitschaft zu Verzicht und Umweltschutz sowie um die konkreten politischen Einstellungen. Die im halbjährlichen Turnus erscheinende Jugendstudie greift wichtige aktuelle Themen der Generation Z und Y auf, beleuchtet sie mit einer gründlichen Analyse der repräsentativen Statistik und erzählt anschauliche Geschichten hinter den Zahlen.

Die Studie ergänzt die erste Studie aus dem Winter 2020/21 und die zweite Studie vom Sommer 2021. Die drei Studien bauen aufeinander auf, folgen der gleichen Methodik und sind direkt miteinander vergleichbar. Einige der Fragen aus den beiden zurückliegenden Erhebungen wurden wiederholt, andere wurden neu aufgenommen. Hierdurch ist es möglich, nachzuvollziehen, welche Spuren die Corona-Pandemie bei den 14 bis 29 Jahre alten Angehörigen der jungen Generation bisher hinterlassen hat, und gleichzeitig abzuschätzen, wie sie mit den jetzt anstehenden Herausforderungen der weiteren Lebensplanung umgehen.

Das zentrale Ergebnis: Die Jugend in Deutschland erholt sich allmählich vom Corona-Schock, sieht sich aber gleichzeitig vor großen Herausforderungen. An erster Stelle der Sorgen steht der Klimawandel. Deshalb wird im zweiten Teil der Studie nach der Bereitschaft, den Lebensstil zugunsten der Umwelt zu verändern, gefragt und sensible Aspekte wie das Ernährungs- und Mobilitätsverhalten untersucht. Dabei offenbart sich eine innere Zerrissenheit zwischen Verzicht für die Umwelt und einem Leben in Wohlstand. Die meisten jungen Leute sind sich grundsätzlich dessen bewusst, dass sie vor gravierenden Veränderungen ihres Lebensstils stehen. Doch nur eine kleine Gruppe von ihnen unternimmt bereits einschneidende, innovative Schritte zur Änderung lieb gewordener Gewohnheiten.

Die politische Orientierung wird im dritten Teil der Studie analysiert. Es werden die parteipolitischen Präferenzen der 14- bis 29-Jährigen nach der Bundestagswahl herausgearbeitet.

Quelle und weitere Informationen: <https://simon-schnetzer.com/jugend-in-deutschland-trendstudie-winter-2021-22>

Sinus-Milieus 2021: Deutschland im Umbruch

Seit vier Jahrzehnten erforscht das SINUS-Institut den Wertewandel und die Lebenswelten der Menschen und hat daraus das Gesellschafts- und Zielgruppenmodell der Sinus-Milieus entwickelt. Die Anfang Oktober 2021 veröffentlichten „Sinus-Milieus 2021“ bilden die neue Alltagswirklichkeit in der Gesellschaft ab – geprägt durch politische Umbrüche, Digitalisierung, populistische Bewegungen und klimatische Extremereignisse.

Laut Sinus-Institut geht die größte soziokulturelle Dynamik aktuell von der Mitte der Gesellschaft aus. Die Lebens- und Wertewelten driften auseinander. Der statusoptimistische Teil modernisiert sich und blickt nach oben. Der harmonieorientierte, größere Teil sieht seinen Lebensstil und seine Prinzipien gesellschaftlich entwertet, zieht sich verbittert zurück und grenzt sich verstärkt nach unten und nach oben ab. Der gesellschaftliche Zusammenhalt nimmt ab, weil der Glaube an kontinuierliche Wohlstands- und Sicherheitsgewinne erodiert.

Nachhaltigkeit ist zu einer sozialen Norm geworden und somit in immer mehr Milieus im Alltag handlungsleitend. Es ist nicht mehr eine Frage des „Ja“ oder „Nein“, sondern des „Wie“. Das führt in Teilen der unteren Mitte und der Unterschicht angesichts neuer Verteilungskämpfe aber auch zur Sorge um Teilhabe und Befürchtung höherer Kosten. Nachhaltigkeit ist heute zwar mehrheitsfähig, wird aber milieuspezifisch sehr unterschiedlich verstanden und gelebt.

Weil im modernen gehobenen Segment der Druck weiter gewachsen ist, Autonomie und Selbstbestimmung zu

leben, sind Veränderungsfähigkeit und agiles Krisenmanagement (Resilienz) dort zu Kernkompetenzen geworden. Diese stärken den Einfluss neuer Leitmilieus. An der Spitze ist eine neue kosmopolitische Elite entstanden.

Auch ältere, traditionelle Lebenswelten haben sich teilweise modernisiert. Über alle Milieus hinweg hat die Akzeptanz pluralisierter Lebensformen zugenommen. Diversität hat sich als neue soziale Norm etabliert.

Da sich die Gesellschaft stetig fortentwickelt, sind auch die sozialen Milieus ständig in Bewegung. Zum einen führt die wechselnde Konjunktur gesellschaftlich dominanter Werte zu Verschiebungen in der Milieulandschaft, zum anderen ist jede Jugendgeneration mit neuen Wertehierarchien konfrontiert, woraus sich dann ganz neue Milieus bilden können. Werte wiederum verändern sich durch Ereignisse und Entwicklungen, die eine Gesellschaft nachhaltig verändern. Zeitdiagnostische Schlüsselbegriffe lauten hier u. a.: Klimawandel, Migration, Pluralisierung der Lebensformen, Wohlstandpolarisierung, Digitalisierung, Ästhetisierung des Alltags. Diese Megatrends haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu einer Veränderung des Milieupanoramas geführt.

Quelle und weitere Informationen: www.sinus-institut.de/media-center/presse/sinus-milieus-2021

Studie der Otto Brenner Stiftung zur Desiderius-Erasmus-Stiftung

Mit dem erneuten Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Deutschen Bundestag gewinnt zwangsläufig die Frage an politischer Aktualität und gesellschaftlicher Brisanz, ob die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) künftig mit Millionensummen aus staatlichen Haushalten agieren kann und was sie damit zu bezwecken versuchen dürfte.

Die Otto Brenner Stiftung hat zusammen mit der profilierten NGO FragDenStaat eine Recherche auf den Weg gebracht, die etwas Licht ins Dunkel eines gesellschaftlichen Bereichs zu bringen versucht, der die Scheinwerfer trans-

parenter Öffentlichkeit aus verständlichen Gründen eher meidet. Die Studie „Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen“ (OBS-Arbeitspapier 51) zeigt, dass zentrale Akteur*innen der DES tief im Milieu der Neuen Rechten verwurzelt sind und die Stiftung das Ziel verfolgen könnte, eine Ideen- und Kaderschmiede für die Neue Rechte aufzubauen oder bestehende neurechte Strukturen zu unterstützen. Die Stiftung und die Autoren Arne Semsrott und Matthias Jakubowski verfolgen mit der Broschüre das Ziel, eine fundierte Diskussion über Hintergründe und Ziele der DES zu unterstützen sowie Handlungsmöglichkei-

ten für den Umgang mit ihr aufzuzeigen. Dabei sind nicht nur Politik und staatliche Ebenen gefragt, sondern auch parteinahe Stiftungen, Hochschulen, Akteur*innen der politischen Bildung und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten sich klar gegen Demokratiefeinde von rechts und gegen Bestrebungen engagieren, die versuchen, „Politische Bildung von Rechtsaußen“ fest zu etablieren.

In der gleichen Reihe (OBS-Arbeitspapier 52) erschien die von Stephan Pühringer, Karl M. Beyer und Dominik Kronberger verfasste Broschüre „Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD“. Dafür wurden alle Anträge, Gesetzesentwürfe

und Redebeiträge der AfD-Fraktion im Bundestag zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen zwischen 2017 und Ende 2020 ausgewertet. Die Analyse umfasst darüber hinaus programmatische Texte der Partei und ihre Aktivitäten in Fachausschüssen des Parlamentes.

Quelle: Begleitschreiben der Otto Brenner Stiftung zur Broschüre im Oktober 2021

Download der Broschüren und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Studie erschienen: Gütesiegel in der politischen Erwachsenenbildung

Wer Informationen zu Angeboten der politischen Erwachsenenbildung sucht, findet Fakten wie die Zahl der Teilnehmenden, Kursprogramme, die Verteilung auf Bundesländer oder Genders Gesichtspunkte. Allerdings war es bislang schwierig, aussagekräftige objektivierbare Daten zur Qualität der politischen Bildung zu finden. Was fehlte, war eine Beurteilung, wie politische Bildung in den durchführenden Einrichtungen verortet ist, mit welchen Konzepten Mitarbeiter*innen geschult werden und auf welcher Grundlage ein Dachverband wie die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB) für die Sicherung des inhaltlichen Niveaus und für Weiterentwicklung systematisch tätig werden kann.

Im Rahmen des Projekts „Mehrwert Verantwortung – Politische Erwachsenenbildung in neuen Formaten“, gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, hat die AKSB eine Studie beauftragt, in der die trägerspezifischen Zertifizierungen aller Träger der AKSB erhoben wurden.

Das Ergebnis liegt nun mit der Expertise „Berichtswesen und Gütesiegel in der politischen Erwachsenenbildung“ vor. Die Autorin, Dr. Helle Becker, brachte ihre langjährige Erfahrung in der Evaluierung von Bildungsprozessen in die Studie ein.

Die Expertise bietet auf insgesamt 88 Seiten einen Ein- und Überblick der Gütesiegel, die bei Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung in der AKSB vorhanden sind, und analysiert sie in Hinblick auf die Frage, ob und welche Elemente und Inhalte für die politische Erwachsenenbildung relevant sein können.

Quelle: Pressehinweis des AKSB vom 14.02.2022

Download: www.aksb.de/themen/projekte/mehrwert-verantwortung-politische-erwachsenenbildung-in-neuen-formaten/guetesiegel-in-der-politischen-bildung

Was gibt's neues im Jugendschutzgesetz? BAJ-Broschüren zum JuSchG erschienen

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen verändert sich durch die Digitalisierung ständig. Der Kinder- und Jugendschutz in Deutschland musste sich daran anpassen, um Kinder und Jugendliche weiterhin vor Gefahren, die ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten beeinträchtigen oder gefährden, zu schützen. Daher wurde im Mai 2021 das Jugendschutzgesetz reformiert, mit der Ziel-

setzung, regulatorische Antworten für einen Kinder- und Jugendmedienschutz im 21. Jahrhundert zu geben.

In der nun erschienenen 84-seitigen Broschüre hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ) die wichtigsten Änderungen in verständlicher Form zusammengestellt und erläutert. Die neuen Schutzziele Schutz, Teilhabe und Förderung sowie die Regelungen →

zu Alterskennzeichnungen werden dargestellt. So erhalten Filme und Games bspw. zukünftig die gleiche Alterseinstufung, egal auf welchem Weg sie vertrieben werden. Damit wird Eltern, Fachkräften und Kindern und Jugendlichen eine einheitliche Orientierung geboten. Der Schutz vor Interaktionsrisiken wie Mobbing, Grooming und auch Kostenfallen im Netz ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Darüber hinaus werden die Aufgaben der neuen Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) dargestellt.

Weitere Änderungen, die den Erziehungsauftrag und das Elternprivileg betreffen, werden anhand von Beispielen erläutert. Zudem enthält die Broschüre Übersichten zu den neu im Gesetz berücksichtigten Interaktionsrisiken, den verschiedenen Institutionen im Jugendmedienschutz und

abschließend das gesamte Jugendschutzgesetz (JuSchG) im Wortlaut.

Darüber hinaus hat die BAJ die Flyer „Elterninfo Jugendschutz“ und „Informationen zum JuSchG für Jugendgruppenleiterinnen und -leiter“ überarbeitet.

Die Broschüren wurden mit finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erarbeitet.

Quelle: BAJ-Pressemitteilung vom 12.01.2022

Kostenlose Bestellung: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), Mühlendamm 3, 10178 Berlin; material@bag-jugendschutz.de

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Programm „AUF!leben – Zukunft ist jetzt“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

Innerhalb des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ der Bundesregierung setzt die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) das Förderprogramm „AUF!leben – Zukunft ist jetzt.“ um, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Mit diesem Programm werden Kinder und Jugendliche unterstützt, die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen und Alltagsstrukturen zurückzugewinnen. Aus dem sogenannten Zukunftsfonds des Programms können gemeinnützige Organisation und Verbände sowie öffentliche Stellen, die Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsbildung, in der Bindung mit Gleichaltrigen oder bei der seelischen und körperlichen Regeneration mit Angeboten vor Ort unterstützen oder pädagogische Begleitende qualifizieren möchten, in sechs Kategorien Fördermittel für ihre Projekte beantragen.

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Mittel ist eine Antragstellung bis zum 30. Juni 2022 möglich.

Anträge können in den Kategorien IMPULS (Motivation und soziales Miteinander stärken), ALLTAG PLUS (Kinder und Jugendliche stärken), QUALIFIZIERUNG (Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte), MENTORING (individuelle Begleitung vermitteln), KOMPAKT (Wochenend- und Ferienprojekte), FLEX (Projekte mit mindestens 30.000 Euro Fördersumme, die in keine andere Kategorie passen) und TRANSFER (erprobte Projekte in einen neuen Rahmen übertragen) gestellt werden.

www.auf-leben.org/foerderung/zukunftsfonds

Erweiterung des Europäischen Solidaritätskorps: Neues Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe

Das Europäische Solidaritätskorps ist ein EU-Programm für junge Menschen, die sich in verschiedenen Bereichen freiwillig engagieren möchten. Mit der neuen Ausschreibung des Programms für 2022 wird ein neuer Aktionsbereich „Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe“ für internationale Projekte eingeführt. Dieser Aktionsbereich bietet die Möglichkeit, dass sich die Teilnehmenden an humanitären Hilfsmaßnahmen weltweit beteiligen, um die Solidarität zwischen Organisationen und Freiwilligen

in den EU-Ländern sowie Menschen und Gemeinschaften außerhalb der Union zu entwickeln.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Freiwilligen- und Solidaritätsprojekte läuft für Projekte in 2023 bis zum 4. Oktober 2022.

https://europa.eu/youth/solidarity/organisations/calls-for-proposals_de

Wege zur Erinnerung 2022: Förderprogramm des DPJW für Gedenkstättenprojekte

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) bietet 2022 erneut das Förderprogramm „Wege zur Erinnerung“ an. Das Programm richtet sich an deutsch-polnische oder trilaterale Partnerschaften, die sich bei gemeinsamen Jugendbegegnungen mit der Thematik der Geschichte des Nationalsozialismus, des Holocaust, des Zweiten Weltkriegs und der Besetzung Polens durch Nazideutschland auseinandersetzen. Wegen der Pandemie ist die Projektdurchführung nicht nur vor Ort, sondern auch online und hybrid möglich.

Um die Projektplanung in einer sich rasch verändernden Pandemiesituation zu erleichtern, bietet das DPJW 2022 verschiedene Antragsfristen an. Es sind noch Anträge bis 30. April 2022 und 30. September 2022 möglich. Die Antragstellung erfolgt online und direkt an das DPJW.

<https://dpjw.org/projektfoerderung/wege-zur-erinnerung>

Freiwilligendienst kulturweit „Take each other’s perspectives – change the world together“

Das neue kulturweit-Programm „Take each other’s perspectives – change the world together“ lädt Menschen aus Deutschland und afrikanischen Ländern zu gemeinsamer, länderübergreifender Projektarbeit ein. In Tandems können sie sechs Monate lang miteinander aktiv zur Aufarbeitung von Kolonialismus, der postkolonialen Gegenwart und Rassismus im internationalen Kontext beitragen und als Multiplikator*innen für eine diversitätssensible und diskriminierungsfreie Gesellschaft wirken.

Teilnehmen können alle Menschen aus Deutschland und afrikanischen Ländern ab 18 Jahren. Das Projekt legt dabei einen besonderen Fokus auf die Teilnahme von Menschen, die bisher kein oder nur wenig Vorwissen und Erfahrung mit den Themen und im internationalen Kontext haben. Die Teilnehmenden erhalten in dem Programm

eine vielfältige Unterstützung, u. a. auch eine finanzielle Förderung der Projektarbeit in Deutschland sowie eine pädagogische Begleitung.

Mit dem neuen Programm will der Freiwilligendienst kulturweit einen Beitrag zum Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (Maßnahme Nr. 29) leisten.

Bewerbungen für das Programm sind ab Frühjahr 2022 möglich. Der Beginn des Programms für die ersten Teilnehmenden ist für August/September 2022 geplant. Das Projekt wird vom Auswärtigen Amt gefördert.

www.kulturweit.de

Politische Bildung braucht Begegnung – bap-Preis Politische Bildung 2022

Noch bis zum 31. März 2022 läuft die Ausschreibung zum Preis politische Bildung unter dem Motto „Politische Bildung braucht Begegnung. Hybride Lernformate, digitale Lernwelten & authentische Lernorte“, die vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. mit Unterstützung durch und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erfolgt. Der bap vergibt den Preis 2022 zum siebten Mal an Projekte, die zeigen, wie gute politische Bildung mit digitalen oder Hybridformaten gelingen kann.

Gesucht werden Projekte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die über digitale Angebote den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Lebenssituationen stärken, die eine gute Verknüpfung zwischen digitalen Lernwelten und authentischen Lernorten erreichen,

die über ansprechende Onlinetools, Apps oder Spiele neue Zugänge zu gesellschaftspolitischen Themen ermöglichen.

Bei den Projekten wird besonderer Wert auf die didaktischen und methodischen Ansätze gelegt, die den argumentativen Austausch unter den Teilnehmenden stärken. Die eingesendeten Projekte müssen im Zeitraum von Anfang 2020 bis Ende 2021 stattgefunden haben und abgeschlossen sein. Die Preise sind mit 3.000 Euro dotiert.

Bewerbungen werden bis zum 31. März 2022, 24 Uhr, ausschließlich online über das Online-Formular entgegen genommen unter: <https://lcm.lab-concepts.de/registration/preis-politische-bildung-2022>

Weitere Informationen: www.bap-politischebildung.de/ueber-den-preis-politische-bildung

Veranstaltungen

28. bis 30. April 2022

Suhl

14. Geschichtsmesse „Demokratie unter Druck. Freiheit, Protest und Extremismus in Europa nach 1989/90“

Veranstalter: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

www.geschichtsmesse.de

19. Mai 2022

online

Transatlantische Herausforderungen, unterschiedliche Herangehensweisen? Politische Bildung aus deutscher und amerikanischer Sicht

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.; Berliner Landeszentrale für politische Bildung

www.adb.de/online-tagung-transatlantische_herausforderungen_chancen

2. Juni 2022

Berlin

Polyphonic encounters. Politische Bildung in einer pluralen Gesellschaft weiterentwickeln

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.

www.adb.de

27. und 28. Juni 2022

Bonn

DIE-Forum Weiterbildung 2022 „Zukunftsfeld Weiterbildung: Professionalisierung – Berufsidentifikation – Fortbildung“

Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

www.die-bonn.de/institut/die-forum

13. bis 15. Mai 2025

Leipzig

18. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT)

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

<https://www.jugendhilfetag.de>

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 46/2021 Schwerpunkt: Wissenschaftsfreiheit

Heft 47–49/2021 Schwerpunkt: Nach der Bundestagswahl

Heft 50/2021 Schwerpunkt: Reisen und Tourismus

Heft 51–52/2021 Schwerpunkt: Fleisch

Heft 1–2/2022 Schwerpunkt: Umbrüche in Europa (nach 1989/91)

Heft 3–4/2022 Schwerpunkt: Green New Deals

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 12/2021 Schwerpunkte z. B.: EU vs. Polen: Rechtsstaat verteidigen, Polarisierung vermeiden; Joe Biden oder: Das Ende des amerikanischen Militarismus? Von der Corona- zur Klimakrise

Heft 1/2022 Schwerpunkt z. B.: Die Schattenpandemie des globalen Südens; Angriff der religiösen Rechten auf die amerikanische Demokratie; Die Olympischen Winterspiele als Schaufenster für Chinas Machtelite; Leitlinien für eine neue deutsch-europäische Sicherheitspolitik

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

deutsche jugend, Heft 11/2021 Schwerpunkt: Jugendarbeit mit digitalen Medien

Heft 12/2021 Schwerpunkt: Politische und sozialpädagogische Jugendbildung

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Heft 570/2021 Schwerpunkt: Deutschland – wie geht es weiter?

Heft 571/2021 Schwerpunkt: Anthropos – neue Bilder vom Menschen?

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; www.politische-meinung.de

DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts,

Heft 2/2021 Schwerpunkt: Familie, Kindheit, Jugend 2030. Lösungsansätze für eine lebenswerte Zukunft

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; www.dji.de/impulse

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung,

Heft 4/2021 Schwerpunkt: Erwachsenenbildung und die Coronakrise

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

forum erwachsenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 1/2022** Schwerpunkt: Gelobte Bildungsgerechtigkeit

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

Forum Jugendhilfe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 4/2021** Schwerpunkt: SGB-VIII-Reform

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.agj.de

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 4/2021 Schwerpunkte

z. B.: Homeoffice während der Corona-Pandemie; Nachhaltigkeit; Politische Debattenkultur im Bundestagswahlkampf 2021; Volksparteien; „Kanzlerdemokratie“

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 4/2021**

Schwerpunkt: Erwachsenenbildung und Prekariat

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 4/2021** Schwerpunkt: Globale Krisen

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 1/2022** Schwerpunkt: Jugendmedienschutz in Europa

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.kjug-zeitschrift.de

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, **Heft 5/2021** Schwerpunkt: Kinder- und Jugendmedienschutz

Heft 6/2021 Schwerpunkt: Wieselattitüden – oder vom Wesen (medialer) Kreativität

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, **Heft 11/2021** Schwerpunkt: Rot-Grün-Gelb. Das Parteiensystem in Ampelzeiten

Heft 12/2021 Schwerpunkt: Jetzt geht's los. Der Anspruch der Ampel

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, **Heft 4/2021** Schwerpunkt: Politische Bildung und Corona

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, **Heft 4/2021** Schwerpunkt: Kritische Lebensereignisse

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, **Heft 1/2022** Schwerpunkt: Was ist Politik? (Sek. I); Verschwörungserzählungen (Sek. II)

Heft 2/2022 Schwerpunkt: Wirtschaft (Sek. I); Zukunftsfähiges Wirtschaften. Denken und Handeln (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pd-digital

Podcast: Demokratie und Klimaschutz

Der Fachverband „Mehr Demokratie“ hat eine kostenlose Podcast-Reihe mit 15 Folgen veröffentlicht, um unterschiedlichen Perspektiven zu Themen rund um die Verbindung von Klimaschutz und Demokratie Raum zu geben. In allen Gesprächen mit dem Journalisten Timo Rieg geht es um die Frage: Wie können wir als Gesellschaft das 1,5-Grad-Ziel einhalten – und was hat Demokratie damit zu tun? Dabei geht es um Fakten, Perspektiven und Gefühle. Themen sind z. B. „Klimaschutz vs. Umweltschutz?“, „Bürgererrat Klima und die Demokratie in Deutschland“, „Verkehr durch Stadt und Land“ oder „Nachhaltige Ernährung“.

<https://die-klimadebatte.de/positionen/podcasts>

Neue Plattform zur UN-Kinderrechtskonvention: kinderrechtekommentare.de

Anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte am 20. November 2021 ist beim Deutschen Institut für Menschenrechte eine neue Plattform zur UN-Kinderrechtskonvention online gegangen. Die Plattform versammelt alle deutschsprachigen Übersetzungen der Allgemeinen Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an einem Ort. Bei den „Allgemeinen Bemerkungen“ handelt es sich um Erläuterungen des UN-Ausschusses zur Kinderrechtskonvention und damit um eine wichtige Grundlage für alle, die mit ihr arbeiten. Das Angebot soll dazu beitragen, dass das Wissen darüber erweitert wird, wie die einzelnen Artikel der UN-Konvention gut umgesetzt werden können. Die Plattform ist das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinderinteressen und der Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Institut für Menschenrechte. Auf der Plattform werden alle existierenden deutschen Übersetzungen der „Allgemeinen Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes“ erstmalig gebündelt auf einer deutschen Website zur Verfügung gestellt. Damit können Anwender*innen jetzt auf einen Blick erkennen, ob eine Bemerkung bereits ins Deutsche übersetzt wurde, und diese direkt abrufen. Alle Bemerkungen, die es noch

nicht auf Deutsch gibt, werden von den Kooperationspartnerinnen Stück für Stück übersetzt.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Menschenrechte vom 19.11.2021

Plattform: <https://kinderrechtekommentare.de>

Videomitschnitte und didaktische Materialien zum Thema „Zukunft der liberalen Demokratie“ online

Zunehmender Populismus, Herausforderungen der Globalisierung und soziale Ungleichheiten sind nur einige der sichtbaren Bruchlinien innerhalb der demokratischen Gesellschaft. Die AKSB-Jahrestagung 2021 befasste sich mit dem Zustand und der Zukunft der liberalen Demokratie. Die wichtigsten Ergebnisse, eine Materialsammlung zum Thema Demokratie mit didaktischen Methoden, weiterführenden Links zu Materialien und Erklärvideos rund um die politische Bildungsarbeit zu den Themen Demokratie, Partizipation und auch S(M)V sowie Videomitschnitte der Vorträge von Prof. Dr. Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Freie Universität Berlin, und Junior-Professor Alexander Wohnig, Philosophische Fakultät der Universität Siegen, stehen online bereit.

www.aksb.de/veranstaltungen/jahrestagung/jahrestagung-2021-liberale-demokratie

Jahrgangsregister **Außerschulische Bildung**

Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

52. Jahrgang 2021

Thema im Fokus

Arbter, Rebecca / Wardenga, Damaris: Erfahrungen aus der Praxis: Politische Bildung mit Kindern. Eine Bestandsaufnahme im AdB
AB 2/2021 S. 34–40

Bordo Benavides, Olenka: Diversität und machtkritische politische Bildung mit Kindern. Mit jungen Menschen auf dem gemeinsamen Weg, sich politisch zu bilden **AB 2/2021** S. 27–33

Boris, Alexej: Provokation oder Beleidigung. Ein Kommentar
AB 4/2021 S. 42

Brauchen wir Political Correctness? Ein politisches Streitgespräch (mit Saba-Nur Cheema von der Bildungsstätte Anne Frank und Dr. Karsten Schubert von der Universität Freiburg, Fragen von Prof. Dr. Beate Rosenzweig und Petra Barz) **AB 4/2021** S. 33–41

Dargatz, Anja: Politisierung des Alltags in Krisenzeiten – Chance für die politische Bildung? Was die politische Bildung in Pandemie-Zeiten leisten und lernen muss **AB 3/2021** S. 25–30

Degele, Nina: Political Correctness zwischen Gleichheit, Privilegien und Gerechtigkeit. Eine Auseinandersetzung an mehreren Fronten
AB 4/2021 S. 4–9

Dobner, Petra: Vom systemischen Risiko zum realen Ernstfall. (Post-) Coronale Verwerfungslinien **AB 3/2021** S. 4–10

Gerarts, Katharina: Kinderrechtsbildung – über, durch und für Kinderrechte. Zur Bedeutung eines gesamtgesellschaftlichen Kinderbewusstseins **AB 2/2021** S. 18–24

Gill, Thomas: Die geforderte politische Bildung. Einige Schlussfolgerungen aus den aktuellen Debatten um Sprache, Sichtbarkeit und strukturellen Rassismus **AB 4/2021** S. 19–26

Informationen, Links und Hinweise zur politischen Bildung mit Kindern **AB 2/2021** S. 47–48

Isak, Makda: „Bildung als Praxis der Freiheit“. Gedanken und Erfahrungen einer Schwarzen Feministischen Trainerin zu emanzipatorischer Bildungsarbeit **AB 4/2021** S. 27–32

Jugendliches Erleben in Zeiten der Corona-Pandemie. Junge Menschen kommen zu Wort **AB 1/2021** S. 26–30

Krämer, Anna Maria / Pirker, Georg: Die Praxis politischer Bildung in den Zeiten von Corona. Rückblick auf ein krisenreiches und gleichzeitig lehrreiches Jahr **AB 3/2021** S. 32–39

Krause-Pilatus, Annabelle: Bleibt alles anders. Der Wandel der Arbeitswelt und seine Folgen **AB 1/2021** S. 4–10

Marg, Stine: Veränderungen von Räumen der politischen Bildung in Zeiten des Corona-Virus. Zwischen Utopie und Realität **AB 3/2021** S. 11–18

Overwien, Bernd: Politische Bildung und die Coronakrise. Die Pandemie als Problem und Thema der politischen Bildung
AB 3/2021 S. 19–24

Pauen, Sabina / Goll, Thomas: Politische Bildung im Grundschulalter. Entwicklungspsychologische Voraussetzungen, empirische Befunde und Handlungsempfehlungen **AB 2/2021** S. 11–17

Pohlkamp, Ines: Arbeitswelt in der politischen Bildung und Weiterbildung. Aktuelle Paradigmen und ein postpandemischer Ausblick
AB 1/2021 S. 38–45

Reitz, Sandra: Corona macht menschenrechtliche Handlungsbedarfe sichtbarer (Interview mit Dr. Sandra Reitz, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung am Deutschen Institut für Menschenrechte)
AB 1/2021 S. 46–48

Roßbach, Uwe: Die Zukunft des Arbeitens ... ist auch eine Verteilungsfrage **AB 1/2021** S. 11–17

Schmitt, Sophie: Jugendliche in Transformationen der Arbeitswelt. Erfordernisse politischer Bildung **AB 1/2021** S. 18–25

Sturzenhecker, Benedikt / Vesper, Laura-Aliki: Politische Bildung mit Kindern ist Demokratiebildung. Grundbegriffe, Begründungen und Handlungsprinzipien **AB 2/2021** S. 4–10

van Dyk, Silke: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus **AB 4/2021** S. 10–18

Wardenga, Damaris: Kinderrechte, quo vadis? Zum Stand der aktuellen Diskussion um Kinderrechte im Grundgesetz **AB 2/2021** S. 25–26

Zarębska, Izabela: Wunderwelten – Welt der Wunden? Wie gelingt politische Bildung mit Kindern? **AB 2/2021** S. 41–46

Zimmermann, Nils-Eyk: Politische Bildung und die digitale Transformation der Arbeitswelt. Eine europäische Perspektive **AB 1/2021** S. 31–37

Forum

Bielenberg, Ina: Was für ein Jahr! – Politische Bildung in Zeiten der Pandemie. Ein Rückblick auf das Jahr 2020 **AB 1/2021** S. 49–53

Castro Varela, María do Mar: Die demokratische Erziehung Deutschlands. Von der Reeducation zur politischen Erwachsenenbildung in einer pluralen Gesellschaft **AB 2/2021** S. 54–59

Firsova, Elizaveta / Vajen, Bastian: Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen. Überzeugungen und Wahrnehmung von Lehrenden **AB 3/2021** S. 44–48

May, Stefanie: „Wir machen es einfach online, dann können alle teilnehmen.“ – Wirklich? Inklusion als Herausforderung für die (digitale) politische Bildung **AB 3/2021** S. 40–43

Pirker, Georg: Die Zeichen stehen auf Aufbruch. Arbeiten mit der Europäische Jugendarbeitsagenda **AB 3/2021** S. 50–53

Thimmel, Andreas: Der 16. Kinder- und Jugendbericht stärkt die Position der politischen Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe. Eine kritische Würdigung **AB 2/2021** S. 49–53

Politische Bildung praktisch

Badirou, Nabila / Schwabe, Ole: Alles auf einer Karte. Empowerment als Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Suchtprävention **AB 4/2021** S. 43–49

Berger, Tanja: Drohen im Stuhlkreis. Design politischer Bildung im Bereich Arbeit und Lebensperspektive **AB 1/2021** S. 59–63

Meyer, Dana: Mehr als nur Fiktion. Storybasierte Methoden und ihre Chancen in der Bildungspraxis **AB 2/2021** S. 60–63

Sellen, Anselm M.: Gespräche aus der Bildungsbehörde. Ein diskutables Podcast-Format **AB 3/2021** S. 54–57

Jahresthema im AdB

AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2021: Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung **AB 1/2021** S. 64–66

Alkerdi, Siwan / Tabiri, Gifty Nyame / Wrasse, Eric: Bildungsstätten – rassismussfreie Räume? Diversität und Empowerment in der politischen Bildung **AB 2/2021** S. 65–69

Dargatz, Anja: Kritisch Weiß-Sein in der politischen Bildung. Überlegungen aus dem privilegierten „Wir“ heraus **AB 4/2021** S. 50–52

Hesse, Christian: Schwarz-Weiß-Denken. Kritische Anmerkungen zum AdB-Jahresthema 2021 **AB 4/2021** S. 53–56

Moumouni, Fatima: Hautfarben **AB 3/2021** S. 61–62

„Politische Bildung ein erster wichtiger Schritt in die Selbstermächtigung“ (Interview mit Jamie C. Schearer-Udeh und Fatima Moumouni, die Fragen stellt Anja Dargatz) **AB 3/2021** S. 58–62

Wylezol, Roland: Auf dem Weg (?) ... zu einer rassismuskritischen Bildung(sstätte) **AB 1/2021** S. 67–70

Rezensionen

Benecke, Jakob: Außerschulische Jugendorganisation. Eine sozialisationstheoretische und bildungshistorische Analyse **AB 1/2021** S. 74–75

Butterwegge, Christoph: Ungleichheit in der Klassengesellschaft **AB 1/2021** S. 71–72

Czollek, Max: Gegenwartsbewältigung **AB 1/2021** S. 73–74

Degele, Nina: Political Correctness. Warum nicht alle alles sagen dürfen **AB 4/2021** S. 57–58

DiAngelo, Robin: Wir müssen über Rassismus sprechen. Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein **AB 3/2021** S. 68–69

Endreß, Martin / Nissen, Sylke / Vobruba, Georg: Aktualität der Demokratie. Strukturprobleme und Perspektiven **AB 4/2021** S. 65–66

Erkurt, Melisa: Generation Haram. Warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben **AB 2/2021** S. 74–75

Faßler, Manfred: Partizipation ohne Demokratie. Über die Folgen der Netz- und Geopolitik von Facebook, Google, Amazon & Co. **AB 4/2021** S. 66–67

Geisler, Martin: Digitale Spiele in der Medienpädagogik. Einstellungen, Erfahrungen und Haltungen von Spielleitenden **AB 2/2021** S. 72–73

Gesang, Bernward: Mit kühlem Kopf. Über den Nutzen der Philosophie für die Klimadebatte **AB 3/2021** S. 63–64

Hansen, Hendrik / Kraski, Tim / Vortisch, Verena (Hrsg.): Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa. Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Kommunismus im Vergleich, Andrassy Studien zur Europaforschung, Bd. 20 **AB 3/2021** S. 65–66

Hufer, Klaus-Peter: Zivilcourage. Mut zu Widerspruch und Widerstand **AB 2/2021** S. 70–71

Killguss, Hans-Peter / Meier, Marcus / Werner, Sebastian (Hrsg.): Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Grundlagen, Methoden & Übungen **AB 1/2021** S. 72–73

Koziol, Klaus / Pfann, Manuela (Hrsg.): Zwischen Digitalisierung und Pandemie. Begegnung neu bewerten, München 2020; Schriftenreihe Mensch und Digitalisierung, Band 5, herausgegeben von der Medienstiftung der Diözese Rottenburg-Stuttgart **AB 4/2021** S. 62–63

Krell, Gert: Klimadiskurs kontrovers. Zwischen Alarmstimmung und Verharmlosung **AB 3/2021** S. 64–65

Kulaçatan, Meltem / Behr, Harry Harun (Hrsg.): Migration, Religion, Gender und Bildung. Beiträge zu einem erweiterten Verständnis von Intersektionalität **AB 3/2021** S. 66–67

Mudde, Cas: Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit **AB 3/2021** S. 69–70

Oluo, Ijeoma: Das Land der weißen Männer. Eine Abrechnung mit Amerika **AB 3/2021** S. 68–69

Pabst, Antje / Zeuner, Christine (Hrsg.): „Fünf Tage sind einfach viel zu wenig.“ Bildungszeit und Bildungsfreistellung in der Diskussion **AB 3/2021** S. 71–72

Radonić, Ljiljana / Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Das umkämpfte Museum. Zeitgeschichte ausstellen zwischen Dekonstruktion und Sinnstiftung **AB 2/2021** S. 71–72

Schellenberg, Britta: Training Antidiskriminierung. Den Menschen im Blick. Schwerpunkt Rassismus **AB 4/2021** S. 58–59

Sen, Amartya: Identität und Gewalt. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels **AB 4/2021** S. 60–61

Tippelt, Rudolf / Schmidt-Hertha, Bernhard: Sozialisation und informelles Lernen im Erwachsenenalter **AB 4/2021** S. 63–64

von Redecker, Eva: Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen **AB 4/2021** S. 64–65

Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.): „Du Jude“. Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen **AB 4/2021** S. 59–60

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST): Erinnern und Vergessen. Psychosoziale Arbeit mit Überlebenden der Shoah und ihren Nachkommen **AB 2/2021** S. 75–76

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2022

53. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ulrich Ballhausen, Petra Barz, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Anja Dargatz, Dr. Barbara Hopmann, Dr. Christian Johann, Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig

Redaktions- und Bezugsanschrift:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
<https://fachzeitschrift.adb.de>
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Druckhaus Sportflieger

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 20 €

ab 4 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare,

Arbeitslose (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de